



Ökumenische Konsultation
zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft
der Schweiz

Wort der Kirchen

Miteinander in die

Zukunft

Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund, Bern
Schweizer Bischofskonferenz, Freiburg

Ökumenische Konsultation
zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft
der Schweiz

Miteinander in die Zukunft

Wort der Kirchen

Die Ökumenische Konsultation zur sozialen
und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz
ist ein gemeinsames Projekt des
Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes
(SEK) und der
Schweizer Bischofskonferenz (SBK)

Bern und Freiburg, September 2001

Erscheint gleichzeitig in einer französischen und einer
italienischen Ausgabe

© 2001 by Ökumenische Konsultation zur sozialen
und wirtschaftlichen Zukunft der
Schweiz
3001 Bern, Postfach 7442
031 382 23 28 - FAX 031 381 83 49

Bestelladressen:

Institut für Sozialethik des SEK
3007 Bern Sulgenauweg 26,
031 370 25 50 FAX 031 370 25 59
e-mail: sekretariat@ise-ies.ch

Justitia et Pax
3001 Bern Postfach 6872
031 381 59 55 FAX 031 381 83 49
e-mail: jus-pax.ch@bluewin.ch

1. Auflage: September 2001
Druck: Zollinger AG, 8134 Adliswil
Umschlag: Aterier Müller Lütolf, 3000 Bern
ISBN 3-7229-1016-1

Vorwort

Der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und die Schweizer Bischofskonferenz, legen mit dem „Wort der Kirchen“ unsere Antwort vor im Rahmen der „Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz“, die wir im Januar 1998 eröffnet haben, unsere Antwort auf die zahlreichen Stellungnahmen, die im Rahmen unseres gemeinsamen Projekts eingegangen sind. Zugleich wollen wir zur Fortsetzung der an Überraschungen und Einsichten reichen Diskussionsprozesse über die Konsultation hinaus ermuntern. Wir übergeben das „Wort der Kirchen“ den zahlreichen Einzelpersonen und Gruppen, die sich am Konsultationsprozess beteiligt haben, und richten es ebenso an die Öffentlichkeit, die Menschen in Politik und Wirtschaft und alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz, die sich um die Zukunft dieses Landes im weltweiten Umfeld kümmern. Wir hoffen, mit der Publikation diesen Einsatz für eine nur gemeinsam aufzubauende und zu bewältigende Zukunft und für eine gute Ausrichtung der zukünftigen Gesellschaftsentwicklung zu stimulieren – und wir rufen in diesem Sinne auf zu einem „Miteinander in die Zukunft!“.

Das „Wort der Kirchen“ gliedert sich in zwei Hauptteile. Die beiden ersten Kapitel enthalten unsere Standortbestimmung. Das erste Kapitel geht aus von der Freiheit und der Hoffnung – sie sollen die Haltung bestimmen, in der wir an die Frage nach der menschengerechten Gestaltung unserer Gesellschaft herangehen und auf die unentbehrliche Rolle der ethischen Orientierung eingehen. Das zweite Kapitel präzisiert unsere Position im Lichte des lebendigen Glaubens unserer beiden Kirchen. Hier legen wir dar, woran wir uns als Christen und Christinnen orientieren, wenn wir uns in die Debatte um die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz einmischen.

Der zweite Teil umfasst sechs thematische Kapitel mit je identischem Aufbau. Jedes Kapitel beginnt mit einem Rückblick auf die eingegangenen Stellungnahmen. Anschliessend werden die aufgeworfenen Probleme gesichtet; wir machen deutlich, was uns dabei aufgegangen ist und mit welchen Aspekten wir uns auseinandergesetzt haben. Nach einer spezifisch theologischen Vergewisserung legen wir, gestützt auf die von uns beigezogenen Fachleute, unsere Überlegungen vor für die Zukunftsorientierung in den verschiedenen Themenbereichen. Diese je nach Thema unterschiedlich formulierten Anhaltspunkte zeigen an, welche Richtung wir der politischen Debatte in den kommenden zehn Jahren geben möchten. Daraus resultieren Vorschläge, die exemplarisch aufzeigen sollen, was konkret die ethische Orientierung bedeuten könnte und die – so hoffen wir – in der Öffentlichkeit positiv aufgenommen werden; sie sind gedacht als Anregung zur ausführlichen und eingehenden Diskussion zum Wohle der Menschen in unserem Land.

Wir danken allen, die sich an der Ökumenischen Konsultation beteiligt und zu deren Durchführung beigetragen haben. Unser Dank geht auch an alle diejenigen, die uns bei der Erarbeitung dieses „Wortes der Kirchen“ unterstützt haben. Zugleich soll dieses Wort unsere Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass die Kirchen nicht abseits stehen können und wollen, wenn es um die Zukunftsorientierung geht, sondern dass sie kraft ihres Glaubens in der Entwicklung des sozialen und politischen Leben im Dienste einer ganzheitlichen Entwicklung des Menschen aktiv Anteil nehmen.

Für die Schweizer Bischofskonferenz

Bischof Amédée Grab
Präsident

Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund

Pfarrer Thomas Wipf
Präsident des Rates

Inhaltsverzeichnis

Überblick

Vorwort	3
Übersicht: „Wort der Kirchen“: Miteinander in die Zukunft	11
1 Hoffnung und Freiheit	13
2 Biblische Perspektive: Der Mensch als Person in der Gesellschaft	22
3 Familie: Leben in Verbundenheit	26
4 Migration: Vertrauen aufbauen jenseits der Unterschiede	34
5 Arbeit: Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft	41
6 Ressourcen: Ein neuer Umgang	48
6-1 Ein neuer Umgang mit den natürlichen Ressourcen	49
6-2 Ein neuer Umgang Geld, Gewinn und Kapital	54
7 Politik: im Dienste des Gemeinwohls	59
8 Schweiz - Welt	66
Zum Schluss	76

Details

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	5
<i>Überblick</i>	5
<i>55Details</i>	5
10	
Übersicht	11
„Wort der Kirchen“: Miteinander in die Zukunft	11
Kapitel 1	13
Hoffnung und Freiheit	13
<i>Unser Blick auf die aktuelle Situation</i>	14
<i>Eine Gesellschaft im Wandel</i>	15
<i>Auf der Suche nach einer neuen Sicherheit</i>	16
<i>Die Bedeutung der Grundwerte</i>	17

<i>Die Kirchen und der gesellschaftliche Zusammenhalt.....</i>	18
<i>Ethik und Macht der Durchsetzung</i>	18
Personal- und sozialetische Handlungsfelder	19
<i>Unser zentrales Anliegen.....</i>	20
Kapitel 2	22
Biblische Perspektive: Der Mensch als Person in der Gesellschaft	22
<i>Jeder Mensch mit gleicher Würde.....</i>	22
<i>Der Zugang zu den Gütern dieser Welt.....</i>	22
<i>Der Mensch als soziales Wesen.....</i>	23
<i>Die Freiheit, Ja zu sagen.....</i>	23
<i>Ein Perspektivenwechsel.....</i>	24
<i>Das Reich Gottes als Vollendung.....</i>	24
Kapitel 3	26
Familie: Leben in Verbundenheit	26
Aus den Stellungnahmen	26
<i>Besorgnis in der Bevölkerung über die Zukunft der Familie.....</i>	26
Unser Befund	27
<i>Mangelnde gesellschaftliche Anerkennung des familiären Lebens.....</i>	27
<i>Das Nebeneinander verschiedener Familienformen</i>	27
<i>Familiengründung nicht einfach geworden-Schwierigkeiten.....</i>	28
Zwischen individueller Entfaltung und Gemein Sinn.....	29
Unser Anhaltspunkt	30
<i>Freiheit und Verantwortung: Chance eines glückenden Lebens.....</i>	30
Wege und Ansätze	31
<i>Was ist zu tun?.....</i>	31
<i>Die unabdingbare finanzielle Sicherheit.....</i>	31
<i>Mit wirtschaftlicher und politischer Unterstützung.....</i>	32
Was wir tun können.....	32
Kapitel 4	34

Migration: Vertrauen aufbauen jenseits der Unterschiede	34
Aus den Stellungnahmen	34
<i>Zwischen Angst und Aufnahmebereitschaft</i>	34
Unser Befund	35
<i>Migration verändert die Gesellschaft</i>	35
Unser Anhaltspunkt	36
<i>Alle gehören derselben Menschheitsfamilie an</i>	36
Wege und Ansätze	37
<i>Die Integration erleichtern</i>	37
Für eine realistischere Zulassungspolitik der Ausländer	37
Für eine Integration, die der Würde jeder Person Rechnung trägt	38
Was wir tun können.....	39
Kapitel 5	41
Arbeit: Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft	41
Die Stellungnahmen	41
<i>Arbeit und Arbeitswelt im Spiegel der Stellungnahmen – eine Problemanzeige</i>	41
Der Befund	41
<i>Aspekte des Wandels in Arbeitswelt und Gesellschaft</i>	41
Arbeitsmarkt und Arbeitsplätze	42
Flexibilisierung und Intensivierung.....	42
Auswirkungen der Arbeitsverhältnisse auf Familie und soziales Klima.....	43
Unser Anhaltspunkt	44
<i>Sinn und Zweck menschlicher Arbeit</i>	44
<i>Arbeit im Licht der Bibel</i>	45
Wege und Ansätze	46
<i>Neue Bewertung der Arbeit im Dienst des Menschen</i>	46
Bewertung der Arbeit im öffentlichen Diskurs	46
Anerkennung der unbezahlten Arbeit und materielle Existenzsicherung	46

Ermöglichen von Gestaltungsspielraum.....	47
Aufgaben der Kirchen	47
Kapitel 6	49
Ressourcen: Ein neuer Umgang	49
Kapitel 6-1	49
<i>Ein neuer Umgang mit den natürlichen Ressourcen.....</i>	<i>49</i>
Die Stellungnahmen	49
<i>Verwirrliche Symptome</i>	<i>49</i>
Der Befund	50
<i>Fakten bestätigen die Symptome.....</i>	<i>50</i>
Unser Anhaltspunkt	51
<i>Die menschliche Verantwortung.....</i>	<i>51</i>
Wege und Ansätze	51
<i>Der schwierige Weg vom Kopf zur Hand</i>	<i>51</i>
Persönliche und unternehmerische Verantwortung für Nachhaltigkeit.....	52
Eine Kultur des Masses im Umgang mit der Natur	52
Was wir tun können.....	53
Kapitel 6-2	54
Ein neuer Umgang mit Geld, Gewinn und Kapital	54
Aus den Stellungnahmen	54
<i>Zeichen wachsender Besorgnis.....</i>	<i>54</i>
Der Befund	54
<i>Die verschiedenen Rollen des Geldes</i>	<i>54</i>
Unser Anhaltspunkt	55
<i>Ein unbefangener Umgang mit dem Geld.....</i>	<i>55</i>
Wege und Ansätze	56
<i>Möglichkeiten des Umdenkens</i>	<i>56</i>

Unternehmen mit Bürgersinn	57
Finanzplatz Schweiz in globaler Solidarität.....	57
Was wir tun können.....	57
Kapitel 7	59
Politik: im Dienste des Gemeinwohls	59
Aus den Stellungnahmen	59
<i>Ein eher diffuses Bild von der Rolle des Staates</i>	<i>59</i>
Der Befund	60
<i>Die Schwächung des Gemeinwesens</i>	<i>60</i>
Unser Anhaltspunkt:	61
<i>Das Gemeinwohl als Orientierungsgrösse</i>	<i>61</i>
Wege und Ansätze:	63
<i>Den politischen Zusammenhalt stärken</i>	<i>63</i>
Schutz der Minderheiten.....	63
Anerkennung der öffentlichen Interessen.....	63
Eigenverantwortung in der Demokratie	64
Kapitel 8:	66
Schweiz - Welt	66
Aus den Stellungnahmen	66
<i>Die Schweiz in der global wahrgenommenen Welt</i>	<i>66</i>
Unser Befund	67
<i>Zunehmende gegenseitige Abhängigkeit: Die Schweiz ist keine Insel</i>	<i>67</i>
Die Schweiz im Konzert der Nationen.....	67
Schweizerische Aussenpolitik	68
Neutralität als Diskussionspunkt.	69
Unser Anhaltspunkt	70
<i>Jesus verheisst sein Heil der ganzen Welt</i>	<i>70</i>
Wege und Ansätze	70

Internationale Mitverantwortung	70
Aktive Beteiligung in internationalen Institutionen.....	71
Anpassung des Neutralitätskonzeptes und Friedensförderung.....	71
Nachhaltigkeit als Leitlinie: Internationaler Handel und Entwicklungspolitik.....	72
Verantwortung des Finanzplatzes im globalen Rahmen.....	73
Was wir tun können.....	74
Zum Schluss	75
«Dann sah ich ... ein neues Land» (Off 21,1).....	75
Dank	78
Personen , die in verschiedenen Phasen der Erarbeitung und Redaktion beteiligt waren:	78
Übersetzerin:.....	78
Organe der Ökumenischen Konsultation	78
Mitglieder des Präsidiums:.....	78
Projektleitung:	78
Koordinationsgruppe:.....	78

Übersicht

„Wort der Kirchen“: Miteinander in die Zukunft

Der **erste Teil** umfasst zwei Kapitel:

- Kapitel 1 Im Eingangskapitel rufen wir Sinn und Zielsetzung der Ökumenischen Konsultation in Erinnerung und gehen ein – von einer durch Hoffnung und Freiheit geprägten Haltung her – auf die in den Stellungnahmen zur Konsultation geäußerten grundsätzlichen Sorgen und Befürchtungen, Erwartungen und Vorschläge. Wir nehmen mit Freude Kenntnis von der nach wie vor in unserer Gesellschaft verbreiteten Wertschätzung für ethische Orientierung des Handelns und begründen, warum wir für die Geltung und Anerkennung der Werte nicht nur im persönlichen Bereich, sondern auch im gesellschaftlichen Umfeld eintreten.
- Kapitel 2 Im zweiten Kapitel legen wir Rechenschaft darüber ab, wie unsere Überlegungen zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz im christlichen Glauben verankert sind.

Der **zweite Teil** umfasst 6 thematische Kapitel.

In den sechs thematischen Kapiteln greifen wir die wichtigsten Problemkreise auf, wie sie sich nach Auswertung der über 1000 eingegangenen Stellungnahmen darstellen. Dabei bieten wir einige Anhaltspunkte an: Orientierungshilfen bei der Suche nach konkreten Lösungen im Hinblick auf die Zukunftsgestaltung des Landes. Unser Wunsch ist es, die Freiheit, derer wir zur gemeinsamen Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft bedürfen, in der Hoffnung zu verankern. In den sechs thematischen Kapiteln werden folgende Problemkreise erörtert: **Familie und Migration, Arbeitswelt, natürliche und finanzielle Ressourcen, Politik und Beziehung Schweiz – Welt.**

Die Gliederung aller thematischen Kapitel ist einheitlich. Unser Ausgangsmaterial waren die zwischen Januar 1998 und Oktober 1999 eingegangenen Stellungnahmen, die wir gesichtet, untersucht und schliesslich im September 2000 in einem „Auswertungsbericht“ veröffentlicht haben („Aus den Stellungnahmen“). Anschliessend versuchten wir mit Hilfe von Experten und auf dem Hintergrund der Arbeiten des *Instituts für Sozialethik* und der *Nationalkommission Justitia et Pax* genau zu verstehen, welche Probleme in den Stellungnahmen hauptsächlich thematisiert werden („Unser Befund“). Im Lichte ethischer Kriterien und unserer spezifischen Botschaft als Christinnen und Christen haben wir herausgestellt, welche Orientierungen zur Lösung der aufgeworfenen Probleme beitragen könnten („Unser Anhaltspunkt“). Schliesslich haben wir für jeden der sechs bearbeiteten Problemkreise einige Vorschläge formuliert, die auch in unseren Kirchenalltag einfließen sollten („Wege und Ansätze“).

- Kapitel 3 Ganz besonders hervorgehoben wurde in den Stellungnahmen die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Familie. Deshalb wenden wir uns zuerst dem für die Wertevermittlung bedeutsamsten „Ausbildungsort“ zu: der **Familie**. Auch die Rolle der **Frau in der Gesellschaft** des 21. Jahrhunderts wird im Rahmen dieses Kapitels angegangen.
- Kapitel 4 Wir können nicht umhin, uns einer Thematik zuzuwenden, die weite Teile der Schweizer Bevölkerung beschäftigt: der **Migration** bzw. der Zuwanderung von

Menschen aus fremden Ländern in die Schweiz. Solidarität kann nicht an der Grenze halt machen, weshalb sich zwingend die Frage nach der Integration der zugewanderten Menschen stellt.

- Kapitel 5 Die Zukunft der Arbeitswelt in einer von grossen Umwälzungen geprägten Wirtschaft steht hier im Brennpunkt. Bereits im ersten Kapitel des „Wortes der Kirchen“ wird auf diesen Wandel und die daraus erwachsenden Unsicherheiten hingewiesen; nun wird vertieft darauf eingegangen. Bei allen Veränderungen gilt: Die Arbeit bleibt das wichtigste Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts und ein herausragender Ort menschlicher Entfaltung.
- Kapitel 6 Zwei Aspekte der Wirtschaft, hier primär verstanden als Marktwirtschaft, werden näher ins Auge gefasst: der Umgang mit **natürlichen Ressourcen** – als Quelle der Produktion – und der **Umgang mit Geld und Kapital** – als Motor, Mittel und zugleich Resultat der Wirtschaft. Thematisiert werden auch die Umweltproblematik und der Ort der menschlichen Person als Ziel und Zweck der Wirtschaft.
- Kapitel 7 Wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivität entfaltet sich im Rahmen von politischen und rechtlichen Strukturen als Ausdruck der jeweiligen „Kultur“. Die Frage nach dem **Stellenwert der Politik** angesichts wiederkehrender Tendenzen zur Autonomisierung der Wirtschaft ist von jeder Generation neu zu beantworten. Hier legen wir den Akzent auf die Orientierung am Gemeinwohl.
- Kapitel 8 **Die Schweiz** führt kein isoliertes Dasein – weder wirtschaftlich noch politisch, noch kulturell. Sie liegt im Herzen **Europas** und kann nicht auf Distanz zur **Welt** gehen. Es ist deshalb geradezu zwingend, dass wir uns mit den Beziehungen der Schweiz zur restlichen Welt befassen.
- Schluss In einem kurzen Schlusskapitel werden die Folgerungen aus den thematischen Kapiteln zusammengefasst und in einen theologischen Horizont gestellt.

Kapitel 1

Hoffnung und Freiheit

- 1 *Hoffnung und Freiheit – in diesem Geist können wir am Anfang des 21. Jahrhunderts die Bewältigung der Zukunft angehen. Von einer sinnstiftenden Hoffnung getragen sein, sich frei fühlen und bereit, miteinander die Zukunft zu gestalten – das ist der Horizont, in dem die Fragen nach der Zukunft behandelt werden sollen. Zu dieser Einsicht sind wir, der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und die Schweizer Bischofskonferenz, nach der Sichtung und Auswertung der Eingaben zu der von uns 1998 eröffneten Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz¹ gelangt.*
- 2 Wir danken an dieser Stelle den Einzelpersonen und den Gruppen, die sich mit der Ökumenischen Konsultation auseinandergesetzt haben, insbesondere denjenigen, die sich die Mühe genommen haben, eine schriftliche Stellungnahme einzusenden. Mit diesen Überlegungen und Diskussionen ist das Wichtigste bereits geschehen: Die vertiefte Auseinandersetzung in unseren beiden Kirchen und in der Gesellschaft über die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und über die Zukunft des Landes ist in Gang gekommen. Wir wollten diese Debatte, und wir führen sie nun mit der jetzt vorliegenden Botschaft, dem „Wort der Kirchen“, fort. In unseren beiden Leitungsgremien und an einer gemeinsamen Tagung haben wir ausführlich über diese Botschaft diskutiert und wir haben unsere sozialetischen Fachstellen sowie externe Fachleute konsultiert. Auf der Grundlage der Guten Nachricht der Bibel, gestützt auf unsere eigenen Überlegungen und die Vorarbeiten zur Ökumenischen Konsultation sowie in ernsthafter Auseinandersetzung mit den vielfältigen Stellungnahmen, die eingereicht wurden, **bekräftigen wir eine jenseits des menschlich Machbaren begründete Hoffnung und ermuntern zu einer gemeinsam verantworteten Freiheit.**
- 3 Aus zahlreichen Einsendungen geht grosse Besorgnis über die gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre und über die sich abzeichnenden Perspektiven für das nun anbrechende Jahrzehnt hervor. Diese Verunsicherung ist auch in der seelsorgerlichen Tätigkeit unserer Kirchen spürbar. Wir haben versucht, dieser Tatsache in der „Diskussionsgrundlage“ Rechnung zu tragen, in jener Broschüre also, die das Hauptinstrument der Ökumenischen Konsultation war.² Das mag mit ein Grund sein, weshalb sich nur wenige Personen, die an der Spitze des Erfolges der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung stehen und zu den Gewinnern, ja vielleicht sogar zu den Gestaltern des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels der letzten Jahre gehören, auf unser Vorhaben eingelassen haben. Die Mehrzahl derjenigen, die sich geäußert haben – und dies ist der Eindruck aus einer qualitativen und nicht statistisch-quantitativen Auswertung – gehören eher Milieus an, die wenig Einfluss auf die jüngsten Entwicklungen hatten. Obwohl meist in einer materiell relativ gesicherten Position, haben sie das Entstehen einer sozialen Kluft, das Auseinanderfallen der Gesellschaft beobachtet. Die gleiche Feststellung machen wir, wenn wir sehen, wie die soziale Gruppe derjenigen zunimmt, die von der aktiven Mitgestaltung ihrer Zukunft ausgeschlossen sind und deren Boden, die bisherige familiäre, berufliche und sozialpolitische Sicherheit, schwankt. Deshalb

¹ Die Antworten sind auf einer Compact Disc zugänglich gemacht worden. Der Inhalt der Antworten wurde systematisch zusammengefasst im Auswertungsbericht „Welche Zukunft wollen wir?“ (veröffentlicht im September 2000). Die Bezugsquellen sind im Impressum dieser Broschüre aufgeführt.

² „Welche Zukunft wollen wir? Diskussionsgrundlage“. Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz. Schweizer Bischofskonferenz (SBK) und Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), Bern – Freiburg 18. Januar 1998.

betonen wir, wie dringlich eine Hoffnung ist, die diesen Verunsicherungen entgegenwirkt und zu verantworteter Freiheit beim Aufbau einer gemeinsamen Zukunft ermuntert.

- 4 Wir richten uns nicht nur an die Christinnen und Christen in unserem Land, sondern an alle, die sich um die Zukunft unserer Gesellschaft kümmern und die sich bemühen, ihren Beitrag zum Aufbau einer Welt zu leisten, in der man gemeinsam ein gutes Leben führen kann.

Unser Blick auf die aktuelle Situation

- 5 Niemand kann für sich beanspruchen, die aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation völlig objektiv darzustellen. Jede und jeder ist geprägt vom eigenen Standpunkt. Das gilt auch für uns, selbst wenn wir uns um Faktentreue bemühen. Kein Blick ist gänzlich unvoreingenommen, ohne jede Wertung. Uns geht es darum, die Erfahrungen, die Gefühle und das Wissen jener zur Geltung und ins Gespräch zu bringen, die zu den „Mühseligen und Beladenen“ der heutigen Zeit gehören. Aus diesem Grund betonen wir jene Punkte, die stärker die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft betreffen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Frage stellen.
- 6 Indem wir die Perspektive der Benachteiligten und Sprachlosen einbringen, ermöglichen wir denjenigen, die zu den Gewinnern und Gestaltern der derzeitigen Umwälzungen gehören, andere Aspekte der Wirklichkeit in ihre Weltdeutung zu integrieren und wahrzunehmen, wie sich gewisse Entscheidungen und Weichenstellungen auf die Menschen auswirken. Wenn im gegenseitigen Respekt der Erfahrungen unterschiedliche Perspektiven gelten gelassen werden, kann Weisheit im Hinblick auf eine gedeihliche Zukunft für alle wachsen. Mit dem Wort der Kirchen wollen wir darauf aufmerksam machen, dass es unabdingbar ist, der Vielfalt der Lebensläufe und -erfahrungen Rechnung zu tragen.
- 7 Indem wir dieses Wort gemeinsam aussprechen, protestantische und katholische Christen, tun wir dies im Namen unseres gemeinsamen Glaubens. In der Masse, wie der Glaube die Hinwendung zu stärker an der Gerechtigkeit orientierten Lebensentscheidungen und zu konkreten Handlungen zugunsten einer neuen Gesellschaftsform bedeutet, ist die christliche Hoffnung keine Utopie. Die von ihr bewirkte Erneuerung, die von ihr inspirierten gesellschaftlichen Errungenschaften – wie bescheiden sie auch sein mögen – beweisen, dass sie ihre Verheissungen einlöst und dass das Reich Gottes, von dem Jesus Christus spricht, unter uns bereits wirksam ist.
- 8 Aus der in den Eingaben geäußerten Besorgnis geht hervor, dass es nicht der **Wandel** an sich ist, der Bedrohungsgefühle auslöst. Die technische, wirtschaftliche und kulturelle Umwälzung und die von ihr bewirkten politischen wie gesellschaftlichen Anpassungen werden in den Stellungnahmen nicht grundsätzlich bestritten. Mehrheitlich wird die **Globalisierung** nicht an sich in Frage gestellt, und gar verteufelt wird sie nur ausnahmsweise. Zum Ausdruck gebracht wird eher ein Gefühl der Ohnmacht diesen als Beschleunigung erfahrenen Veränderungen gegenüber. Verbreitet ist der Eindruck, dass die Dinge aus dem Ruder laufen, dass sie niemand mehr von einem Allgemeininteresse her zu steuern und zu kontrollieren vermag. Manche fühlen sich nicht anerkannt, ja schlicht übergangen. Generell herrscht das Gefühl, der Mensch sei bloss noch ein Spielball, der „Selbstregulierung der Märkte“, den sogenannten Sachzwängen, den unternehmerischen Fusionen, Verkäufen und Rationalisierungen ausgeliefert. Ist der Mensch nur noch Objekt von fremdgesteuerten, kommerziell bestimmten Entscheidungen und nicht mehr Subjekt seiner Geschichte?

- 9 Trifft das zu, dann ist der Kern des **modernen menschlichen Selbstverständnisses** betroffen. Vorherrschend in der heutigen Gesellschaft ist das Bild der autonomen, für sich selbst verantwortlichen Person. Das Bild aber, das sich aus einem bedeutenden Teil der Eingaben zur Konsultation abzeichnet, ist ein ganz anderes. Es ist das Bild eines abhängigen Individuums, das die Kontrolle über seine Zukunft verliert und somit **existenzielle Unsicherheit** angesichts des raschen gesellschaftlichen, vor allem aber wirtschaftlichen Wandels erfährt.
- 10 Wie offen die Menschen für Veränderungen der Lebenswelt auch sein mögen, vielen fehlt eine **Sicherung im Wandel**, die Sicherheit, nicht schutzlos den heutigen Umwälzungen ausgesetzt zu sein, ihnen zum Opfer zu fallen. Zum Ausdruck kommt die Sorge, den Kindern, den kommenden Generationen könnte es schlechter gehen als den Bewohnerinnen und Bewohnern dieses Landes heute. Doch diesem Grundbedürfnis nach Sicherheit ist nur dann Genüge getan, wenn davon ausgegangen werden kann, dass alle, auch die Begütertesten in diesem Land, auch die grossen Macher der wirtschaftlichen Zukunft, in ihren Handlungen und Entscheidungen von ein und derselben Grundüberzeugung getragen sind, nämlich dass die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen im Dienste des Menschen stehen und nicht über den Menschen gestellt werden dürfen.

Eine Gesellschaft im Wandel

- 11 1996 begannen wir mit den Vorbereitungen zur „Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz“. Die hohe und noch zunehmende **Arbeitslosigkeit** wurde als wichtigste Bedrohung empfunden.³ Betroffen waren insbesondere Jugendliche, ausländische Mitbewohner und -bewohnerinnen sowie die ältere Arbeitnehmergeneration. Zu einem Zeitpunkt, da die **Werke der Sozialen Sicherheit** stark beansprucht wurden, wurden sie von bestimmten politischen Kreisen auch in Frage gestellt. Die eidgenössische Politik schien in einer ideologischen Auseinandersetzung blockiert zu sein; es war schwierig geworden, gemeinsame Grundlagen zu errichten, einen **politischen Konsens zu finden**.
- 12 Die Gute Nachricht des Evangeliums unter Berücksichtigung der Zeitumstände in die Welt hinaustragen – das ist der Kernauftrag der Kirchen. Mit der Ökumenischen Konsultation sollten nicht bloss die **Grundwerte** und das Los der Benachteiligten in Erinnerung gerufen, sondern auch der **Dialogprozess** zwischen blockierten gesellschaftspolitischen Positionen in Gang gebracht werden. Hauptanliegen war und ist, an die Grundvoraussetzung jeglichen gesellschaftspolitischen Dialogs zu erinnern und einen breiten Konsens über ein Set von Werten zu fördern, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unabdingbar sind. Unsere Aufgabe ist es nicht, „technische“ Lösungen für vorhandene Probleme zu finden. Wenn wir uns zu praktischen Lösungsmassnahmen äussern, dann wollen wir damit unseren Leitgedanken konkretisieren. Es genügt in der Tat nicht, Werte zu proklamieren, sie müssen auch umgesetzt werden; das kann nur in praktischer politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsfindung geschehen.
- 13 Die Arbeitslosigkeit der neunziger Jahre – die tiefste Rezession in der Nachkriegsgeschichte der Schweiz – ist heute grösstenteils überwunden. Was anhält, das ist der tiefgreifende Wandel unserer **Arbeitsgesellschaft**. Diese Umwälzungen haben bei weitem nicht nur negative Aspekte, aber sie stellen Menschen und Gesellschaft vor neue Herausforderungen, neue Anforderungen.

³ Dies ergab sich u.a. aus einer „Delphi-Umfrage“, die wir vor der Lancierung der Konsultation durchgeführt haben.

- 14 Die Situation der **Sozialwerke** hat sich infolge der verbesserten Konjunkturlage entdramatisiert (indessen noch nicht im Grundsatz verbessert). Mit der Überalterung der Bevölkerung ergeben sich schwierige Zukunftsperspektiven. Doch zumindest ist es möglich, objektiv über die Finanzierungsprobleme und über den Leistungskatalog zu diskutieren und die Interessensgegensätze klar auf den Tisch zu legen.
- 15 Mit der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation kam auch wieder Bewegung in die helvetische Politik. Ein gewisser Abbau ideologischer Positionen befreite zur **Flexibilisierung der Politik**. Auf der Seite der Linken wie der Rechten ist einiges in Bewegung geraten. Die Linke hat die (soziale) Marktwirtschaft weitgehend anerkannt; die Rechte neigt dazu, die Notwendigkeit von sozial- und umweltpolitischen Leitplanken anzuerkennen. Heute wird weniger um Grundsätze gestritten als um konkrete Massnahmen und um Interessen, die es zu verteidigen gilt. Nicht zuletzt für die politischen Parteien erweist sich dieser Prozess als nicht immer unproblematisch. Sie lösen sich von einer Positionierung im gesellschaftspolitischen Diskurs, obwohl ihre jeweilige Parteibasis sich noch nicht von den vertrauten ideologischen Bildern getrennt hat.

Auf der Suche nach einer neuen Sicherheit

- 16 Die Besorgnisse, stellen wir zusammenfassend fest, haben sich in den letzten fünf Jahren stark verlagert. An die Stelle der konkreten Sorgen Arbeitslosigkeit, Sozialwerke oder Blockierung der Politik tritt die Suche nach der „Sicherheit in der Unsicherheit“. Notwendig ist also, dass die Gesellschaft wieder Vertrauen findet in ihre Fähigkeit, den aktuellen Wandel so zu bewältigen, dass es der Menschenwürde sowie einer nachhaltigen Lebensqualität zugute kommt.
- 17 Gefordert ist somit gleichsam der **Übergang** von einer **statischen Sicherheit** – vermittelt durch Schul- und Berufsausbildung, lange treue Berufsarbeit, soziale Sicherheitssysteme, also durch verbrieft Ansprüche – zu einer **dynamischen Sicherheit**, die weniger auf feste Ansprüche und Leistungen setzt als auf die Gewissheit, dass alle Akteure dieselben Grundwerte beachten. Wichtig ist, dass Konsens darüber herrscht, dass bei einem Berufs- oder Stellenwechsel niemand in Armut und Arbeitslosigkeit fällt, dass junge Familien genügend Lohn erhalten, um ihren Bedarf zu decken, dass alle Kranken gleichen Zugang zum Gesundheitswesen haben, dass Senioren und Seniorinnen, die während ihren Arbeitsjahren Beiträge an die Sozialwerke geleistet haben, nicht um die Früchte ihrer Sicherheitsanstrengungen gebracht werden, dass Ausländerinnen und Ausländer nicht fürchten müssen, einmal mehr zum Opfer der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik zu werden.
- 18 Es gilt also, sich auf eine Sicherheit einzulassen, die nicht mehr auf verbrieften Ansprüchen basiert, sondern auf der Achtung der Menschenwürde und auf der Verlässlichkeit der Entscheidungsverfahren. Diese **neue Form der Solidarität** wird sich statt auf fixe Beträge auf die Beachtung regulativer Ideen in der Veränderung verlassen, vor allem darauf, dass die Solidarität weiterhin spielt, auch wenn die individuellen und sozialen Formen ändern. Damit die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes weiterhin in Sicherheit leben können, müssen sie die Gewissheit haben, dass soziale Gerechtigkeit die Leitnorm bleibt, auch wenn ihre konkrete Gestalt sich wandelt, dass Nachhaltigkeit von allen anerkannt ist, um die Zukunft des Landes langfristig zu sichern.

Die Bedeutung der Grundwerte

- 19 In der „Diskussionsgrundlage“ zur Lancierung der Ökumenischen Konsultation werden die **Grundwerte**⁴ zur Geltung gebracht und kommentiert, die in jeder Gesellschaft – und insbesondere in der christlich-abendländischen Tradition – die Verständigungsgrundlage dafür bilden, was die Orientierung des sozialen Lebens sein soll. Vorgeschlagen wurde, das Set dieser Grundwerte als impliziten, erneuerbaren „Gesellschaftsvertrag“ zu verstehen. Um den Ruf nach Erneuerung zu konkretisieren, wurde der Gesellschaftsvertrag in sechs „Teilverträge“ für unterschiedliche Bereiche der gesellschaftlichen Zukunft aufgefächert.
- 20 Aus den Stellungnahmen derjenigen, die sich an der Ökumenischen Konsultation beteiligt haben, geht ein überraschend **hoher Grad von Konsens über die Grundwerte** und über die – für viele selbstverständliche – spezifische Aufgabe der Kirchen hervor: nämlich den Gehalt dieser Grundwerte und deren notwendige Anwendung in Erinnerung zu rufen. Oft wurden die Kirchen angemahnt, ihrer Wächterfunktion bezüglich sozialetischer Normen stärker gerecht zu werden. Kontroverser aufgenommen wurde das Bild des Gesellschaftsvertrages. Wir werden im folgenden den Begriff des Gesellschaftsvertrages nicht weiter verwenden. Hingegen sind wir weiterhin davon überzeugt, dass die **Grundwerte, wie sie in der „Diskussionsgrundlage“ dargelegt wurden, ihre volle Bedeutung für die ethische Orientierung der Gesellschaft behalten**. Leitplanken unserer Reflexion bleiben also **Solidarität** (der in den Stellungnahmen am häufigsten erwähnte Grundwert), **Freiheit** in Verbindung mit **Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung** sowie **Nachhaltigkeit**.
- 21 In manchen Stellungnahmen wurde die Werteorientierung, die wir in der „Diskussionsgrundlage“ vorgeschlagen hatten, ergänzt. Wir nehmen hier einige Kernbegriffe auf, die eine Erweiterung des von uns abgesteckten Horizonts erlauben. **Demokratie** wird implizit verstanden als Verbindung der Volksrechte mit dem sie beschränkenden Föderalismus und gilt als Grundlage für das friedliche Zusammenleben. **Friede und Gewaltlosigkeit** als Instrumente der Konfliktlösung sollten nicht bloss Richtschnur für das persönliche Leben, sondern auch für den Umgang in Beruf und Politik sein. **Marktwirtschaft** wird als jene Organisationsform der Wirtschaft wahrgenommen, die der Wertebasis der schweizerischen Gesellschaft am angemessensten ist. Sie begünstigt die Freiheit des Einzelnen, wenn es um Berufswahl, um Konsum, aber auch wenn es um unternehmerische Freiheit geht. Sie gilt als lebensdienlich, wird aber dennoch nicht absolut gesetzt, sondern ganz im Gegenteil eingebettet in das Konzept der ökologischen Nachhaltigkeit im Rahmen von **Solidarität** und **Rechtsordnung**. In den Stellungnahmen wird **Subsidiarität** als Kriterium der Aufteilung von Verantwortung zwischen Individuum und Staat resp. den verschiedenen Ebenen der Sozialstrukturen aufgefasst (s. Kapitel 7). **Gemeinschaft** wiederum wird wahrgenommen als stabiler Grund und Orientierungspunkt des Menschen, unverzichtbare Bindung im Spannungsfeld von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Solidarität. Menschenwürde und Respekt des Anderen werden als unabdingbare Voraussetzung dafür verstanden, dass den Grundwerten überall auf der Welt Achtung verschafft wird. **Die allgemeinen Menschenrechte** schliesslich werden aufgefasst als Kristallisationspunkt dieser Werte, die ein Zusammenleben in gegenseitigem Respekt, in Frieden und Gerechtigkeit erst ermöglichen. Ihnen kommt aus der Sicht der beiden Kirchen fundamentale Bedeutung zu. Die Menschenrechte sind Ausdruck des universalen Erbes *moralischer* Ansprüche und gegenseitiger Verpflichtungen. Durch ihre Festschreibung in internationalen Konventionen haben sie darüber hinaus eine *zwingende* (wenn auch keineswegs hinreichend verwirklichte!) *Rechtsform* angenommen. Es obliegt den einzelnen Staaten wie den einzelnen Menschen in ihrem privaten, beruflichen und sozialen

⁴ Dritter Teil, Ziffer 1, S. 21–23.

Menschen in ihrem privaten, beruflichen und sozialen Umfeld, diesen Rechten im Alltag Geltung zu verschaffen.

Die Kirchen und der gesellschaftliche Zusammenhalt

- 22 Unsere Kirchen stehen nicht ausserhalb der Zivilgesellschaft oder gar ihr gegenüber, vielmehr sind sie Teil der Gesellschaft, auch wenn ihr Auftrag einem Zeugnis verpflichtet ist, das jenseits der Geschichtlichkeit des Menschen verankert ist. Christen und Christinnen haben demnach ihren Platz einzunehmen und wahrzunehmen wie alle übrigen Akteure des sozialen Lebens. Doch – wie die Hefe den Teig aufgehen lässt – haben sie den Auftrag, darauf hinzuwirken, dass die in der Gesellschaft bereits wirksame Hoffnung und Befreiungskraft aufgehen kann. Durch die Gute Nachricht Jesu Christi motiviert und angeleitet, wollen die beiden Kirchen Männer und Frauen auf der Suche nach dem Sinn im persönlichen wie in gesellschaftlichen Leben begleiten, unterstützen und ihnen einen Ort des Dialogs anbieten.
- 23 Unsere beiden Kirchen vertreten kein bestimmtes wirtschafts- und sozialpolitisches Programm, doch sind sie einer langen Menschheitserfahrung verpflichtet, die auf der Inkarnation Gottes in der Menschheitsgeschichte gründet. Wenn es um den Sinn des Lebens, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stellung der Menschheit in der Schöpfung geht, haben sie ihre Stimme zu erheben. Fördern sollen sie auch den Dialog. Als Gemeinschaft der Gläubigen sind die Kirchen eher Trägerinnen von Sinn als von Normen; sie tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, indem sie in ihrem Handeln und in ihren Gebeten bezeugen, dass das Reich Gottes in dieser Welt bereits wirksam ist.
- 24 Weder mit den Grundwerten noch mit den aus ihnen abgeleiteten Kriterien lässt sich eine – oder gar die – „gerechte Gesellschaft“ begründen. Grundwerte und Kriterien sind stets **kritische Anhaltspunkte und Sinnverankerungen zur Orientierung von individuellem wie kollektivem Handeln**. Sie dienen der „Kontrolle“ des eigenen Tuns durch das Gewissen, des Handelns von Mitmenschen und Institutionen durch den Rückgriff auf Kriterien, auf die sich die Gesellschaft und die Menschen, die sie bilden, gegenseitig verpflichten.
- 25 Als Verantwortliche in den Leitungsgremien der beiden Kirchen sind wir auch Mitglieder der schweizerischen Gesellschaft. Als solche betrachten wir es als unsere Aufgabe, gemeinsam mit anderen in unserem Land das Bewusstsein lebendig zu erhalten, dass der Mensch als Person das Mass jedes sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Systems ist – unabhängig von Rasse und Geschlecht, von sozialem Status und wirtschaftlicher Macht, von Alter und Fähigkeiten. Immer wieder hat Jesus Christus im Laufe seines öffentlichen Lebens die Person ins Zentrum gesetzt und deutlich gemacht, dass das Gesetz seinen Sinn nur in den mitmenschlichen Beziehungen, in der Liebe Gottes und des Nächsten wie seiner selbst findet. Der Mensch kann nicht isoliert leben, er ist auf soziale Beziehungen und Solidarität angewiesen. Gleichzeitig ist der Mensch selbst Wächter dieser Solidarität und des Gemeinwohls, aber auch Hüter seiner Mitmenschen. Nur in dieser dialektischen Beziehung wird der Mensch wahrhaftig menschliche Person, gewinnt er an Menschlichkeit. Das aber setzt voraus, dass alle Menschen sich der Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit der Menschenwürde gewahr sind.

Ethik und Macht der Durchsetzung

- 26 Die **Grundwerte** geniessen **hohe gesellschaftliche Akzeptanz**. Das geht aus den Stellungnahmen zur Ökumenischen Konsultation hervor. Gleichzeitig aber signalisieren die Einsendungen zwei Probleme.

- 27 Das **erste Problem** betrifft die **Umsetzung der Grundwerte**. So sehr in den Stellungnahmen ihre Geltung auch und gerade an der Wende des Jahrtausends bekräftigt wird, so sehr schimmern bei der Hoffnung auf universale Anerkennung dieser Werte auch Zweifel an ihrer **Durchsetzbarkeit** durch. Hier steht eine wichtige Unterscheidung zwischen Recht und Moral an. Die Grundwerte sind in der christlichen Tradition Orientierungsgrößen, auf die man sich im Zusammenleben absolut verlassen können muss. Das bedeutet: Jede Person muss diese Werte im eigenen Leben beachten und sich in derselben Weise darauf verlassen können, dass die anderen sie ebenfalls beachten. Grundwerte sind so gewissermassen gegenseitige Versprechen auf Sittlichkeit. Deshalb sind sie im Verhalten der Person verankert und nicht in einem staatlichen Recht.
- 28 Recht aber, soll es wirklich **Recht** sein, muss **durchsetzbar** sein; seine Missachtung zieht Sanktionen nach sich. Moral hingegen kann nicht durchgesetzt werden, denn dann würde sie ihren Charakter als Moral verlieren; sie muss vielmehr gelebt werden. Hier können einzig Überzeugung und freie persönliche Entscheidung zum Zuge kommen, nicht aber Zwang. Recht erfährt seine Legitimation durch den legalen Akt der Staatsgewalt. Anders die Moral; sie findet ihre Begründung innerhalb der Gesellschaft, den Menschen vorgeordnet und zugleich aus ihren gegenseitigen Beziehungen resultierend. Für die Christen ist sie letztlich im Schöpfungsplan und im Willen Gottes begründet. **Ethik** ist deshalb auf die **freie Überzeugung der Menschen** angewiesen – und einziges Mittel zu ihrer Durchsetzung im praktischen Leben ist die Überzeugungskraft. Ethik muss deshalb *anspruchsvoll* und *bescheiden* zugleich sein: Anspruchsvoll in der Zumutung, das Leben nicht nur nach der eigenen Bequemlichkeit und dem eigenen Vorteil zu steuern, sondern in konkreter Rechenschaft gegenüber sittlichen Grundwerten; bescheiden in dem Sinne, dass ihre Konkretisierung im praktischen individuellen oder kollektiven Handeln in der Verantwortung einer jeden Person liegt. Die kirchliche Ethik wie die Ethik überhaupt können Orientierungshilfe und Ermutigung für die einzelnen Personen und Institutionen dazu sein, für ihre sittliche Verantwortung konkret einzustehen, aber ihre Maximen lassen sich mit staatlicher – oder kirchlicher – Gewalt weder verbinden noch gar durchsetzen.

Personal- und sozialetische Handlungsfelder

- 29 Das **zweite Problem** betrifft die **Geltung der Grundwerte**. Aus den Stellungnahmen lässt sich die Tendenz herauslesen, diese Geltung auf die individuelle Sphäre zu begrenzen. Eine begriffliche Beschränkung, hat doch Ethik nur dann Sinn, wenn die Werte verinnerlicht und auf individueller Ebene umgesetzt werden. Das gilt auch für Werte mit starker sozialer Komponente wie Solidarität, Gerechtigkeit oder Nachhaltigkeit.
- 30 Die Verankerung der Werte im Lebensentwurf jeder Person ist in der Tat wesentlich. In der Bindung von Person und Werten/Kriterien kommt die notwendige **Verankerung jeglicher Ethik in einer gelebten Individual- oder Personalethik** zum Ausdruck. Ethik kann nur gelebte Ethik sein. Jede ethische Norm hat dann Geltung, wenn es konkret Menschen gibt, die sie in ihrem praktischen Leben anwenden. So findet individuelle Verantwortung in den gesellschaftlichen Beziehungen ihren Ausdruck. Deshalb ziehen wir es vor, eher von Personen als von Individuen zu sprechen. Denn der Mensch ist stets unverwechselbares *Individuum* und *soziales* Wesen zugleich, also Glied der Menschheit und Akteur innerhalb der Gesellschaft. Für unser Zusammenleben unverzichtbar sind mithin Verhaltensregeln wie Treu und Glauben, Redlichkeit und Ehrlichkeit. Kurz: Charakterstärke, eigene Entscheidung zur ethischen Grundposition und Zivilcourage zeichnen eine selbstverantwortliche Person aus, die sich selbst von innen leitet und die sich ihr Verhalten nicht durch manchmal verführerische Außenleitung aufdrängen lässt. Der Mensch ist letztlich einziger und alleiniger Träger von sittli-

cher Verantwortung gegenüber anderen Personen, der Gesellschaft und der natürlichen Mitwelt. Darauf basiert gesellschaftliches Zusammenleben.

- 31 Dennoch käme es einer gravierenden **Verkürzung** gleich, die Geltung der Grundwerte auf persönliches Handeln reduzieren zu wollen. Eine solche ethische Auffassung würde die Bedeutung der sozialen Existenz des Menschen verkennen. So wie kein Mensch sein Leben sich selbst verdankt, **so vermag kein Mensch sein Handeln einzig durch seine Sittlichkeit zu bestimmen**. Er ist durch sein soziales Umfeld beeinflusst und hat diesem Rechnung zu tragen. Alle Menschen sind in der Kindheit durch Familie und soziales Umfeld in ihren Wertvorstellungen und Normen geprägt worden. Innerhalb dieses Rahmens entfaltet sich unsere personale Freiheit. Keine Gesellschaft, kein Verein, kein Staat, keine Familie, keine Partnerschaft ist vorstellbar allein auf der Grundlage der persönlichen sittlichen Entscheidung und ethischen Orientierung der Partner und Partnerinnen. Um in Gemeinschaft leben zu können, braucht es Institutionen – und das seit den Anfängen der Menschheitsgeschichte. Zwar gibt es Denktraditionen, die diese Institutionen nur als Zwänge gegenüber der individuellen Freiheit verstehen. Dem halten wir – gestützt auf die christliche Tradition – entgegen, dass die **Institutionen einen Ermöglichungsrahmen für die Entfaltung der Freiheit** darstellen und daher unabdingbar sind. An dieser Funktion im Dienste der menschlichen Freiheit sind sie zu messen und zu kritisieren. Das bedeutet aber, dass die Institutionen, die unsere individuelle ethische Verantwortlichkeit begrenzen und zugleich ermöglichen, selbst Gegenstand ethischer Reflexion werden. Ethische Verantwortlichkeit wird also bei der Ausgestaltung und Einsetzung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Institutionen in die Pflicht genommen. Auf ihre Gestaltung und **Lebensdienlichkeit** sind dieselben Grundwerte anzuwenden, die auch für das persönliche Leben gelten: Solidarität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit usw.
- 32 Der Ethik eine soziale Dimension zuerkennen bedeutet nicht, den Bereich persönlicher Verantwortlichkeit einzuschränken, sondern ihn ganz im Gegenteil auszuweiten. Für eine sittliche Existenz im christlichen Sinn genügt es nicht, für sich selbst „fromm und gerecht“ zu sein. Die sozialetisch erweiterte Verantwortlichkeit gebietet es, sich für Institutionen einzusetzen, welche die solidarische, gerechte, partizipative Freiheit fördern, aber auch für gesellschaftliche Lebensregeln, die Personen, Menschheit und Umwelt respektieren. Personalethik und Sozialethik ergänzen sich notwendig: Die Personalethik für die Grundlegung des persönlichen Lebens; die Sozialethik für die gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und ökologische Regelung des kollektiven Lebens. An der Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl in einer Demokratie kann verdeutlicht werden, wie die persönliche Verantwortung und die sozialetische, auf die Öffentlichkeit bezogene Verantwortung (s. Kapitel 7) sich gegenseitig bedingen.

Unser zentrales Anliegen

- 33 Jedes wirtschaftliche, soziale oder politische System, das als legitim gelten soll, gründet auf dem Respekt der Person. Seine Ausgestaltung ist Gegenstand einer demokratischen Auseinandersetzung, bei der stets Sachgesichtspunkte mit der ethischen Perspektive in einer erweiterten politischen Vernunft zu vereinen sind. Den Verantwortlichen der beiden Kirchen ist es ein Anliegen, immer wieder die Wahrung der Menschenwürde und die Beachtung gemeinsamer Grundwerte sowie ethischer Kriterien in Erinnerung zu rufen. Uns für die Menschenwürde, das politische Engagement und den Kampf um Gerechtigkeit einzusetzen, ist integraler Teil unserer Aufgabe. Diese Mission der Kirchen und aller Christinnen und Christen hat ihre Wurzel in der Hoffnung und Gewissheit, die im „Vater Unser / Unser Vater“ ausgesprochen wird: „Dein Reich komme“. Zusammen mit allen Menschen, die sich – unabhängig von Ideologie und Bekenntnis – für die Würde der Menschen und der Natur einsetzen, wollen wir die

Keime einer gerechteren Welt wahrnehmen und zum Gedeihen bringen. Wenn die Kleinen und Schwachen in unserem Land und darüber hinaus unsere grösste Aufmerksamkeit finden, dann deshalb, weil sie am verletzlichsten sind. Ihr Los ist der Massstab einer „guten Gesellschaft“. Dies drückt auch die Präambel der neuen Bundesverfassung, die sich das Schweizervolk und die Kantone zu Beginn des 21. Jahrhunderts gegeben haben, in einem der prophetischen Weisheit verpflichteten Wort kraftvoll aus: „... gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.“

Übersetzung: Elisabeth Mainberger-Ruh (Zürich)

Kapitel 2

Biblische Perspektive: Der Mensch als Person in der Gesellschaft

- 34 *Wenn jeder Mensch in seiner Würde anerkannt wird, wenn er in einem sinnstiftenden sozialen Beziehungsnetz leben kann, dann entdecken Christen und Christinnen darin erste Zeichen des Reiches Gottes. Gottes Vorhaben für die Menschen, das göttliche Heilsangebot, ist im aktuellen Leben im Keim bereits gegenwärtig. Dieses Glaubensfundament ist Protestanten und Katholiken gemeinsam, und von da her beobachten wir die Lebenswelt und werten die auf die Ökumenische Konsultation eingegangenen Antworten aus. Wir legen Rechenschaft über jene Glaubensimpulse ab, mit denen wir die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz angehen.*

Jeder Mensch mit gleicher Würde

- 35 Niemand hat die Quelle des Lebens in sich, das Leben wird geschenkt und weitergegeben. Eltern werden sich dessen bei der Geburt eines Kindes bewusst, jeder und jede erfährt dies schmerzlich, wenn der Tod einen geliebten Menschen dahinrafft. Wir glauben, dass jeder Mensch sein Leben vom Schöpfer empfängt; er liebt uns so sehr, dass er unsere Existenz bejaht, „ja“ zu unserem Leben sagt. Zum Leben geschaffen, findet der Mensch seine Bestimmung im Lebensstrom, der ihn durchdringt und den er seinerseits an andere weitergibt. In diesem gemeinsamen Ursprung und Schicksal wurzelt die Gleichheit aller Menschen und die Würde der Person ohne Ansehen von Rasse, Geschlecht oder Religion. In dieser Würde und in den auf ihr beruhenden unverbrüchlichen Rechten erkennen wir das Grundprinzip und das Fundament einer nicht bloss für die Christen, sondern für alle Menschen gültigen Ethik. Jede Verletzung dieser Grundrechte im Namen irgendeiner Ideologie bedeutet, die jeder Kreatur zukommende gleiche Würde zu verwerfen. Das Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat vor allen anderen Ansätzen den Vorrang; geht es um die Gestaltung der Gesellschaft räumen wir diesem Recht absolute Priorität ein.

Der Zugang zu den Gütern dieser Welt

- 36 Der Schöpfer verlieh dem Menschen die Fähigkeit, allen Dingen einen Namen zu geben, und vertraute ihm so die Verfügungsgewalt über die Schöpfung und ihre Ressourcen an (Gen 2,19–20). Dieser Auftrag beinhaltet vor allem anderen die Verantwortung gegenüber der gesamten Schöpfung. In der Bibel gibt es keine strikte Trennung von Mensch und Natur. Der Mensch ist Teil der Natur und von ihr abhängig. Wohl überträgt Gott ihm als einzigem Geschöpf Verantwortung, was aber keineswegs uneingeschränktes Verfügungsrecht über die Güter dieser Erde bedeutet. Der Mensch muss der Schöpfung Sorge tragen. Denn dieser kommt ihr eigener Wert zu. Im biblischen Schöpfungsbericht wird sie als „gut“ bezeichnet. Die Menschheit hat darüber zu wachen, dass die Schönheit, die Vielfalt, die „Güte“ der Schöpfung gewahrt bleibt, damit alle Lebewesen entsprechend ihrer Natur an ihr teilhaben können.
- 37 Die Schöpfung hat ihren eigenen Wert; sie darf also von den Menschen nicht total beansprucht werden, sondern muss über die Gegenwart hinaus der gesamten Menschheit zur Verfügung stehen. Keine Gruppe und keine Kategorie von Personen kann sich die Reichtümer dieser Erde zum ausschliesslichen Gebrauch aneignen. Die heutige Generation hat die Reichtümer der Natur zu bewahren, damit auch noch künftige Generationen an ihnen teilhaben können. Die allgemeine Bestimmung der irdischen Güter ist für alle und für alle Generationen

verbindlich. Geht es um den Zugang zu den Gütern dieser Welt, ist jede Diskriminierung eine untolerierbare Ungerechtigkeit.

Der Mensch als soziales Wesen

- 38 Bleibt der Mensch allein, ist er nicht fähig, sich selbst zu verstehen und zu zeugen. Als Beziehungs- und Dialogwesen ist er auf Öffnung und Gemeinschaft angewiesen, um sich der eigenen Identität zu versichern. Von Anfang an als ergänzungsbedürftig, als Mann und Frau geschaffen (Gen 1,27; Gen 2,18–25) findet er seine wahre Dimension erst in der Begegnung mit einem Gegenüber, das anders ist und das er zugleich als ihm ähnlich erkennt. Diese Erfahrung ist allen gemeinsam: Bereit sein, einen Schritt aus sich selbst heraus und auf den Anderen hin zu tun, zu dessen Existenz „ja“ zu sagen und ihn als Partner im Dialog anzunehmen – so erst wird das Leben fruchtbar und beglückend. Als wahrhaft soziales Wesen braucht der Mensch, um leben und sich vollkommen entfalten zu können, ein Netz von Beziehungen; dort sind Öffnung, Kommunikation und Selbsthingabe als die Voraussetzungen seiner Berufung zum Menschen gegeben. Diese dem Menschen zutiefst eigene Beziehungsdimension strukturiert ihn als eine zum Leben in der Gesellschaft und in der Gemeinschaft angelegte Person.

Die Freiheit, Ja zu sagen

- 39 Jeder Mensch ist frei. Er hat die Freiheit, seinen Schöpfer, seinen Nächsten und die Kreatur anzunehmen oder abzulehnen. Wählt er die Öffnung, wird das Leben sich entfalten, in ihm und um ihn, für ihn und für die Anderen. Optiert er für den Rückzug auf sich selbst und schliesst den Anderen aus seinem Gesichtskreis aus, werden Sinnlosigkeit und Verlassenheit sein Leben bestimmen. Will der Mensch alles willkürlich beherrschen, findet er sich oft nackt und schwach; die Erde ist ihm Mühsal, das Leben prüft ihn hart, die Beziehungen sind konfliktträchtig (Gen 3). Weigert sich jemand, seines Bruders oder seiner Schwester Hüter zu sein, dann bricht der Totschlag in die Geschichte ein (Gen 4), in der Schöpfungsgeschichte der erste Schritt in einer unendlichen Spirale der Gewalt, die in der Tötung Unschuldiger und in der Vernichtung der Schöpfung gipfelt.
- 40 Der christliche Glaube verpflichtet uns darauf, dass das „Ja“ zu Gott auch ein „Ja“ zum Menschen ist (Hos 6,6; Mt 9,13; Mt 12,7). Aus diesem zweifachen „Ja“ schliessen wir, dass Gerechtigkeit und Achtung des Nächsten dem Glauben sosehr wesentlich sind, dass jeder nicht von Gerechtigkeit und Nächstenliebe getragene religiöse Akt diesem Glauben widerspricht. Immer wieder erinnern die Propheten daran, dass der Glaube an Gott und der Einsatz für die Befreiung des Menschen nicht voneinander zu trennen sind: „das ist ein Fasten, wie ich es liebe: die Fesseln des Unrechts zu lösen, die Stricke des Jochs zu entfernen, die Versklavten freizulassen, jedes Joch zu zerbrechen, an die Hungrigen das Brot auszuteilen, die obdachlosen Armen ins Haus aufzunehmen...“ (Jes 58,6–10; vgl. Jes 1,16–17). Das Evangelium zu leben und zu verkündigen schliesst die Verpflichtung ein, sich für die integrale Befreiung jedes Menschen in seiner lebenspraktischen Wirklichkeit einzusetzen. Auf dem Spiel steht die Glaubwürdigkeit unseres Glaubens.
- 41 Aufgrund dieser Überzeugung treten wir konkret für Werte und für bestimmte Haltungen ein – Werte und Haltungen, für die uns Christen das Evangelium inspiriert, die aber mit den Optionen von Menschen aus anderen ideologischen oder religiösen Horizonten übereinstimmen, von Menschen, die sich ebenfalls für die Förderung eines der menschlichen Person würdigen Gemeinwohls einsetzen. Wenn in Artikel 1 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* steht „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, dann ist das die Forderung, die sozioökonomischen Ungleichheiten seien wahrzunehmen, die unterschiedli-

chen sozialen Bedingungen seien auszugleichen und den unterschiedlichen Gaben sei Rechnung zu tragen, damit jeder Mensch seine ihm eigene Freiheit leben kann. Deshalb unterstützen wir alle Männer und Frauen, die sich aktiv für die Beseitigung aller wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich bedingten Hindernisse einsetzen, sofern sie die der Menschenwürde inhärente Freiheit bedrohen.

Ein Perspektivenwechsel

- 42 Für uns Christen findet das „Ja“ Gottes zur Menschheit und die Antwort der Menschheit an Gott ihren vollkommenen Ausdruck in Leben und Lehre des Jesus von Nazareth. Er hat uns einen Gott Vater (und Mutter) geoffenbart, der sich seiner Kinder annimmt, der sich ihrer Leiden und Nöte erbarmt (Mt 9,35–36). Dieser liebende Gott schliesst niemanden aus, er hat einen Wunsch, dass alle sich aufrichten und leben mögen. So hat Christus unsere Beziehung zum Nächsten erneuert und die Grundlagen für eine neue Ethik gelegt. Sein Leben, das er hingegeben hat, sein Einsatz für die Geringen und die Armen, die geforderte Gerechtigkeit (Lk 16, 19–31) – dies alles gibt uns zu verstehen, dass jede Person der Achtung und der Aufmerksamkeit würdig ist, sei sie Mann oder Frau, Bürgerin oder Fremde, schuldig oder nicht. Unsere Einstellung den Brüdern und Schwestern in der ganzen Menschheit gegenüber kann nur ein offenes und aufrichtiges „Ja“ sein, entsprechend Jesu Haltung seinen Zeitgenossen gegenüber. Deshalb ist echte Solidarität nicht auf Sympathie- oder Antipathiegefühle, auf Bande des Blutes, auf ethnische Zugehörigkeit oder politische Affinitäten begrenzt. Der gesellschaftliche Zusammenhalt setzt voraus, dass jeder fähig ist, auf den Anderen zuzugehen, ihn aufzunehmen und niemanden von seinem Wohlwollen auszuschliessen. Die entscheidende Frage ist nicht, wer unser Nächster ist, sondern im Sinne eines Perspektivenwechsels, ob wir bereit sind, Nähe entstehen zu lassen (Lk 10, 29–37). Wenn wir nicht jedem Menschen, wer immer er sei, etwas mehr Liebe entgegenbringen, als er verdient, ist die Welt nicht mehr lebenswert.
- 43 Dieser Perspektivenwechsel gibt uns zu verstehen, dass ein legalistisches, sich mit der Einhaltung des Gesetzes begnügendes Verhalten etwa nach Art der Pharisäer niemals in der Lage sein wird, jedes Unrecht auszuräumen. Dem halten wir solidarisches und liebendes Verhalten entgegen, die Aufmerksamkeit und Achtung für das, was der Andere lebt, der goldenen Regel entsprechend: „Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen!“ (Mt 7,12). Jesus selbst hat nicht gezögert, feste Normen zu übertreten, und damit gezeigt, dass der Mensch wichtiger ist als ein Gesetz, etwa das Sabbatgebot (Mk 1,40–45; Mk 2,13–28; Mk 3,1–7). Religiöse, politische, soziale oder wirtschaftliche Strukturen stehen im Dienst des Menschen und nicht umgekehrt. In einer kühnen Geste der Freiheit und der Solidarität ist Jesus so weit gegangen, die leidende Person an die Stelle des Gesetzes, ins Zentrum der religiösen Versammlung zu stellen und beglaubigte so einen Wertemassstab, der uns unablässig vor Fragen stellt.

Das Reich Gottes als Vollendung

- 44 Die Lehre Jesu, die aus den Ausgeschlossenen und Armen die privilegierten Bürger des Reiches Gottes macht, steht im Zentrum unserer Botschaft. Jenen Geringen, denen er den ersten Platz zuweist, wir begegnen ihnen auch in unserem eigenen Land: junge oder ältere Menschen, Opfer sozialen oder wirtschaftlichen Wandels, allein gelassene oder ausgebeutete Frauen, existenzbedrohte Bergbevölkerung, Behinderte oder Nichtangepasste, Randständige oder Vereinsamte, Migranten und Flüchtlinge oder Asylsuchende. Richten wir den Blick über unsere Grenzen hinaus und wenden uns anderen Ländern, vor allem Entwicklungsländern zu, dann verlängert sich diese Liste in erschreckender Weise: Opfer von Kriegen, von Naturka-

tastrophen, der internationalen Verschuldung oder von ungerechten sozialen und wirtschaftlichen Strukturen. Menschen, die sozial ausgeschlossen sind, die in materieller oder seelischer Not leben, ist zuallererst Gottes Erbarmen zugesprochen.

- 45 Diese neue Welt ist nicht das Produkt menschlichen Bemühens allein. Sie ist nicht mit irdischem Fortschritt zu verwechseln. Diese neue Welt herbeizuführen, das wäre eine wahrlich übermenschliche Aufgabe – sie ist ein Geschenk Gottes. Doch deren Vollendung ist gewiss. Christus hat nicht bloss das Kommen des Reiches Gottes verkündet, sondern dessen Realität in seiner Auferstehung bezeugt. Deshalb wissen wir, dass das Reich Gottes die Menschheitsgeschichte übersteigt und zugleich im Zentrum derselben steht. Deshalb sind alle Christen und Christinnen eingeladen, ihren Teil zu dessen Kommen beizutragen und ihre Verantwortung gegenüber allen Brüdern und Schwestern im Mensch-Sein wahrzunehmen. Durch diese Hoffnung gestärkt, befassen wir uns mit den in den folgenden Kapiteln behandelten Themen, und wir verpflichten uns gemeinsam mit allen Christen und Christinnen dieses Landes, mit allen Menschen guten Willens auf die Verwirklichung einer für alle segensreichen Zukunft hinzuarbeiten.

Übersetzung: Elisabeth Mainberger-Ruh (Zürich)

Kapitel 3

Familie: Leben in Verbundenheit

- 46 *Die Situation der Familie in unserer Gesellschaft wird in zahlreichen Eingaben zur Ökumenischen Konsultation angesprochen. Die Besorgnis, die in den Zuschriften zum Ausdruck kommt, belegt, dass vielen Menschen die Zukunft der Familie als soziale Lebensform ein Anliegen ist. An die Kirchen wird die Erwartung gerichtet, Anliegen der Familien verstärkt zu vertreten. Das Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern ist keine beliebige Frage der Lebensgestaltung. Wir halten die Familie für eine in allen Kulturen wichtige Institution, die mit dem Wesen des Menschen und mit dem sozialen Zusammenleben der Gesellschaft eng verbunden und für das Fortbestehen der Gesellschaft unabdingbar ist. Deshalb wollen wir auf diese wichtige Frage der Stellung der Familie in der heutigen Gesellschaft – sie kam in der Diskussionsgrundlage als ein Aspekt der Sozialpolitik in Sicht – in einem eigenen Kapitel eingehen. Wir konzentrieren uns dabei auf die soziale Funktion der Familie und wollen herausstellen, welche sozialpolitischen Massnahmen zu ihrer Stärkung ins Auge zu fassen sind.*

Aus den Stellungnahmen

Besorgnis in der Bevölkerung über die Zukunft der Familie

- 47 Die Familien befinden sich, wie viele Antworten auf die Frage nach der gesellschaftlichen Zukunft der Schweiz betonen, in einer schwierigen Lage. So wird aufgeführt, dass sie in der Politik über zu wenig Einfluss verfügen, um ihre Interessen angemessen geltend zu machen. Vonseiten der Wirtschaft stehen sie in mehrfacher Hinsicht unter Druck. In den Zeiten der Rezession stehen die Arbeitslosigkeit, zunehmender Stress am Arbeitsplatz und finanzielle Engpässe besonders für junge Familien im Vordergrund. In den Zeiten angespannter Beschäftigungslage belastet die – oft von der Einkommenssituation her erzwungene – Berufstätigkeit beider Ehegatten die familiären Beziehungen, weil Einrichtungen zur Kinderbetreuung noch nicht zum Standard unserer Gesellschaft gehören. In den Medien gilt häufig das Interesse neueren, unverbindlicheren und „dramatischeren“ Lebensformen, wogegen die herkömmliche Familienstruktur eher als Relikt vergangener Zeiten erscheint. Bei den Anliegen der Familien geht es keineswegs nur um materielle Forderungen. Vielmehr wirft die finanzielle Benachteiligung des Zusammenlebens mit Kindern, besonders die Armutsbetroffenheit junger und kinderreicher Familien im Vergleich zu anderen Lebensformen, die Frage nach der inneren Verfassung unserer gesellschaftlichen Solidarität auf.
- 48 Wichtig ist die Feststellung, dass in den Eingaben nicht selten auf die Rolle der Familien als Sozialisationsinstanz, als Ort der Erfahrung und Vermittlung von Werten, und zwar für Eltern und Kinder, hingewiesen wird. Solche Funktionen scheinen nur noch mit Mühe und beschränkt wahrgenommen werden zu können – zu gross sind die Einflüsse der Werbung, des Medienangebots usw. Schliesslich ist die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in unserer stark und manchmal zu einseitig von zum Teil berufsbedingter Mobilität und von Konsum geprägten Gesellschaft schwieriger geworden. Sie müssen heute häufig ohne zureichende Orientierungshilfen aus unendlich vielen Wahlmöglichkeiten ihren Platz in einer sozialen Umgebung finden, die ihnen gegenüber unempänglich geworden ist.
- 49 Diese Beobachtungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Ökumenischen Konsultation zeigen, dass das Grundproblem der Familien in der Schweiz keineswegs nur finanzieller Art ist. Über das Ungenügen einzelner politischer Massnahmen hinaus besteht es vielmehr darin, dass die Schweiz noch immer über keine systematische Familienpolitik verfügt. Es geht dabei auch um ganz

zentrale Wertfragen, und zwar auf individueller wie auf gesellschaftlicher Ebene. Diese Wertfragen sollten wieder ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt werden: Wie wichtig ist es uns, Leistungen der Familien, auf welche die ganze Gesellschaft angewiesen ist, zu würdigen? Welche gesellschaftliche Bedeutung messen wir den gerade in der Familie geförderten Beziehungswerten wie Einfühlungsvermögen, Treue, Rücksichtnahme, Fürsorge, Verbundenheit zu? Wo sollen Reichweite und Grenzen der Konsumorientierung, des Wettbewerbs und Individualismus bei aller Würdigung der Individualität als einer Errungenschaft der jüngsten Zeit gelernt werden können? Sind die Partner bereit, sich wirklich aufeinander und auf die Kinder einzulassen und – ohne sich selbst zu verleugnen oder zu verlieren – ihren jeweiligen Lebensentwurf entsprechend anzupassen und zu gestalten? In welchem Verhältnis stehen soziale Rücksichten in ehelichen und familiären Bindungen zur individuellen Selbstentfaltung, die nicht zuletzt das Berufsleben verlangt, bis hin zu losgelöster Selbstverwirklichung? Von der Antwort auf solche Fragen hängt, wie in den Zitierten immer wieder festgestellt wurde, wesentlich die Zukunft der Familien in unserer Gesellschaft ab.

Unser Befund

Mangelnde gesellschaftliche Anerkennung des familiären Lebens

- 50 Die Familien haben heute im öffentlichen Bewusstsein einen geringen Stellenwert, jedenfalls bis sie als Quelle für die knapper werdenden Arbeitskräfte neu entdeckt werden. Die Problematik betrifft nicht nur die herkömmliche, „klassische“ Familie, sondern auch die anderen Familienformen. Wo liegen die Ursachen für den schwierigen Stand der Familie in unserer Gesellschaft? Verschiedene Faktoren haben dazu beigetragen. Wir beschränken uns hier auf die kulturelle Ebene, ohne deswegen andere Probleme, wie beispielsweise die wachsenden Widersprüche zwischen Familienpflichten und beruflicher Beanspruchung, zu vergessen.
- 51 Oft wird gleich als erstes Phänomen die Ausfächerung der Lebensformen genannt: Ein Leben im Familienverband über das jugendliche Alter hinaus ist aus einer Vielzahl von Gründen nicht mehr selbstverständlich. Jungen Menschen stehen andere Möglichkeiten der Lebensgestaltung offen. Alleine zu leben oder in einer Partnerschaft, ausdrücklich oder implizit auf Kinder zu verzichten oder mit Kindern vorläufig noch zuzuwarten – ein Lebensentwurf ohne die Option der Elternschaft ist eine gesellschaftlich anerkannte Selbstverständlichkeit. Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, das eigene Leben zu gestalten. Ob der Vielfalt tritt manchmal die Qualität der Familie als besondere Lebensform in den Hintergrund.

Das Nebeneinander verschiedener Familienformen

- 52 In jüngster Zeit hat sich als Folge des verbreiteten wirtschaftlichen Wohlstands die Zahl der Optionen für eine individuell zugeschnittene Lebensgestaltung erhöht. Heute von „der Familie“ sprechen zu wollen, würde der vielgestaltigen sozialen Wirklichkeit nicht entsprechen. Tägliche Erfahrungen – nicht zuletzt in der kirchlichen Seelsorge und Gemeindearbeit – wie auch soziologische Untersuchungen zeigen, dass es heute ein Nebeneinander verschiedener Formen von familiärem Zusammenleben gibt. Diese Ausfächerung der Familienformen hat zwar die „klassische“ Familie nicht überflüssig gemacht, aber sie ist in ihrem Selbstverständnis als Norm in Frage gestellt. So gibt es nach wie vor die „klassische“ Familie mit Ehepartnern und einem bis mehreren Kindern. Daneben sind vielfältige Formen familienähnlichen Zusammenlebens entstanden. Ohne eine vollständige Aufzählung geben zu wollen, seien genannt: die kinderlosen Paare, sei es nach freiem Entscheid oder gezwungenermassen; Familien mit adoptierten Kindern oder Pflegekindern; „Patchwork-Familien“ und Ein-Eltern-Familien – eine Familienform, die von der Belastung her besonders anspruchsvoll ist und deren Leistungen für Kinder und Gesellschaft Respekt erheischt. Die Vielfalt bedeutet dabei nicht notwendig einen Verlust an Bindung, sondern Bindung in anderer

bedeutet dabei nicht notwendig einen Verlust an Bindung, sondern Bindung in anderer Form, und kann auch als Errungenschaft hinsichtlich einer differenzierten menschengerechten Entfaltung der einzelnen Familienglieder und der Achtung ihrer Individualität betrachtet werden.

- 53 Die Würdigung dieser gegebenen Vielfalt wird je nach Perspektive unterschiedlich sein. Die römisch-katholische Kirche betont den gesellschaftstragenden Wert der sakramental bekräftigten ehelichen Partnerschaft, die auf Nachwuchs angelegt ist, im Rahmen einer harmonischen Entwicklung der familiären Beziehungen. In den protestantischen Kirchen haben Ehe und Trauung einen hohen Stellenwert; der Inhalt und die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen in Ehe und Familien – und zwar bis hin zu Lebensformen gleichgeschlechtlicher Paare – wird dabei stärker gewichtet als die geschichtlich gewordene Form, unter Hinweis darauf, dass die Formen für die Menschen da sind und nicht umgekehrt. Beide Kirchen verbindet indessen die Sorge um eine möglichst gute, stabile, die Menschen in ihrer gegenseitigen Achtung stärkende Beziehungsqualität sowie die Achtung und Förderung der Familien in der Öffentlichkeit, namentlich durch die Politik.
- 54 Als eine der Folgen dieser Entwicklungen kann gelten, dass die Zahl der Personen zuzunehmen scheint, die freiwillig alleine, als „Singles“ leben. Ist es heute möglich, aus freiem Entscheid heraus unverheiratet zu bleiben und alleine zu leben, so war dies früher nicht der Regelfall: Zwar war noch vor dem Zweiten Weltkrieg der Anteil der Ledigen an der Bevölkerung wesentlich höher als heute. Die Ledigen – sie konnten damals meist aus wirtschaftlichen Gründen nicht heiraten – blieben aber mehrheitlich im Haushalt ihrer anderen Familienmitglieder integriert. Einflüsse der Wirtschaft, Veränderungen des kulturellen Wertesystems sowie die neuzeitlichen Möglichkeiten im Arbeitsleben und in der Freizeit führen dazu, dass sich die individuelle Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, bei den meisten Menschen in Verbindung mit der Entfaltung in der Elternschaft, zu einem sozialen Leitbild entwickeln können. Die Erfahrung der hohen Scheidungsrate und die Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung, die in den letzten Jahrzehnten zu beobachten ist und die uns noch bevorsteht, haben vermutlich mit weiteren Einflüssen die verbreitete Scheu gestärkt, zeitlich unbegrenzte Bindungen einzugehen. Bei den Belastungen, denen die Paarbeziehung ausgesetzt ist, bleibt es nicht mehr selbstverständlich, für lebenslange Beziehungen die entsprechende Verantwortung zu übernehmen, zu Dauer und Qualität der Beziehung zu stehen und sie nicht in der Vorläufigkeit zu belassen. Der Entschluss, Kinder zu haben, schliesst aber im Grunde immer den Entschluss und die Bereitschaft für die nachhaltigste Bindung und Verantwortung ein, die ein Mensch freiwillig übernehmen kann.

Familiengründung nicht einfach geworden-Schwierigkeiten

- 55 Bisher konnten sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft weitgehend auf das Funktionieren der Familie als Grundlage der Entwicklung verlassen. Aber bereits heute scheint die Gesellschaft von der familiären Substanz zu zehren und wenig zu ihrer Erhaltung beizutragen. Die mangelnde Rücksichtnahme von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf die spezifischen Bedürfnisse der Familien stellt deshalb einen weiteren Problemkreis dar. Indem die eigene Lebensgestaltung im Zuge der gesellschaftlichen Liberalisierung immer mehr zur Privatsache wurde bzw. erklärt wurde, sind auch die Ansprüche der Familien aus der öffentlichen Aufmerksamkeit zunehmend ausgeblendet worden. Wir beobachten aber nicht nur eine Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber den Familien und ihren spezifischen Bedürfnissen, vielmehr werden auch ihre Leistungen zu Gunsten der Gesamtgesellschaft nicht genügend beachtet und nicht als solche anerkannt.
- 56 Es bleibt also festzuhalten, dass der Entschluss zur Gründung einer Familie und auch das Familienleben selbst gerade durch die gesellschaftliche Entwicklung anforderungsreicher geworden sind. Das Fehlen sozialer Vorgaben und auch Vorbilder ist nicht nur Freiheit, sie zwingt den Einzelnen, selbst zu entscheiden: Junge Frauen und Männer, die sich entschliessen und denen es geschenkt ist, Kinder zu haben, sind nicht mehr von einer sozialen Selbstverständlichkeit und einer familien-

freundlichen kulturellen Umgebung getragen. Ebenso ist die Gestaltung des Familienlebens selbst zur anspruchsvollen Aufgabe geworden, stets neu entscheiden zu müssen: Wie sollen Haus- und Erwerbsarbeit zwischen den Eltern aufgeteilt werden? Welche Werte sind wichtig in der Erziehung der Kinder? Wo soll der Wohnort sein, wenn der Arbeitsort wechselt? Die Antworten auf solche Fragen sind heute nicht mehr vorgegeben, sondern bedürfen immer neuer Aushandlungsprozesse zwischen den Partnern.

- 57 Das ist die Kehrseite der prinzipiell positiven Liberalisierung unserer Gesellschaft und der Ausweitung der Selbstverantwortung: Die Gesellschaft stellt jedem Menschen frei, wie er sein Leben führen will, lässt ihn damit aber weitgehend auch allein. Das hat direkte Konsequenzen für die Familien: Wenn das Familienleben einfach als Privatsache betrachtet wird, um die sich das Gemeinwesen nicht zu kümmern braucht, geht vergessen, wie sehr einerseits die Gesellschaft auf die Leistungen der Familien angewiesen ist und wie sehr andererseits die Familien günstige strukturelle und kulturelle gesellschaftliche Rahmenbedingungen brauchen. Schliesslich wird übersehen, dass die Familie als Sozialverband sicher offen ist für Gestaltung und gleichzeitig gestaltet werden muss, dass sie aber nicht beliebig formbar ist, wenn sie ein gutes Leben für Eltern und Kinder ermöglichen soll. Der gestiegene Spielraum zur Gestaltung bedeutet auch eine entsprechend grössere Aufgabe. Freiheit heisst Verantwortung – für sich und andere.

Zwischen individueller Entfaltung und Gemeinsinn

- 58 Die Gesamtheit der sozialen Leistungen, welche die Familien im weitesten Sinn erbringen, kann von keiner anderen Lebensform übernommen werden: Das Aufziehen und Pflegen von Kindern heisst immer auch, neue Mitglieder unserer Gesellschaft heranzubilden. Diese soziale Funktion und die Bildung der Persönlichkeit der jungen Menschen (und damit der Erwachsenen mit ihnen), die emotionale Erholung der Erwachsenen, welche unter wachsender Beanspruchung in Wirtschaft und Gesellschaft stehen, und die Bewahrung und Verkörperung personaler Werte in einer immer unpersönlicher werdenden Gesellschaft – kurz: die Erhaltung der Menschen und der Menschlichkeit in unserer Gesellschaft sind der wesentliche und unersetzbare Beitrag der Familien. Gerade darin liegen Sinn und unveräusserbare Aufgabe begründet.
- 59 Die unsichere Zukunft der Familie in unserer Gesellschaft ist nicht einfach einem Zerfall der individuellen Moral zuzuschreiben. Diese oft gehörte Vormeinung ist zu korrigieren, weil sie der Komplexität des Problems nicht gerecht wird und dadurch zukunftsgerichtete Lösungsansätze behindert. Die Tendenzen der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung sind gewiss vielfältig und keineswegs nur bedrohlich. Indessen erkennen wir hinter den Problemen der modernen Familie mit Sorge Anzeichen dafür, dass der strukturelle und kulturelle gesellschaftliche Wandel in Richtung eines Ethos geht, das die Familie nicht mehr wichtig nimmt. Dabei steht zur Debatte, ob sich ein verabsolutierter, bindungsloser Individualismus gegen die Errungenschaft verantwortlicher Individualität durchzusetzen droht. Es ist nicht nur so, dass das Leben in Familie für junge Erwachsene keine Selbstverständlichkeit mehr darstellt. Vielmehr wird ihnen das Eingehen lebenslanger personaler Bindungen durch zahlreiche Faktoren erschwert. Die Bereitschaft zu lebenslanger Partnerschaft muss auf dem Hintergrund schwieriger gesellschaftlicher Erfahrung reifen können und sich bewähren – der Erfahrung nämlich, dass rund ein Drittel der Ehen in dieser Hinsicht scheitert. Mit Scheidungen ist oft ein tiefes Leiden der getrennten Paare und ihrer Kinder verbunden. Dasselbe trifft auf Familien und Paare zu, die trotz innerer Trennung durch die soziale Konvention zum äusserlichen Zusammenbleiben verurteilt wurden, häufig zum Schaden insbesondere der Frauen. Demographische Veränderungen und selbst-produzierte ökonomische Sachzwänge sowie in der Folge ein gewandeltes soziales Wertesystem, das vor allem auf Flexibilität und Mobilität, Ungebundenheit und Tempo setzt, stellt die langfristige Bindung weiter in Frage. Wenn der individuelle Erfolg zum einzigen Ziel wird – , kann Atomisierung der Gesellschaft die langfristige Konsequenz sein. Dieser Entwicklung vorzubeugen durch die Besinnung auf eine menschengene-

rechte – seiner individuellen wie seiner sozialen Existenz Rechnung tragende – Balance zwischen Individualität und Sozialität ist eine Aufgabe, für die sich die Verantwortlichen der Kirchen einsetzen.

Unser Anhaltspunkt

Freiheit und Verantwortung: Chance eines glückenden Lebens

- 60 Bisher war nur von den Problemen und Aufgaben der Familien in unserer Gesellschaft die Rede. Damit ist aber noch längst nicht alles gesagt. Denn es gibt sie doch, die vielen jungen Menschen, die sich auf das Wagnis einer Familiengründung einlassen. Was bewegt sie zu diesem Entschluss und dazu, sich für Kinder zu entscheiden und dem geschenkten Leben von einem oder mehreren Kindern Pflege und Raum in ihrem eigenen Leben zu geben? Die Antworten auf diese Frage werden bei jeder Frau und jedem Mann wieder anders ausfallen, und über die Jahre des Zusammenlebens und der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder werden sich diese Antworten verändern. Denn so wie jede Familie selbst, innerlich und äusserlich, eine einzigartige Realität ist, ist sie in dauernder Veränderung und Entwicklung.
- 61 Wie auch immer die Antworten auf die Frage nach den Motiven, eine Familie gründen und in ihr leben zu wollen, ausfallen: Menschen, die wirklich Ja sagen zum Familienleben, ergreifen aus christlicher Sicht die Chance, Gottes Liebe in der Liebe ihrer Angehörigen zu erfahren und selber weiterzuvermitteln. Natürlich ist die Familie nicht die einzige Lebensform, in der diese Liebe erlebt wird, aber sie ist bis heute ihr bevorzugter Ort.
- 62 „Es ist nicht gut, dass der Mensch allein ist“ (Gen 2,18): Das bedeutet heute auch, entgegen allfälliger sozialer Trends den Menschen und sein Bedürfnis nach persönlicher Beziehung in den Mittelpunkt zu stellen. Das Leben in der engsten Form der sozialen Verbundenheit, in der Familie, ist eine grosse Chance für ein glückendes, "erfülltes Leben", wie es letztlich den Menschen verheissen ist (Joh 10,10). Selbstentfaltung und Eingebunden-Sein in Beziehungen werden hier zusammengeführt. Mag Selbstverwirklichung auf sehr vielen verschiedenen Wegen gelingen, so ist sie doch immer nur zusammen mit anderen Menschen möglich, nie ohne oder gar gegen sie. Auch innerhalb der Familie gilt im Sinne des Doppelgebots der Liebe (Mt 22,39): „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“
- 63 Es ist unsere gemeinsame Überzeugung, dass das Leben in Familie eine wertvolle Chance – keine Garantie, aber eine hervorragende Möglichkeit – für ein gelingendes Leben ist. Ein „Leben in Fülle“ (Joh 10,10) ist keine Utopie, sondern eine Verheissung, und es ist sicher eine wichtige Aufgabe der Kirchen in unserem Land, auf diese Verheissung, auf diese echte Alternative zu der Menge von Beliebigkeiten, hinzuweisen.
- 64 Fülle ist etwas ganz anderes als Menge: Werte, welche die Familie ausmachen, wie etwa Rücksichtnahme, Liebe, Treue und Verlässlichkeit, Fürsorge und Einfühlungsvermögen, stehen in einem Spannungsverhältnis zu bestimmten Werten unserer auf Tausch und eigenen Vorteil getrimmten Wirtschaftsgesellschaft. Das ist positiv und negativ zugleich. Die positive Möglichkeit besteht darin, dass die Familien diese Werte über ihren eigenen Bereich hinaus in der Gesellschaft wirksam werden lassen. Denn eine Gesellschaft, die allein auf Wettbewerb und Maximierung der Eigeninteressen setzt, ist letztlich lebensfeindlich. Auf der anderen Seite kann sich eine menschengerecht gestaltete Wirtschaft auch positiv auf die Familie auswirken. Jede Familie ist aber zur ganzheitlichen Entwicklung ihrer Mitglieder darauf angewiesen, dass sie ein Freiraum bleiben kann, in dem sich Menschen entfalten und um ihrer selbst willen sich angenommen wissen. Gelingt dies, werden die Familien zu einem wichtigen Baustein der Humanisierung unserer Gesellschaft.

Wege und Ansätze

Was ist zu tun?

- 65 Es gilt nun zu fragen, was zu tun ist, um die Familie als vielfältige Lebensform zu erhalten und zu fördern. Dabei muss von Anfang an deutlich sein, dass eine „Rettung der Familie“ weder einfach nur vom Staat erwartet werden noch in der Strategie bestehen kann, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Das Einstehen für die Familien ist eine innovative, zukunftsgerichtete Aufgabe, die unser ganzes Gemeinwesen in Pflicht nimmt. Im Kern geht es darum, in unserem sozialen Wertesystem, also auch im Bewusstsein der vielen Einzelnen, die Bedeutung der Familie und ihrer Leistungen anzuerkennen. Erst auf dieser kulturellen Grundlage wird es möglich, dass die Wirtschaft sich intensiver um familiengerechte Einkommen und Arbeitsverhältnisse bemüht und der Staat den Verfassungsauftrag des Schutzes und der Förderung der Familie (Art. 41 Abs. 1 Bst. c und Art. 116 Abs. 1 der Bundesverfassung) wirklich erfüllt. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass eine Veränderung des gesellschaftlichen Wertesystems zu Gunsten der Familien nur möglich wird, wenn dies durch Staat und Wirtschaft unterstützt wird. Einstellungen und Rahmenbedingungen müssen sich letztlich entsprechen, weil sie sich gegenseitig voraussetzen. Sie stehen aber nicht automatisch im Einklang, vielmehr muss dieser durch die Anpassung der Rahmenbedingungen an die veränderten Wertorientierungen immer wieder geschaffen werden.
- 66 Die Freiheit der Wahl der Lebensform muss in unserer Gesellschaft selbstverständlich gewahrt bleiben. Was für die individuelle Freiheit gilt, gilt indes nicht für das Gemeinwesen. Dieses darf nicht Regelungen treffen, die vom ungebundenen Individuum ausgehen, unter der Hand aber Familien und Familiengründungen benachteiligen. In der Finanzierung der Sozialwerke, im Steuerrecht, auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Wohnungsmarkt haben Erwachsene mit Kindern heute beträchtliche und ungerechtfertigte Nachteile. Und es ist immer noch so, dass Familien mit Kindern im sozialen Leben – auch im kirchlichen Leben, in unseren Gottesdiensten – keineswegs überall gern gesehene Gäste sind. Familienpolitik ist also eine soziale Aufgabe im umfassendsten Sinn des Wortes; die ganze Gesellschaft ist in Pflicht genommen.

Die unabdingbare finanzielle Sicherheit

- 67 Trotz der Einsicht in die Tatsache, dass sich die Zukunft der Familie in erster Linie daran entscheidet, welche Werte in unserer Gesellschaft Geltung haben, sind doch auch jetzt schon konkrete Massnahmen möglich und notwendig. Vergleichsweise rasch umsetzbar sind längst überfällige materielle Entlastungen der Familien. Auf einige solcher Grundsätze sollten sich die Menschen in Politik und Wirtschaft verständigen. Im Folgenden weisen wir auf Bereiche hin, die uns im Hinblick auf eine schlüssige Familienpolitik vordringlich erscheinen: Generell sollte *ein* volles Erwerbseinkommen für den Unterhalt einer Familie ausreichen. Es ist leider allzu selbstverständlich, dass der Arbeitsmarkt selbst nicht darauf Rücksicht nehmen kann, wie viele Menschen vom Lohn einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers leben müssen. Deshalb sind wesentlich höhere Kinderzulagen auszurichten als heute. Diese Investition in die Zukunft unserer ganzen Gesellschaft ist bei hinreichendem politischem Willen finanzierbar, sei es durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge oder aus Steuermitteln. Die Familien müssen aber ebenfalls bei den Ausgaben entlastet werden durch familiengerechte Reformen des Steuersystems von Bund, Kantonen und Gemeinden und durch entsprechende Regelungen bei den Krankenkassenprämien, vor allem bei unteren Einkommensklassen, in denen Familien mit mehreren Kindern überproportional vertreten sind. Entlastungen müssen aber auch im Wohnungswesen gefunden werden. Auch hier besteht ein einschlägiger Auftrag der Bundesverfassung, das Grundrecht auf angemessenen Wohnraum insbesondere für Familien zu verwirklichen (Art. 41 Abs. 1 Bst. e und Art. 108 Abs. 4).

- 68 Ein weiteres Grundproblem, das dringend anzugehen ist, ist der vermeintliche Gegensatz zwischen Gleichstellungs- und Familienpolitik. Es ist normal, dass Frauen wie Männer sich beruflich betätigen wollen und Erwerbsarbeit ausüben. Stossend ist aber, wenn allein aus finanziellen Gründen und zum Nachteil ihrer Familie beide Ehepartner einer Erwerbsarbeit nachgehen *müssen*. Deshalb ist es notwendig, die Vereinbarkeit von Haus- und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer zu fördern. Das kann nur über ganz konkrete Massnahmen von seiten der Wirtschaft und des Staates geschehen, wie sie in jüngster Zeit sowohl seitens der Arbeitgeber wie im Eidgenössischen Parlament diskutiert wurden. Wir begrüssen diese Öffnung der familienpolitischen Debatte und betrachten es als wichtige öffentliche Aufgabe, das Angebot familienergänzender Kinderbetreuungsplätze (Krippen, Horte, Tagesschulen) bedarfsdeckend auszubauen und an Schulen generell Blockzeiten einzuführen und Mittagstische anzubieten. Die sozialen Lernmöglichkeiten, die solche Einrichtungen gerade Einzelkindern bieten – viele Kinder in der Schweiz wachsen ohne Geschwister auf –, sind pädagogisch wertvoll.

Mit wirtschaftlicher und politischer Unterstützung

- 69 Seitens der Wirtschaft ist ein ganzes Bündel von Massnahmen möglich, um berufliche Ansprüche und elterliche Pflichten besser in Einklang bringen zu können. So muss beispielsweise verhindert werden, dass Teilzeitarbeit berufliche Aufstiegsmöglichkeiten oder den Zugang zu Weiterbildung verbaut. Für Mütter und Väter, die nach einer Familienphase wieder ins Erwerbsleben zurückkehren möchten, sind Wiedereinstieghilfen anzubieten, und die wertvollen Kompetenzen, die sich Eltern in der Familienarbeit erworben haben, können auch im Erwerbsleben anerkannt, genutzt und honoriert werden. Mit solchen politischen und wirtschaftlichen Massnahmen kann verhindert werden, dass sich junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die eine Familie gründen wollen, vor die Wahl gestellt sehen, sich entweder voll für das Berufsleben oder voll für die Familie entscheiden zu müssen. Denn angesichts einer solchen Wahl ist der Verzicht auf Kinder häufig die nächstliegende Lösung.
- 70 Die Tatsache, dass junge Familien mit mehreren Kindern überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind, ist stossend. Sie kann gerade in der reichen Schweiz nicht einfach hingenommen werden. Mit gezielten Mitteln wie etwa einem garantierten Existenzminimum für Kinder könnten hier substantielle Verbesserungen herbeigeführt werden. Der politische Wille dazu ist nicht immer gegeben. Beispiele wie die steigenden Krankenkassenprämien oder und Ausbildungswirkungskosten sowie das Fehlen einer Mutterschaftsversicherung zeigen, dass die Gesamtgesellschaft ihre sozialpolitische Verantwortung gegenüber den Familien bei weitem nicht ausreichend wahrnimmt. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine nachhaltige Förderung der Familien in Politik und Wirtschaft ein.

Was wir tun können

- 71 Freilich sind nicht alle Probleme der Familie einfach finanzieller oder struktureller Natur. Das zeigt sich bereits in der spezifischen Situation alleinerziehender Eltern, deren Zahl angesichts steigender Scheidungsquoten weiter zunehmen wird. Wir müssen mit diesem Aspekt der Familienwirklichkeit in der Schweiz besser umgehen lernen. Selbst wenn finanzielle Probleme – Alleinerziehende sind noch stärker als kinderreiche Familien armutsgefährdet – bei ausreichendem politischem Willen gelöst werden könnten und wenn die Wirtschaft die vorrangigen familiären Pflichten Alleinerziehender ganz selbstverständlich respektieren würde, bliebe das Wichtigste doch noch zu tun: Alleinerziehende Mütter und Väter (nur wenige Väter befinden sich in dieser Situation) sind häufig von sozialer Vereinsamung betroffen. Gerade in unseren Städten und Agglomerationen ohne tragfähiges nachbarschaftliches Netz werden sie im wahrsten Sinn des Wortes alleine gelassen. Die Folgen dieser Einsamkeit auf Erwachsene und Kinder können kaum überschätzt, negative Auswirkungen der Individualisierung kaum handgreiflicher demonstriert werden. Wenn heute die Bedeutung der

Freiwilligenarbeit allmählich ins öffentliche Bewusstsein rückt, wollen wir hier mit allem Nachdruck unterstreichen, dass die nachbarschaftliche Hilfe, der unterstützende zwischenmenschliche Kontakt im Alltag, ihre bedeutendste Form ist. Unsere Gesellschaft braucht wieder soziale Netze, die nicht fesseln, sondern tragen; sie braucht im Alltag gelebte Solidarität. Hier sehen wir auch eine wichtige Aufgabe für unsere Kirchgemeinden, Pfarreien und weiteren kirchlichen Dienste, die vermehrt zu Orten der Begegnung werden können und aktiv auf Alleinerziehende zugehen müssen.

- 72 Stabile Nachbarschaftsnetze sind für alle Familien von grosser Bedeutung. Der Ausdruck „Kernfamilie“ darf ja nicht so verstanden werden, dass die Familien sich in ihren Wohnungen einschliessen oder eingeschlossen werden. Lassen sich die Nachbarschaftsnetze wieder so weit knüpfen und stärken, dass nicht jede Familie für sich allein ihre kleinen und grossen Alltagsprobleme lösen muss? Auch die Antwort auf diese Frage entscheidet sich daran, welche Werte in unserer Gesellschaft wirksam sind. Individualistische Selbstverwirklichung im Freizeit- und Konsumverhalten verhindert alltägliche, unspektakuläre, aber segensreiche Solidarität. Die Beanspruchung vieler Menschen durch das Berufsleben und ein ausgefülltes Freizeitprogramm kann jedenfalls nicht als Ausflucht herhalten, dass hier ein derart grosses Defizit besteht. Denn die Frage ist nicht nur, ob man Zeit hat, dem Nächsten zu helfen und ihm zur Verfügung zu stehen, sondern ob man sich diese Zeit nimmt.
- 73 Gerade in der Stärkung nachbarschaftlicher Solidarität, die nur gedeihen kann, wenn Begegnungsräume vorhanden sind, sehen wir eine grosse Aufgabe unserer Pfarreien, Kirchgemeinden und kirchlichen Dienste. Das bedeutet auch, dass wir im Leben unserer Kirchen grössere Sorgfalt darauf verwenden müssen, den Familien Raum zu geben, konkret in Gottesdiensten und in allen anderen kirchlichen Angeboten.
- 74 All diese Massnahmen sind freilich nur dann realisierbar, wenn wir den Wert, den die Familie als Lebensform verkörpert, ihre unersetzliche Bedeutung für die Einzelnen und gerade deswegen auch für die Gesamtgesellschaft, anerkennen wollen. Dieser Wille geht weit über blosses Lippenbekenntnisse hinaus. Wir haben uns zu sehr daran gewöhnt, dass die Familien ihre Leistungen gratis erbringen. Das tun sie nicht: Sie sind vielmehr angewiesen auf die Sorge von uns allen.

Kapitel 4

Migration: Vertrauen aufbauen jenseits der Unterschiede

- 75 *Jeder Mensch gehört derselben Menschheitsfamilie an, welches auch immer sein Pass, seine Kultur oder seine Religion sein mag. Wir Christen, die wir uns auf dieser Erde nur als Gäste verstehen, sind durch den Glauben bestärkt in der Überzeugung: Gott hat jeden Mann und jede Frau nach seinem Bild geschaffen. In der Schweiz sind in den letzten Jahren neue Initiativen zur Integration der Ausländer und Ausländerinnen ergriffen worden. Wir unterstützen sie und fordern die politischen Behörden und die Schweizer Bevölkerung auf, in den kommenden Jahren diesen Integrationswillen zu bekräftigen. Wir fordern auch, dass die rechtliche Stellung der Ausländer und Ausländerinnen frei von diskriminierenden Bestimmungen sei.*

Aus den Stellungnahmen

Zwischen Angst und Aufnahmebereitschaft

- 76 Beinahe ein Fünftel der Schweizer Bevölkerung besitzt keinen Schweizer Pass. Die Präsenz von Ausländern in der Schweiz gibt Anlass zu Diskussionen, die sich auch in den Antworten auf die Ökumenische Konsultation widerspiegeln. Zum Thema Ausländer und Ausländerinnen werden Fragen gestellt: Welchen Platz haben sie in der Schweiz? Was ist von ihnen als Integrationsleistung zu fordern? Werden die Schweizer und Schweizerinnen nicht Fremde im eigenen Land? Solche Fragen sind nicht offen fremdenfeindlich, aber sie sind Ausdruck eines Unbehagens, einer Schwierigkeit, wenn es darum geht, das Verhältnis zwischen Schweizern und Ausländern unbefangen anzugehen. Die Angst um den Identitätsverlust geht um. Wenn es um die Stellung der Ausländer und Ausländerinnen in der Schweizer Gesellschaft geht, dann fallen die Antworten ganz unterschiedlich aus. Einige Antwortende sehen in den Ausländern und Ausländerinnen junge und rentable Arbeitskräfte. Für andere ist ihre Präsenz in der Schweiz eine Chance für eine Öffnung und Anlass zu kultureller Bereicherung. In einigen Antworten wird der hohe Ausländeranteil ausdrücklich mit Delinquenz, Arbeitslosigkeit und unsicheren Zukunftsaussichten in Verbindung gebracht.
- 77 In unseren Gemeinden gibt es viele Ausländer und Ausländerinnen. Doch trotz unserer Bemühungen, sie in die Ökumenische Konsultation einzubeziehen – eine Zusammenfassung der Diskussionsgrundlage wurde in mehrere Sprachen übersetzt und der Kontakt mit verschiedenen Ausländerorganisationen gesucht –, sind von dieser Seite nur vereinzelt Antworten eingegangen. Das spiegelt zweifellos die Schwierigkeiten einer echten Kommunikation über die kulturellen Unterschiede hinweg. Umgekehrt äussern sich die in der Schweiz integrierten Personen positiv über die ihnen zuteil gewordene Aufnahme und über die gelebte Toleranz. Andere weisen auch auf die Ambivalenz von Projekten zur Förderung der Integration von Immigranten und Immigrantinnen hin: Manche Einwanderer wollen sich integrieren, während andere trotz jahrzehntelangem Aufenthalt in der Schweiz noch immer von einer Rückkehr in ihr Herkunftsland träumen. Schliesslich, und darauf wurde in mehreren Antworten hingewiesen, stehen insbesondere Frauen vor beträchtlichen Integrationsschwierigkeiten. Schmerzliche Zerrissenheit kann Folge des rechtlichen Status, aber auch von Spannungen zwischen der Herkunftskultur und der Gastkultur sein. Viele möchten sich integrieren, und dennoch ist immer wieder von Diskriminierungen die Rede, etwa bei der Stellen- und Wohnungssuche, bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder bei der Gewährung von Sozialhilfe.

Unser Befund

Migration verändert die Gesellschaft

- 78 Es gibt viele Gründe, die einen Menschen dazu bewegen, anderswo menschenwürdige Lebensbedingungen zu suchen. Einige Personen sind Opfer von rassistischen, religiösen oder politischen Verfolgungen, andere müssen vor kriegerischen Auseinandersetzungen fliehen, nochmals andere vor Naturkatastrophen. Einige schliesslich verlassen ihre Heimat, weil dort die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben nicht gegeben sind. Auch für sie stellt die Emigration in eine ihnen fremde Region eine Überlebensstrategie, einen letzten Rettungsanker dar.
- 79 Es wird geschätzt, dass insgesamt 200 Millionen Menschen von der Migration betroffen sind und ihr Herkunftsland verlassen haben – entweder freiwillig oder um vor Verfolgung zu fliehen. Die meisten von ihnen sind in den Ländern des Südens geblieben. Weniger als 10 Prozent von ihnen gelangte in die nördliche Hemisphäre. Weltweit haben die Migrationsbewegungen in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Mit dem Verschwinden der Blöcke und der Aufhebung von Grenzen im Zuge der Globalisierung haben sich die Bevölkerungsverschiebungen beschleunigt.
- 80 Nur ein geringer Teil der weltweiten Migration betrifft konkret die Schweiz, und dennoch wirkt er sich aus. Er verändert die Art und Weise, wie die eigene Gesellschaft, wie die eigenen Wurzeln wahrgenommen werden. Sichtbar wird das etwa in der Vielfalt der Sprachen, der geographischen und kulturellen Herkunft der Schüler und Schülerinnen in einem Grossteil der Schulklassen im Land. Die Schweizer und Schweizerinnen entdecken, dass die Welt gewissermassen zu ihnen, in ihre Stube gekommen ist; die erst vor kurzem eingetroffenen Immigranten wiederum sehen sich mit nicht immer leicht nachvollziehbaren Lebens- und Verhaltensregeln konfrontiert. Es ist nur verständlich, dass daraus Verunsicherungen und Spannungen erwachsen. Aggressive Reaktionen und das vermehrte Aufkommen von fremdenfeindlichen, ja gar rassistischen Gefühlen zeigen, wie schwer es fällt, die breite Palette von Verhaltensweisen zu akzeptieren. Auf der einen Seite verändern die Beiträge aus anderen Kulturen und Religionen die angestammte kulturelle und soziale Landschaft der Schweiz, und sie stellen dadurch die Art und Weise, wie die nationale Identität wahrgenommen wird, in Frage. Auf der anderen Seite wird auch das Leben der eingewanderten Familien tiefgreifend verändert. Die Konfrontation mit der Kultur des Gastlandes verändert ihren Lebensstil, stellt ihre Verankerung in der seit Generationen gelebten Tradition und ihre Identität in Frage.
- 81 Von einigen extremistischen Gruppierungen abgesehen sind Angst und Aggressivität den Ausländern gegenüber weniger mit den ethnischen Unterschieden als mit dem wirtschaftlichen und rechtlichen Status der Ausländer verbunden. Als problematisch werden weder bedeutende ausländische Vermögen noch beruflich hochqualifizierte Ausländer empfunden. Letztere erhalten übrigens relativ leicht einen klar definierten Rechtsstatus. Anders liegt der Fall bei gefährdeten Personen, die entweder um den Schutz des Flüchtlingsstatus ersuchen oder keine auf dem Arbeitsmarkt gefragten Kompetenzen vorweisen können. Sie sind häufig gezwungen, in rechtlich und wirtschaftlich prekären Verhältnissen zu leben. Menschen, deren Asylgesuch abgelehnt ist, die aber nicht in ihr Herkunftsland überstellt werden können, Menschen, die unter provisorischen Schutz gestellt worden sind, Menschen, die ohne rechtmässige Aufenthaltsbewilligung heimlich hier leben – sie sind von Sozialhilfe oder „Schwarzarbeit“ abhängig. In diesem Zusammenhang sei immerhin vermerkt, dass der Rechtsstatus von drei Vierteln der Ausländer auf Dauer geregelt ist: Sie haben das Recht, als Niedergelassene ständig in der Schweiz zu leben. Viele von ihnen sind sogar hier geboren, Kinder von Gastarbeitern, die von der Schweizer Wirtschaft aus ihrem Heimatland hierher geholt wurden.
- 82 Die Angst vor dem Fremden ist Anzeichen für ein umfassenderes Unbehagen angesichts der ungenügenden Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft auf kultureller (Spannungen zwischen den

verschiedenen Kulturen und Sprachregionen in der Schweiz), sozialer (man denke etwa an die Senioren und Seniorinnen, an Alleinstehende, an Drogenabhängige usw.) und wirtschaftlicher Ebene (Beschäftigungspolitik, Arbeitslosigkeit). In diesen globalen Rahmen gehört das Nachdenken darüber, wie das Zusammenleben verbessert werden kann.

Unser Anhaltspunkt

Alle gehören derselben Menschheitsfamilie an

- 83 Migration hat es von jeher gegeben, sie ist im Kollektivgedächtnis der Menschheit lebendig. Das ruft uns auch die Bibel in Erinnerung. Dank der Integration der in Israel ansässigen Ausländer und Ausländerinnen konnte die Engführung auf die rassische Zugehörigkeit des Volkes Gottes überwunden und so dem christlichen Universalismus der Weg geebnet werden. „Einen Fremdling sollst du nicht bedrücken noch bedrängen; ihr seid ja auch Fremdlinge gewesen in Ägypten“ (Ex 22,21). Dieses Gebot Gottes wird im Alten Testament mehrmals wiederholt. Das Verbot von Ausbeutung und Unterdrückung verweist auf den Schutz, den Gott den Fremden wie den Einheimischen und den Armen gewährt. Der Hinweis auf die Zeit, da Israel in Ägypten gefangen und versklavt war, belebt die Erinnerung daran, dass Gott sein Volk befreit hat. Dieses kann dem Zugewanderten nicht verweigern, was es von Gott empfangen hat, nämlich seine Freiheit. Es muss ihn also wie seinesgleichen behandeln: „... und du sollst ihn lieben wie dich selbst ...“ (Lev 19,34). Das Neue Testament erinnert daran, dass Jesu Identifikation mit dem Fremden so weit geht, dass alles, was dem Fremden geschieht, auch ihn angeht: „... ich war fremd, und ihr habt mich beherbergt ...“ (Mt 25,35). Deshalb kann der christliche Glaube nur in der Überzeugung gelebt werden, dass die Einstellung den Ausländern, den Ausländerinnen gegenüber, aber auch den Armen und Benachteiligten gegenüber der Prüfstein der Treue zu Gott ist. Dass dies nicht ohne Schwierigkeiten geht, bezeugt bereits das Leben in den ersten Christengemeinden. Die Öffnung gegenüber den „Fremden“ hat heftige Debatten ausgelöst, bis dann Paulus lehrte, dass es in Christus diese Unterschiede nicht gibt: „Da ist nicht Jude noch Grieche...“ (Gal 3,28; vgl. auch Apg 15 und Gal 2-3 zur Debatte darüber, ob die ersten Christengemeinden Heiden aufnehmen sollen).
- 84 Für den christlichen Glauben prägend ist die Überzeugung, dass jeder Mensch, unabhängig von seiner sozialen oder kulturellen Herkunft, derselben Menschheitsfamilie angehört, der die Gute Nachricht Christi angeboten ist. Deshalb stehen alle Güter der Schöpfung im Dienste der Menschen insgesamt – ohne Ansehen von Person, Rasse oder Religion. Die Zugehörigkeit zu einer besonderen Volksgemeinschaft, im Fall der ersten Christengemeinden etwa Jude, Grieche oder Römer, in der heutigen Zeit etwa Schweizer, Spanier, Türke oder Tamile zu sein, muss für Christinnen und Christen zweitrangig sein. Diese Feststellung findet sich bereits in Schriften aus der frühesten Christenheit.
- 85 Die Freizügigkeit, der freie Zugang zu den Gütern dieser Erde, um den eigenen Lebensunterhalt und jenen der Familie bestreiten zu können, geht jeder juristischen oder politischen Einschränkung vor. Die heutige Globalisierung erleichtert den Verkehr von Gütern und Kapitalien und muss langfristig auch die Personenfreizügigkeit erleichtern. „Jedem Menschen muss das Recht zugestanden werden, innerhalb der Grenzen seines Staates seinen Wohnsitz zu behalten oder zu ändern; ja, es muss ihm auch erlaubt sein, sofern gerechte Gründe dazu raten, in andere Staaten auszuwandern und dort seinen Wohnsitz aufzuschlagen. Auch dadurch, dass jemand Bürger eines bestimmten Staates ist, hört er in keiner Weise auf, Mitglied der Menschheitsfamilie und Bürger jener universalen Gesellschaft und jener Gemeinschaft aller Menschen zu sein“ (Papst Johannes XXIII, Enzyklika *Pacem in Terris*, 1963, Nr. 25).

- 86 Es gibt ein Grundrecht, sich frei ins Ausland zu begeben, um dort menschenwürdige Lebensbedingungen zu suchen. Das Recht auf Auswanderung ist formell verbürgt im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Art. 12), aber in der Praxis wird es erst teilweise anerkannt. Mit seinem Gegenstück, dem Recht auf Einwanderung, tut sich die internationale Staatengemeinschaft schwerer. Doch die Hoffnung der Einwandernden, etwa in der Schweiz besser zu leben, wirft die Frage nach dem Teilen der wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften unseres Landes auf. Die Stabilisierung eines angemessenen Lebensniveaus und einer guten sozialen und kulturellen Integration legitimiert die Zurückhaltung, doch dürfen wir darob nicht unsere Verantwortung gegenüber denjenigen vergessen, die ihren berechtigten Anteil am Wohlstand fordern. Deshalb muss mit der Migrationspolitik die Entwicklungspolitik einhergehen, die darauf abzielt, den ärmsten Bevölkerungsschichten in ihrem Land ein Leben in Würde zu ermöglichen. Wir wollen nicht in einer reichen Festung leben, sondern teilen.
- 87 Wenn es um das moralische und im Völkerrecht verankerte Recht auf ein menschenwürdiges Leben geht, dann ist der rechtspositivistische Verweis auf gültige Gesetze, die eben dies nicht vorsehen, keine angemessene Antwort. Andere Werte begründen das ethische Verhalten: die Person und ihre unveräusserlichen Rechte, die Solidarität als Lebensbedingung der Gesellschaft, die Achtung des Rechtsstaats und, für uns, die Lehre Christi. Der jüdisch-christliche Glaube lehrt uns, dass Selbstsorge und Sorge für den Nächsten einander bedingen und dass Mensch im vollen Wortsinn nur ist, wer bereit ist, Verantwortung für den Anderen zu übernehmen. Das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter (Lk 10,30–37) stellt den Mann und die Frau, die es hören, vor ihre Verantwortung. Mit der Frage, wer der Nächste dessen gewesen sei, der in die Hände der Räuber gefallen war, erinnert Jesus daran, dass uns angesichts der Not eines Menschen kein Befehl, welcher Ordnung auch immer, davon abhalten darf, Güte zu zeigen. Der einzige, der sich in diesem Gleichnis um den Verletzten kümmerte, war ein den Gesprächspartnern Jesu Fremder.

Wege und Ansätze

Die Integration erleichtern

- 88 Auch wenn das Recht auf Freizügigkeit unsere Reflexion leitet, dürfen wir die von einem Teil der Bevölkerung geäußerten Befürchtungen, die auch in den Antworten auf die Ökumenische Konsultation ihren Niederschlag gefunden haben, nicht übersehen. Die Migration zu regeln ist ebenso eine Aufgabe des Staates wie die soziale Integration aller zu erleichtern, der Ausländerinnen und Ausländer wie der in prekären Verhältnissen lebenden Bürgerinnen und Bürger. Doch er soll nicht ausschliesslich aus einer abwehrenden Haltung eingreifen und damit Menschen aus dem Ausland diskriminieren. Es ist im Gegenteil anzuerkennen, dass die Migrantinnen und Migranten nicht in erster Linie eine Bedrohung, sondern eine Bereicherung darstellen. Die Schweiz ist aus mehreren Gründen – u.a. aufgrund ihres Wohlstands und ihrer eigenen demographischen Entwicklung – faktisch ein Einwanderungsland geworden. „Die Schweiz kann ihre Grenzen nicht schliessen. Ihr Reichtum und das Nord-Süd-Gefälle sind Mitursachen für die weiter zunehmende Völkerwanderung. Auch wenn es uns schwerfällt, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen: wir werden in Zukunft nicht weniger fremde Menschen in unserem Land haben.“⁵

Für eine realistischere Zulassungspolitik der Ausländer

- 89 Das *Ausländergesetz*, das zur Zeit revidiert wird, bezweckt den Zustrom von ausländischen Arbeitskräften zu regeln. Bei der Revision ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Schweiz auf Einwanderung angewiesen ist. Unser Land soll nicht einfach kurzfristigen wirtschaftlichen Inte-

⁵ Auf der Seite der Bedrängten. Für eine gemeinsame Zukunft, Memorandum der drei Kirchen zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Bern / Freiburg 14. Mai 1991.

ressen Rechnung tragen, sondern auch den Bedürfnissen der Einwandernden. Nicht alle Immigrationswilligen verfügen über die von den Spitzensektoren der Wirtschaft gesuchten Qualifikationen. In diesem Zusammenhang plädieren wir für eine Migrationspolitik, die nicht bloss hochqualifizierten Menschen den Zugang zur Schweiz erlaubt, sondern auch Menschen aus armen Ländern, und zwar unabhängig von deren beruflichen Qualifikationen. Der universelle Grundsatz, dass die Güter dieser Erde allen gehören, verpflichtet ein Land wie unseres dazu, zuzulassen, dass eine gewisse Zahl von benachteiligten Menschen Arbeit in der Schweiz bekommt. Das sollte möglich sein, braucht doch die Schweiz, wie übrigens ganz Westeuropa, eine Verjüngung ihrer Bevölkerung.

- 90 Am moralischen Anspruch, Zuflucht zu finden, hat sich die schweizerische Asylpolitik weiterhin zu orientieren. Wir verstehen, dass Massnahmen getroffen werden müssen, um Missbräuche zu unterbinden, doch sind wir gegen jede Massnahme, die Personen, welche aus wichtigen Gründen den Schutz unseres Landes suchen, faktisch den Zugang zum Asylverfahren verwehrt. Wir sind besorgt über alle Massnahmen und Vorschläge, die darauf abzielen, Asylsuchende auszuschaffen, bevor sie ihre Gründe umfassend darlegen und im Fall von zu Recht anfechtbaren Entscheidungen Rekurs einlegen konnten. Wir fordern im Übrigen, dass die Ausschaffung von Menschen, denen der Flüchtlingsstatus verweigert wurde, unter Wahrung ihrer Würde geschieht. Ein Mittel dazu können die vom Bund angebotenen Rückkehrhilfen sein. Die Folge solcher Massnahmen soll aber nicht sein, dass der Aufenthalt der provisorisch in der Schweiz aufgenommenen Menschen durch die Kürzung der ihnen gewährten Sozialhilfe noch zusätzlich erschwert wird. Gemeinsam mit den Hilfswerken und unseren Fachorganen bleiben wir in diesen Fragen wachsam und setzen den Dialog mit den Bundesbehörden fort.
- 91 Eine allzu restriktive Einwanderungspolitik, verbunden mit einer strengen Asylpolitik, erhöht die Zahl der „sans papiers“, also der Personen, die ohne gültige Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung in unserem Land leben. Wirtschaftssektoren wie die Landwirtschaft, das Gastgewerbe oder die Baubranche zählen auf die „Schwarzarbeit“ von Ausländern und Ausländerinnen, wenn sie die benötigten Arbeitskräfte auf legalem Weg nicht finden. Aber auch ein Teil des privaten Hauspersonals wird in Schwarzarbeit beschäftigt. Noch dazu speisen skrupellose Unternehmen diese Menschen zuweilen mit Hungerlöhnen ab. Besonders gefährdet sind Frauen. Manche Einwanderinnen werden als Hausangestellte praktisch wie Sklavinnen gehalten oder, schlimmer noch, sie werden, nachdem ihnen die Papiere abgenommen wurden, zur Prostitution gezwungen. Einmal entdeckt, werden diese missbrauchten Menschen durch sofortige Ausweisung am strengsten bestraft – und sie können nicht einmal mehr Zeugnis ablegen gegen die Drahtzieher, die sie in die Situationen gebracht haben. Solche Zustände sind unerträglich und inakzeptabel. Schlepper und Arbeitgeber, die das Elend dieser Menschen ausnützen, um Geld zu verdienen, sind streng zu bestrafen. Wir fordern, dass die Schweiz, wie dies mehrere europäische Staaten bereits getan haben, die Stellung von seit mehreren Jahren illegal hier lebenden Personen legalisiert.

Für eine Integration, die der Würde jeder Person Rechnung trägt

- 92 Seit Ende der neunziger Jahre hat sich eine neue Dynamik zugunsten der Integration von Ausländern und Ausländerinnen entwickelt. Der Bund hat die Kompetenz erhalten, Integrationsprojekte zu unterstützen; die Eidgenössische Ausländerkommission und die Gründung eines Ausländerforums haben der Integrationspolitik neue Impulse vermittelt. Auf kantonaler Ebene, aber auch in verschiedenen Gemeinden wurden Richtlinien zur Integration formuliert. Die Kirchen initiierten mehrere Projekte, die der Begegnung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen dienen sollen. Die meisten dieser Initiativen gehen von der Überlegung aus, dass Integration die gesamte Gesellschaft betrifft, Ausländer wie Einheimische. Unter Integration verstehen wir „einen sich stetig verändernden und lebenslänglichen, individuellen sowie kollektiven Prozess“ (SEK, Migrationspolitische Leitlinien, Bern 1996, S. 39). Wir sehen in dieser neuen Dynamik eine Chance für unser Land. Wir

unterstützen sie in der Meinung, dass sie jedem und jeder, unabhängig von sozialer Stellung und nationaler Zugehörigkeit, zusätzliche Achtung verleiht und neue Zukunftsperspektiven eröffnet.

- 93 Wir sind uns bewusst, dass der Integrationsprozess Konflikte auslösen kann. Es gibt Verhaltensweisen, die der eigenen Auffassung über die öffentliche Ordnung diametral zuwiderlaufen. Andere Lebensgewohnheiten entdecken, aber auch die in der Schweiz als unverzichtbar eingestuften Lebensregeln einhalten – dazu ist Pragmatismus angesagt, insbesondere im Bildungswesen. Kinder und Jugendliche haben die Chance, neue Kommunikationsformen zu entwickeln. Doch soll das gelingen, sind sie auf die Unterstützung ihrer Eltern wie ihrer Lehrer und Lehrerinnen angewiesen. Insbesondere sollen fremdsprachige Kinder auf die Dauer nicht von ihren Kameraden getrennt werden. Die Organisation der Klassen soll den Austausch zwischen Kulturen und Religionen fördern. Deshalb müssen die Lehrenden gut vorbereitet sein. Die in dieser Hinsicht gemachten Anstrengungen sind zu verstärken.

Was wir tun können

- 94 Zahlreiche Kirchgemeinden und kirchliche Institutionen sind im Bereich der Integration aktiv. Die „Universalität“ der von ihnen verbreiteten Botschaft drängt sie dazu, den Ausländern ihrer Konfession das Recht einzuräumen, sich an den Verhandlungen und Beschlüssen zu beteiligen. Ganz besonders betroffen ist die katholische Kirche, ist doch die Mehrheit der Einwandernden noch heute katholisch. Die speziell auf diese Bevölkerung ausgerichtete Seelsorge behält ihre Gültigkeit und ist weiterzuführen. Hilfswerke wie Caritas und HEKS, die Fachorganisationen auf nationaler Ebene („*migratio*“ der Bischofskonferenz bzw. „*Migration/Integration*“ des SEK) sowie die Centres sociaux protestants und die dezentralisierten sozialdiakonischen Fachstellen auf regionaler und kantonaler Ebene sind im Bereich der Integration aktiv. Gemeinsam mit ihnen wollen wir unseren Beitrag im Dienste der Integration verstärken, einer Integration aller in eine dynamische und offene schweizerische Gesellschaft.
- 95 Heute lebt in der Schweiz eine gewichtige muslimische Minderheit. Wir nehmen diese Tatsache respektvoll zur Kenntnis und unterstützen Initiativen zur Förderung des Dialogs mit der muslimischen Religionsgemeinschaft. Wir haben noch eine lange Wegstrecke gegenseitigen Kennenlernens vor uns. Gewisse Praktiken der muslimischen Religion sind Anlass für Probleme und zuweilen für Konflikte gewesen. Das soll nicht zu Intoleranz verleiten. Der Islam ist heute Bestandteil der schweizerischen Gesellschaft. Alle Gläubigen, seien sie Muslime, Christen oder Angehörige einer anderen Religion, müssen die in der Bundesverfassung festgeschriebenen Grundrechte achten. Toleranz ist aber immer dann angesagt, wenn religiöse oder kulturelle Praktiken nicht im Widerspruch zu diesen Rechten stehen.
- 96 Wenn ausländische Gruppen dieselben Chancen wie die Bürger des Gastlandes haben, soziale Verantwortung zu übernehmen, dann lassen die Spannungen nach und das Zusammenleben wird eine Quelle gegenseitiger Bereicherung. Gefördert wird eine solche Entwicklung dann, wenn sich alle Bevölkerungsgruppen aktiv an der politischen Auseinandersetzung beteiligen dürfen. Demokratie ist mehr als ein blosses Kräfteverhältnis, ein Addieren von Mehrheiten; sie begründet eine Gesellschaft, deren Mitglieder gemeinsam die Verantwortung für deren Entwicklung übernehmen und welche die zum Fällen von Entscheidungen notwendigen Werte teilen (s. auch Kapitel 7). Die demokratischen Rechte, insbesondere auf Gemeindeebene, sollten nicht ausschliesslich an die Schweizer Staatsbürgerschaft gekoppelt, sondern auch durch den Wohn- und Arbeitsort bedingt sein. Diese Vorstellungen haben zwei Kantone bereits umgesetzt. Wer seit mehreren Jahren Steuern zahlt, Beiträge an die Sozialwerke leistet und aktiv in die Dynamik unserer Wirtschaft eingebunden ist, der oder die muss sich auch aktiv an den Entscheidungen, die den eigenen Alltag beeinflussen, beteiligen können.

- 97 Die zu Beginn des Jahres 2001 veröffentlichten Vorschläge zur erleichterten Einbürgerung der Ausländer und Ausländerinnen der zweiten und dritten Generation einerseits, das für das Einbürgerungsverfahren ins Auge gefasste Rekursrecht andererseits, verdienen unsere entschiedene Unterstützung. Personen, die hier auf die Welt gekommen sind, die hier von Eltern erzogen worden sind, die ebenfalls in der Schweiz die Schulen besucht haben, sollte gemäss diesem Vorschlag das Bürgerrecht automatisch verliehen werden. Sie sind in diesem Land verwurzelt wie die übrigen Bürgerinnen und Bürger. Es scheint mithin nur richtig, sie als solche anzuerkennen.

Übersetzung: Elisabeth Mainberger-Ruh

Kapitel 5

Arbeit: Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft

- 98 *Ein weitreichender Wandel in der Arbeitswelt fordert dazu heraus, unter den je neuen Bedingungen menschengerechtes Leben und Arbeiten und dadurch mehr Sicherheit im Wandel zu ermöglichen. In diesem Sinn werden verschiedene Massnahmen vorgeschlagen wie beispielsweise eine Anerkennung und geschlechtergerechte Verteilung der unbezahlten Arbeit oder eine Neukonzeption des sozialen Sicherungssystems. Denn es muss weiterhin gelten, dass die Arbeit für den Menschen da ist und nicht umgekehrt.*

Die Stellungnahmen

Arbeit und Arbeitswelt im Spiegel der Stellungnahmen – eine Problemanzeige

- 99 Die Stellungnahmen widerspiegeln, dass Arbeit nach wie vor als eine grundlegende Dimension des menschlichen Lebens empfunden sowie als wichtiges Fundament von Wirtschaft und Gesellschaft betrachtet wird. Während Erwerbsarbeit vorab der materiellen Existenzsicherung dient, stellen Familien- und Hausarbeit sowie Freiwilligenarbeit einen anderen unersetzlichen Beitrag für die Gesellschaft dar. Grundsätzlich besteht der Sinn der Arbeit wesentlich darin, persönliche Identität und soziale Integration zu ermöglichen, menschliche Kreativität anzuregen und sowohl zur gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen als auch an ihr teilzuhaben. Allerdings ist die materielle Existenzsicherung aufgrund bestehender oder drohender Erwerbslosigkeit vielfach nicht mehr gewährleistet. Das soziale Sicherungssystem vermag das nur teilweise auszugleichen, zeigt sich doch gerade in Zeiten der Krise dessen Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt in verstärktem Ausmass, und zwar hinsichtlich Einnahmen wie Ausgaben. Mittels Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt vollständig und aus alleiniger Kraft bestreiten zu können, fällt zudem dahin, wenn das erzielte Einkommen dazu gar nicht ausreicht. Das Problem der *Working poor* wird denn auch von vielen als Skandal empfunden.
- 100 Als besonders belastend werden in den Stellungnahmen die veränderten Arbeitsbedingungen wahrgenommen, die zu einem steigenden Druck geführt haben. Zurückzuführen sind sie beispielsweise auf die zunehmende Flexibilisierung und Intellektualisierung der Arbeit oder auf die verschärfte Konkurrenz zwischen Unternehmen, aber auch unter Mitarbeitenden. Solche Arbeitsbedingungen haben grosse Auswirkungen auf die Lebensumstände von Frauen und Männern sowie auf das Familienleben. Daraus resultiert unter anderem das mehrfach geäusserte Anliegen, Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit müssten gerechter verteilt werden und Erwerbs- und Familienarbeit müssten besser zu vereinbaren sein. Insgesamt dominiert der Eindruck, dass angesichts der Umwälzungen in der Arbeitswelt der „humane und soziale Charakter der Arbeit unter Druck geraten“⁶ sei und wieder stärker zum Tragen kommen müsste.

Der Befund

Aspekte des Wandels in Arbeitswelt und Gesellschaft

- 101 Die Entwicklungen im Bereich der Technologie, der Kommunikationsmittel und der Verkehrswege sowie die weltweite Öffnung der Märkte haben in den vergangenen Jahren einen strukturellen Wandel in Gang gesetzt, der auch auf die Arbeitswelt in der Schweiz starke Auswirkungen hat. Die

⁶ Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz, Auswertungsbericht, Bern 2000, S. 110.

genannten Entwicklungen und die daraus resultierende Zunahme der internationalen Arbeitsteilung, welche häufig unter der Chiffre „Globalisierung“ thematisiert werden, lösten anfangs der 90er-Jahre auch in der Schweiz eine Krisenstimmung aus. Es zeigte sich, dass die Zukunft nicht mehr eine Fortschreibung der Gegenwart, sondern unsicher, aber auch gestaltbar war. Dieser Krise versuchte man auf der ökonomischen Ebene mit einer Konzentration auf Arbeitsplätze mit einer hohen Wertschöpfung und mit intensivierten Rationalisierungsmassnahmen zu begegnen. Deregulierung auf politischer Ebene, Restrukturierungen, Auslagerung von Arbeitsplätzen oder Firmenfusionen auf der Ebene von Unternehmen waren angesagt. Der damit verbundene Umbau der wirtschaftlichen Struktur hat Folgen für den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft insgesamt, die Gesellschaft, den Staat und die Politik.

Arbeitsmarkt und Arbeitsplätze

102 Selbst wenn nun erfreulicherweise ein starker Rückgang der Erwerbslosigkeit festzustellen ist, in expandierenden Branchen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden (und werden) und sich vielen Menschen neue Chancen bieten, ist davon auszugehen, dass sich Erwerbslosigkeit im Zentrum der Gesellschaft eingenistet hat, zur Alltagserfahrung gehört und grundsätzlich jeden und jede treffen kann. Ist damit eine dauerhafte Ausgrenzung von Menschen aus der so genannten Arbeitsgesellschaft verbunden, gefährdet dies längerfristig den sozialen Zusammenhalt. Für die einzelnen Menschen bedeutet das, dass sie nicht mehr auf einen relativ sicheren Arbeitsplatz bauen können, sondern mit der Möglichkeit von Erwerbslosigkeit rechnen müssen. Dies kann Zukunftsängste auslösen, was ebenfalls in vielen Stellungnahmen spürbar ist. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ergibt sich aus dem Umstand, dass unser soziales Sicherungssystem immer noch fast ausschliesslich an die Erwerbsarbeit gekoppelt ist und eintretende Erwerbslosigkeit zumindest längerfristig zu erheblichen Nachteilen für die Einzelnen führen kann. Es geht nun darum, unter den Bedingungen des Wandels zu einer dynamischen Sicherheit zu finden.

103 Viele der neu entstandenen Arbeitsplätze sind zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die Schaffung von Teilzeitstellen zurückzuführen, die in überwiegender Mehrheit mit Frauen besetzt wurden. Es zeigt sich, dass die geschlechtsspezifische Unterteilung (*Segregation*) (Unterteilung) des Arbeitsmarktes auch in dieser Hinsicht nach wie vor spielt – mit entsprechenden Konsequenzen in Bezug auf Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in Bezug auf die Sozialversicherungen. Eine bessere Altersvorsorge bei Teilzeitarbeit steht neuerdings auf Parlamentsebene zur Debatte, was zu begrüßen ist. Trotz dieser möglichen Verbesserungen ist damit das Problem, dass, wie neuste Untersuchungen zeigen, vor allem unattraktive Wirtschaftssegmente den Frauen die besten Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, nicht gelöst.

Flexibilisierung und Intensivierung

104 Die getroffenen Rationalisierungsmassnahmen wie beispielsweise die Konzentration auf die Kerngeschäfte und eine Kernbelegschaft und das Auslagern (*Outsourcen*) gewisser Arbeiten beeinflussen sowohl die Struktur des Arbeitsmarktes als auch die Zeitstruktur der Beschäftigten. Davon abhängig setzen sich neue Erwerbsverläufe durch. Es wird vermutlich immer mehr so genannte *Patchwork*--Arbeitsbiographien geben. Auf der einen Seite gewinnt man bei entsprechender Qualifikation einen Freiraum, der neue Möglichkeiten des Erwerbs von Kompetenzen und dadurch neue Chancen zur persönlichen Entfaltung bietet. Auf der anderen Seite gehen Konstanz und Sicherheit der Berufsarbeit verloren.

105 Während die geforderte Mobilität und Flexibilität von den einen als Gewinn von Freiraum erlebt wird, spüren andere z.B. die damit verbundene Erschwernis in der Pflege von Beziehungen. „Nichts Langfristiges“, scheint die vorherrschende Devise zu sein; dies schwächt langfristig die Bindungen von Vertrauen und Verpflichtung und untergräbt die wichtigsten Elemente der Selbstachtung.

- 106 Die Steigerung von Effizienz und Produktivität in der Wirtschaft sowie die Beschleunigung der Arbeitsabläufe sind mit ein Grund für immer grössere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Erwerbsarbeitenden. Bis in verantwortungsvolle Positionen hinein wird von immer mehr Menschen der Leistungsdruck hervorgehoben, der sich in selbstverständlich zu leistenden Überstunden und auch im Gefühl zeigt, bloss ein Rädchen in einem anonymen System zu sein, dem der einzelne Mensch ausgeliefert ist. Für junge Erwachsene scheint dieser Wandel in der Arbeitswelt selbstverständlich zu sein, und man richtet sich danach. Sie fühlen sich allerdings auch weniger an einen Betrieb gebunden, was für diesen wiederum nachteilig sein kann.
- 107 Viele der auf dem Markt angebotenen Arbeitsplätze sind zunehmend von erhöhten intellektuellen Anforderungen bestimmt, beispielsweise durch die Informatik, die in fast allen Bereichen Einzug gehalten hat. Generell wird Wissen immer wichtiger, was zu einer permanenten Weiterbildung zwingt, will man mithalten können. Die Tendenz geht in Richtung Informationsgesellschaft, in der Wissensproduktion und -rezeption einen grossen Stellenwert haben. Dabei droht der Wert der Erfahrung und (damit verbunden) eines Gefühls (lebens-)geschichtlicher Kontinuität verloren zu gehen und dürfte insbesondere bei älter werdenden Menschen Spuren im Selbstwertgefühl hinterlassen. Heute tritt bereits wieder stärker ins Bewusstsein, dass die Arbeitswelt letztlich nicht ohne Erfahrung auskommt, denn es hat sich gezeigt, dass das *know how* von frühpensionierten Mitarbeitenden oder solchen, die im Zuge verstärkter Fluktuation ihre Stelle verlassen, nicht einfach zu ersetzen ist.

Auswirkungen der Arbeitsverhältnisse auf Familie und soziales Klima

- 108 Die umgesetzten Rationalisierungsmassnahmen liessen auch vermehrt prekäre Arbeitsverhältnisse wie z.B. Arbeit auf Abruf entstehen. Ein Teil des wirtschaftlichen Risikos wird so von den Unternehmen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt, wobei Frauen davon mehr betroffen sind als Männer. Zudem ist generell ein wachsendes Lohngefälle zu beobachten. Während am unteren Ende der Skala die Gehälter für eine Vollzeitstelle den Lebensunterhalt nicht (mehr) zu decken vermögen (*Working poor*), werden am oberen Ende Summen entrichtet, die mit keiner Leistung menschlichen Arbeitens mehr zu begründen sind. Die enormen Saläre und Entschädigungen für bestimmte Spitzenmanager mit Markt und Wettbewerb auf bestimmten Arbeitsmarktsegmenten zu rechtfertigen, stösst auf wachsendes Unverständnis. Dies wurde auch in einigen Stellungnahmen zur Ökumenischen Konsultation deutlich zum Ausdruck gebracht. Die beobachtbare zunehmende Kluft zwischen Reich und Arm bedeutet für viele ein ernst zu nehmendes soziales Konfliktpotential.
- 109 Die Bedingungen in der Arbeitswelt wirken sich ebenfalls auf das Familienleben aus und erschweren die Aufgabe, Anforderungen des Berufs- und Familienlebens gleichzeitig gerecht zu werden (s. auch Kapitel 2). Dies trifft vor allem jene Frauen, welche nach wie vor den grössten Teil an Familien- und Hausarbeit verrichten. Ihnen steht immer noch ein zu geringes Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung zur Verfügung. – Telearbeit hat sich diesbezüglich nicht, weder für Frauen noch für Männer, als alternatives Lösungsmodell durchgesetzt. – Dass da ein Problem besteht, wurde in letzter Zeit auch von Arbeitgeberseite anerkannt.
- 110 Arbeit wird in der heutigen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft immer noch primär mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt. Dies hat Folgen für das Selbstverständnis von Menschen und der durch sie gebildeten Gesellschaft. Besonders sichtbar wurde es im Umgang mit dem Problem der Erwerbslosigkeit. „Man ist, was man isst“ drückt sowohl den Wert, der Erwerbsarbeit zugemessen wird, als auch die Konsequenz ihres Fehlens aus. Deshalb ist Erwerbslosigkeit immer mehr als ein ausschliesslich ökonomisches Problem. Die Fokussierung auf Erwerbsarbeit hat aber zugleich Folgen für die unbezahlte, jedoch gesellschaftlich notwendige Arbeit. Erst langsam entdeckt man den – unersetzlichen – Wert der unbezahlten Arbeit für das Wohlergehen der Gesellschaft. Das internati-

onale Jahr der Freiwilligenarbeit bietet eine Gelegenheit, der von Frauenseite her schon seit längerem geforderten Anerkennung der Nichterwerbsarbeit zum Durchbruch zu verhelfen. Zugleich würde dadurch das Verständnis von Arbeit erweitert.

Unser Anhaltspunkt

Sinn und Zweck menschlicher Arbeit

- 111 Chancen und negative Begleiterscheinungen im Zusammenhang mit dem Wandel in der Arbeitswelt sowie die Diskussionen um den Wert der Nichterwerbsarbeit lassen erneut nach dem Sinn menschlicher Arbeit fragen. Steht die Sinnbestimmung menschlicher Arbeit zur Debatte, ist auch die Frage nach dem Sinn menschlichen Lebens überhaupt angesprochen. Darum soll im Folgenden nach einem Verständnis von Arbeit gefragt werden, das den Menschen, Frauen und Männern, gerecht zu werden vermag.
- 112 Die Kirchen setzen sich auch in diesem Lebensbereich für die Würde der Person (s. Kapitel 2) ein, wobei sie sich besonders den Benachteiligten verpflichtet fühlen, da deren Würde vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt ist. Die Propheten haben solches Unrecht zu verschiedenen Zeiten immer wieder eingeklagt, weil es nicht nur das Verhältnis unter Menschen berührt, sondern ebenso sehr jenes zu Gott. Das Neue Testament hat dies noch stärker hervorgehoben und verallgemeinert, wie dies die kurze und prägnante Aussage in Mt 25,40 belegt: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ Sinngemäß ist heute zu ergänzen: Was ihr für eine meiner geringsten Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan. Aus diesem Grund erachten wir es als Aufgabe der Kirchen, ihr Verständnis der menschlichen Arbeit in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen und damit einen Beitrag zur Gestaltung des strukturellen Wandels in Arbeitswelt und Gesellschaft zu leisten.
- 113 Seit der Neuzeit bildet sich ein Verständnis des Menschen als eines freien und relationalen Subjektes heraus. Den technischen Errungenschaften wird steigende Bedeutung zugemessen. Dies erhöht die Produktivität der Arbeit und kann den Menschen zu mehr Wohlstand verhelfen. Arbeit steht fortan in einem ursächlichen Zusammenhang mit den Bedingungen menschlicher Freiheit, mit menschlichem Gelingen und Glück. Die Überzeugung setzt sich durch: Mit seiner Arbeit schafft der Mensch nicht nur Werte oder Mehrwert, sondern entfaltet zugleich sich selber. Arbeit vermittelt Identität und Sinn und macht einen wesentlichen Teil sozialer Integration aus. Der humane Sinn der Arbeit besteht also darin, dass sich der Mensch in seiner Arbeit als Person entfaltet. Das bedeutet aber nicht, dass das Personsein darin aufgehen würde. Vielmehr ist Arbeit im Dienst des Menschen zu sehen.
- 114 Der humane Sinn von Arbeit ist aber von zwei Seiten her in Frage gestellt, einerseits durch menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, andererseits dort, wo Arbeit auf Erwerbsarbeit reduziert wird. Wenn nur noch über Erwerbsarbeit Identität, sozialer Status und Anteilhabe am Wohlstand zu gewinnen sind, führt es unweigerlich dazu, dass fehlende Erwerbsarbeit bei Menschen eine bedrohliche Identitätskrise auszulösen vermag. Bislang dürften Männer stärker davon betroffen gewesen sein, war doch das Selbstbild von Frauen nie ausschliesslich an die Erwerbsarbeit geknüpft. Für sie zog die Reduktion der Arbeit auf Erwerbsarbeit vor allem andere schwerwiegende Probleme nach sich. Demgegenüber bleibt festzuhalten, dass Arbeit – im umfassenden Sinn verstanden – nicht das, aber *ein* wesentliches Handlungsfeld für menschliches Gelingen und gesellschaftliche Entwicklung darstellt. Das wiederum bedingt, dass der Mensch Subjekt der Arbeit ist, was nur möglich ist, wenn alle Dimensionen des Menschseins einbezogen sind. So sollen sich die Menschen als Individuen entfalten können und in ihrer Würde respektiert sein. Sie sind aber immer auch Teil einer Gemeinschaft (bis hin zur Weltgesellschaft) und der Mitwelt; zudem stehen sie in einer Abfolge von Gene-

rationen. Soll nun menschliches Handeln, wozu auch Arbeiten gehört, menschengerecht (ebenfalls für nachfolgende Generationen!) und umweltgerecht sein und überhaupt Zukunft haben, muss es sich am Kriterium der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit ausrichten.

Arbeit im Licht der Bibel

- 115 Wenn die Bibel von der Arbeit des Menschen spricht, geht es nicht um eine Analyse der Arbeit oder Arbeitswelt, sondern es werden anhand dieses Lebenszusammenhangs Grundhaltungen angesprochen – Grundhaltungen im Verhältnis der Menschen zu Gott, zu sich selber und zu ihren Mitmenschen sowie zur Schöpfung insgesamt. Die biblischen Erzählungen bringen Gottes befreiendes Handeln zum Heil der Menschen zum Ausdruck, das im Lebenskontext der damaligen Menschen erfahren wurde, so auch bei der Arbeit, die vorwiegend agrarisch geprägt war.
- 116 Die menschliche Arbeit wird in der Bibel grundsätzlich positiv bewertet, und die verschiedenen menschlichen Tätigkeiten werden nicht in einer Rangordnung gesehen. Vor Gott sind alle Menschen gleich, und deren Arbeit hat unterschiedslos teil an Gottes Schöpfungswerk. Die Erinnerung an dieses Verständnis von Arbeit könnte die heute immer noch stark verankerte Sichtweise aufbrechen, Arbeit fast selbstverständlich mit Erwerbsarbeit gleichzusetzen und dabei die übrige, häufig von Frauen geleistete, gesellschaftlich notwendige Arbeit auszublenden.
- 117 Selbst Geschöpf und sich Gott verdankend ist der Mensch hineingestellt in Gottes gute Schöpfung, für die er fortan als Frau und Mann die Verantwortung trägt. Ihm und ihr ist sie zur Kultivierung anvertraut (Gen 1,26–28; 2,7–15). Arbeit entspricht hier einem Auftrag Gottes⁷ Sie hat Dienst- und nicht Selbstzweckcharakter und ist eine Antwort des Menschen auf Gottes schöpferische Initiative hin – eine Antwort, die sich eingebunden weiss in eine „Schicksalsgemeinschaft mit allen Geschöpfen“⁸. Wie sehr wir heutigen Menschen tatsächlich in eine weltumspannende Schicksalsgemeinschaft eingebunden sind, wird angesichts der weltweit sich stellenden Probleme besonders deutlich. Diese lassen den Gestaltungsauftrag zu einer verpflichtenden Herausforderung werden. Konkret bedeutet das, dass sich der Mensch aufgrund seiner bzw. ihrer Mitgeschöpflichkeit um sich selber und der Natur willen Grenzen setzt.
- 118 Gerade im Licht der Schwierigkeiten, die zu bewältigen sind, zeigt sich die andere Seite der Arbeit. Sie ist nicht nur Möglichkeit zur kreativen Betätigung, sondern auch verbunden mit Mühsal und Fluch (Gen 3,17–19), Anstrengung und Belastung. Sie ist wie die Schöpfung insgesamt der Vergeblichkeit und Vergänglichkeit unterworfen (Röm 8,20–21). Ein Paradies auf Erden ist nicht zu haben, was aber nicht davon entbindet, nach besseren und gerechteren Lebensbedingungen zu streben.
- 119 Nach biblischer Auffassung gehört die Ruhe wesentlich zur Arbeit, denn erst in der Ruhe findet diese zu ihrem eigentlichen Sinn (Gen 2,1–3). Die Erinnerung an Gottes Ruhem nach vollbrachtem Schöpfungswerk mündet in eine der meist genannten biblischen Weisungen, das Sabbatgebot (Ex 20,8–11; Dtn 5,12–15). Der Sabbat dient zur Heiligung Gottes, räumt so der kontemplativen Dimension des Lebens einen festen Ort ein und unterbricht den übermächtigen Kreislauf der Arbeit. Das Sabbatgebot stellt gleichzeitig eine bedeutende Sozialgesetzgebung zum Schutz aller Arbeitenden dar, weil es allen Menschen (und sogar auch Tieren) zwingend einen Tag der Ruhe nach sechstägiger Arbeit gewährt. Gerade für Menschen mit niederem sozialem Status und entsprechend harten Arbeitsbedingungen war das ein bedeutender Schutz vor Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Die Überzeugung, dass Menschen einer (erwerbs-)arbeitsfreien Zeit bedürfen, hat Eingang gefunden in

⁷ Arbeit als Auftrag Gottes wird an folgenden weiteren Stellen beschrieben: Kol 3,23f; Eph 6,5–8; 1 Tim 6,1f; Phlm 8–20; Neh 5,9–12; Ps 104,19–24. Paulus versteht sich als Mitarbeiter Gottes, vgl. 2 Kor 6,1.

⁸ Evangelische Kirche Deutschland / Deutsche Bischofskonferenz, Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Hannover / Bonn 1997, S. 49.

die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 (Artikel 24). Dieser (erwerbs-)arbeitsfreie Raum gehört somit zu den unveräußerlichen Rechten, die in der Menschenwürde gründen.

Wege und Ansätze

Neue Bewertung der Arbeit im Dienst des Menschen

120 Der Wandel in der heutigen Arbeitswelt fordert heraus, unter den je neuen Bedingungen menschengerechtes Leben und Arbeiten zu ermöglichen. Die nachfolgend aufgeführten Vorschläge geben die Richtung an, in der nach unserer Überzeugung in einer längerfristigen Perspektive nach konkreten Lösungsmöglichkeiten zu suchen ist.

Bewertung der Arbeit im öffentlichen Diskurs

121 Wir betonen, dass sich Arbeit nicht auf Erwerbsarbeit reduzieren lässt, weil die Vorstellung menschlicher Arbeit unzulässig verkürzt und daraus folgend die unbezahlte, aber gesellschaftlich notwendige Arbeit aus dem Blick fallen würde. Dies ist im öffentlichen Diskurs immer wieder in Erinnerung zu rufen, insbesondere in Zeiten allgemeiner Verunsicherung, – ausgelöst etwa durch Erwerbslosigkeit, durch den Druck zu Flexibilisierung und Mobilität oder durch einen drohenden Konjunkturereinbruch. Eine umfassende Sicht der menschlichen Arbeit hat Konsequenzen für die Bewertung der Erwerbslosigkeit und die Anerkennung der unbezahlten Arbeit. Dass es diesbezüglich neue Ansätze gibt und sich eine erweiterte Wahrnehmung der verschiedenen Arbeitsarten abzeichnet (etwa in der Erhebung des Umfangs von Haus-, Familien- und Freiwilligenarbeit bei der *Volkszählung 2000*), schätzen wir positiv ein. Wir unterstützen deshalb die Anstrengungen in diesem Bereich, wo es um die Verwirklichung fundamentaler Wertvorstellungen geht.

Anerkennung der unbezahlten Arbeit und materielle Existenzsicherung

122 Die Bestrebungen zur Anerkennung der unbezahlten, aber gesellschaftlich notwendigen Arbeit sind zu unterstützen. Sinnvollerweise sind verschiedene Massnahmen vorzusehen oder, wo sie ansatzweise schon vorhanden sind, weiter auszubauen.⁹ Das *Internationale Jahr der Freiwilligenarbeit* kann dabei eine besondere Motivation sein, einem Anliegen, das schon lange von Frauenseite her eingebracht wurde, zum Durchbruch zu verhelfen. Insbesondere ist an die breite Einführung eines Sozialausweises zu denken, der den Wert der unbezahlten Arbeit im Verhältnis zur Erwerbsarbeit besser zum Tragen bringen kann. Da ideelle Anerkennung allein nicht ausreicht, ist nach Lösungen zu suchen, die eine Koppelung von unbezahlter Arbeit und sozialem Sicherungssystem verbessern. Ein Schritt in die richtige Richtung stellt dabei die Anerkennung von Betreuungsarbeit seit der 10. AHV-Revision dar.

123 Die Erwerbsarbeit hat nicht zuletzt deswegen einen hohen Stellenwert, weil sie im Normalfall für die ökonomische Einkommenssicherung sorgt bzw. sorgen sollte. Angesichts der zunehmenden Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt, die zu wechselnden Erwerbsbiographien führt und dadurch kein regelmässiges oder ausreichendes Einkommen mehr garantieren kann, ist verstärkt nach einer Entkoppelung von Erwerbsarbeit und materieller Existenzsicherung zu suchen. Es wäre bedenkenswert, dabei den Vorschlag einer negativen Einkommenssteuer weiterzuverfolgen.

124 Die intendierte Neukonzeption des Systems sozialer Sicherung könnte jedenfalls die Problematik vieler Teilzeit- und Vollzeitarbeitsstellen in Bezug auf Einkommen (*Working poor*) oder jene der Erwerbslosigkeit entschärfen. Zugleich bietet sich damit ein Instrument zur Anerkennung und vor

⁹ Ausführlich dazu: Bovay, C, Tabin, J-P., (Un)freiwillig effizient: Freiwilligenarbeit, Erwerbsarbeit und gesellschaftliche Solidarität, Studien und Berichte aus dem Institut für Sozialethik des SEK Nr. 56, Bern 1998.

allem auch Sicherstellung gesellschaftlich erwünschter, bislang aber unbezahlter Arbeit an. Zumindest ein Stück weit würde sich so die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die in Zukunft immer wichtiger werden dürfte, von selber regeln. Allerdings müsste vom Prinzip der Gerechtigkeit her sichergestellt werden, dass die vorhandene geschlechtsspezifische *Segregation* des Arbeitsmarktes nicht weiter bestehen bleibt oder gar verstärkt würde.

Ermöglichen von Gestaltungsspielraum

- 125 Grössere Anforderungen an die Erwerbsarbeit bauen letztlich auf die persönliche und intellektuelle Kompetenz der einzelnen Menschen. Viele neue Chancen eröffnen sich, was hinsichtlich Partizipation und persönlicher Entfaltungsmöglichkeit zu begrüssen ist. Um sich vielfältige Kompetenzen erwerben zu können, braucht es eine entsprechende Bildungs- und Weiterbildungspolitik. Dabei soll Bildung nicht verzweckt, sondern in einem breiten Sinn verstanden werden. Sie gibt Raum zur Persönlichkeitsbildung und zur Auseinandersetzung mit Werten. Demgegenüber haben Aus- und Weiterbildung die Aufgabe, auf den Bereich der Erwerbsarbeit vorzubereiten und dadurch eine Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
- 126 Eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten ist grundsätzlich positiv zu sehen, wenn sie Gestaltungsspielraum lässt, die Existenzsicherung gewährleistet (solange dies nicht anderweitig geschieht) und genügend Raum für das gemeinschaftliche Leben bereithält. Sobald Spielraum zur Gestaltung der eigenen Zeit vorhanden ist, stellt sich für den einzelnen Menschen die Frage, wie er oder sie sinnvoll mit der Freizeit umgeht. Jeder und jede hat diesbezüglich Verantwortung für sich selber, im Hinblick auf die Mitmenschen (Pflegen von Gemeinschaft) und den eigenen Umgang mit den natürlichen Ressourcen wahrzunehmen. Aus der Sicht der Kirchen braucht es eine ausgewogene Balance zwischen Ruhe und Arbeit, weswegen wir an der Respektierung des Sonntags festhalten.
- 127 Befürchtungen und Diskussionen im Zusammenhang mit der Auslagerung von Arbeitsplätzen lassen verstärkt bewusst werden, dass sich das Problem der Erwerbsmöglichkeiten weltweit stellt.¹⁰ Auch die Frage der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen oder generell der Auswirkungen der transnationalen Verflechtung der Wirtschaft zeigt letztlich, dass es darum gehen muss, weltweit – insbesondere mit einer aktiven Mitwirkung der Schweiz in der *Internationalen Arbeitsorganisation* (s. auch Kapitel 8) – für gerechte Arbeitsverhältnisse zu sorgen.
- 128 Angesichts der Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen ist es unerlässlich, sich für eine Wirtschaftspolitik einzusetzen, die sich an ökologischer Nachhaltigkeit orientiert (s. Kapitel 6-.1) und die in dieser Hinsicht sinnvolle Arbeitsplätze bereitstellen kann.

Aufgaben der Kirchen

- 129 Wenn die Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen oder die Frage gerechter Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zur Debatte stehen, geht es letztlich um Menschenwürde und menschenwürdige Lebensbedingungen. Als Kirchen haben wir hier unsere Wertvorstellungen zum Wohl aller einzubringen. Auf politischer Ebene müssen wir für jene Menschen eintreten, die unter bestimmten vorgegebenen Bedingungen benachteiligt sind, und uns für Lösungsmöglichkeiten einsetzen, die dem Kriterium der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit am nächsten kommen.
- 130 Mittels unserer diakonischen Praxis haben wir Kirchen die Chance und Aufgabe, zur Selbstbefähigung von Einzelpersonen beizutragen. Entsprechende Angebote und Projekte machen insbesondere auf Gemeindeebene Sinn.

¹⁰ Das beeinflusst auch die weltweite Migration (s. Kapitel 4).

- 131 Die Kirchen sind selber auch Arbeitgeberinnen auf den verschiedenen Ebenen der kirchlichen Strukturen, vor allem als Kantonalkirchen und als Kirchgemeinden sowie in den kirchlichen Werken. Auf allen Ebenen sind die Verantwortlichen aufgefordert, für menschengerechte, familienfreundliche, gemeinschaftsfördernde und umweltverträgliche Arbeitsverhältnisse zu sorgen und auf diese Weise „Sauerteig“ (Mt 13,33) zu sein.
- 132 Sowohl im Bereich der Diakonie als auch bei der Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse bietet sich unseren Kirchen die Gelegenheit, Projekte durchzuführen, die im Blick auf die Zukunft Modellcharakter haben könnten. Flankierend ist jeweils eine fundierte Evaluation vorzusehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kirchen auf diese Weise „Lernraum“ sind und noch mehr werden. Damit leisten sie einen innovativen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft.

Kapitel 6

Ressourcen: Ein neuer Umgang

133 *Sinn der Wirtschaft ist die Förderung des menschlichen Lebens Zusammenlebens. In dieser Perspektive gehen wir im nachstehenden auf die wirtschaftlichen Ressourcen ein, und zwar einerseits auf den oft problematischen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und andererseits mit der Ressource Geld und Kapital (Finanzmittel). Die natürlichen Ressourcen stehen nicht ausschliesslich im Dienste der Menschheit. Sie sind in sich wertvoll, in christlicher Perspektive als Teil der Schöpfung. Folglich hat der Mensch mit ihnen so umzugehen, dass die Zukunft des Lebens auf der Erde gesichert bleibt. Geld und Kapital können nicht als Zweck an sich betrachtet werden. Oberstes Ziel der Wirtschaft ist nicht der Profit, sondern die Entfaltung des Menschen und des sozialen Lebens. Den heutigen Geltungsvorrang des Geldes als Orientierungsgrösse in immer mehr Lebensbereichen betrachten wir als Risikofaktor für die künftige Gesellschaftsentwicklung. Deshalb privilegieren wir in den beiden Teilen dieses Kapitels die Lösungen im umweltpolitischen und wirtschaftspolitischen Bereich, die das Leben ganzheitlich fördernd.*

Kapitel 6-1

Ein neuer Umgang mit den natürlichen Ressourcen

134 Alles auf der Erde ist in sich begrenzt: Dies zu erkennen, dazu bedarf es eines guten Masses an Einsicht. Im Falle der natürlichen Rohstoffe ist dies besonders schwer zu durchschauen. Sie scheinen heute im Überfluss vorhanden zu sein, erst sorgfältiges Nachforschen zeigt, dass sie in Wirklichkeit Teil der begrenzten Ressourcen sind. Damit auch in Zukunft eine dauerhafte, umwelt- und weltgerechte Entwicklung gewährleistet werden kann, ist Vorsorge in der Bewirtschaftung der Natur geboten. Der Schlüsselbegriff einer vorausschauenden Nutzung der natürlichen Ressourcen heisst Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit meint die Möglichkeit eines Lebens in Würde für alle Menschen der gegenwärtigen Generationen, ohne ein Leben in Würde der zukünftigen Generationen und der Natur zu gefährden.

Die Stellungnahmen

Verwirrliche Symptome

135 Die Anzeichen, dass wir Menschen an unserer Mitwelt Raubbau betreiben, sind vielfältig, aber schwer wahrzunehmen. Erst bei genauem Hinschauen kann man das Schwinden der Artenvielfalt entdecken, werden die gesundheitsschädigenden Stoffe in der Luft nachgewiesen, der Zusammenhang des Klimawandels mit dem explodierenden Energieverbrauch in Verbindung gebracht und die zur Nahrungsproduktion dienende grossindustrielle Tierhaltung und -tötung wahrgenommen. Ein ungutes Gefühl macht sich bemerkbar, der Mensch hat sich von der Natur entfremdet. Was nicht Mensch ist, gilt als Sache beziehungsweise Ressource für menschliche Bedürfnisse. Obwohl das rasche Schwinden der natürlichen Ressourcen und die Schädigung der lebenserhaltenden Ökosysteme an einer kritischen Schwelle stehen, hat weder in der Wirtschaft noch in der Politik eine grundsätzliche Sicht- und Haltungsänderung stattgefunden. Zwar werden Massnahmen wie eine ökologische Steuer theoretisch begrüsst, praktisch aber jeweils „so“ und „jetzt“ zurückgewiesen. Viele Einsenderinnen und Einsender einer Stellungnahme zur ökumenischen Konsultation nehmen diese Symptome und Widersprüche wahr, und sie erwarten von den Kirchen einen klaren Einsatz zu Gunsten von ökologischen Massnahmen.

Der Befund

Fakten bestätigen die Symptome

- 136 Nachhaltigkeit gesteht sowohl den heutigen wie den zukünftigen Generationen weltweit dasselbe Recht zur Nutzung der natürlichen Ressourcen zu. Danach hat sich letztlich jedes Land mit seinen Bewohnerinnen und Bewohnern zu richten, um eine internationale Solidarität sicher zu stellen. Die Schweiz als rohstoffarmes Land importiert soviel nicht-erneuerbare Energieträger und Rohstoffe, dass sie das ihr zustehende Kontingent bei weitem überzieht, wenn sie dem, vom Konzept der Nachhaltigkeit abgeleiteten Postulat zum Schutz der Ökosysteme, des Klimas und der nicht-erneuerbaren Ressourcen nachkommen will. Eine Art, dies festzustellen, ist die Berechnung des „Umweltraumes“, das Mass an Nutzung und Verschmutzung, das ein Raum – Europa, die Schweiz, das Alpengebiet – maximal erträgt, damit die natürlichen Ressourcen – Luft, Wasser, Boden, Pflanzen- und Tierarten, mineralische Rohstoffe, Energieträger – den zukünftigen Generationen noch ungeschmälert zur Verfügung stehen. Je nach Ressourcenart ist in der Schweiz eine drei- bis achtfache Reduktion nötig. Zur Veranschaulichung seien einige Beispiele genannt, in deren Bereich in den nächsten Jahren eine massive Reduktion nötig ist: Um die Qualität unserer Gewässer zu sichern, ist die Belastung durch Phosphor und Nitrate um mehr als die Hälfte zu reduzieren. In der Schweiz droht zwar kein Wassermangel, der sparsame Umgang mit Wasser ist trotzdem sinnvoll, da die Gewinnung, Aufbereitung, Verteilung und Reinigung Energie benötigt. Um einer weiteren durch Menschen verursachten Klimaerwärmung vorzubeugen, muss der Verbrauch fossiler Brenn- und Treibstoffe wie Kohle und Erdöl laut Schätzung von Experten um zwei Drittel reduziert werden, der Ausstoss von Kohlendioxid (CO_2) um drei Viertel. Dies bedeutet für die Schweiz, dass einerseits die Produktion von erneuerbaren unschädlichen Energien entsprechend gesteigert werden muss, andererseits die Effizienz und Umsicht im Umgang mit natürlichen Ressourcen ins Zentrum zu rücken ist. Mensch, Tier und Pflanzen müssen in Zukunft nicht nur vor dem schädlichen Belastungsniveau der Luftverschmutzung geschützt werden, sondern auch vor den Folgen des beschleunigten Klimawandels, der sich in der Schweiz im rapiden Rückgang der Gletscher und einer deutlichen Veränderung des Wasserkreislaufes bemerkbar macht.
- 137 In Regionen und Ländern des Südens kämpfen die Menschen mit schwindenden Trinkwasserreserven, sinkenden Fischerträgen, zunehmender Verwüstung der Böden und spärlicheren Holzvorräten, in Mittelamerika mit extremen Hurrikänen, in vielen Gebieten der Erde aber auch vermehrt gegen Hochwasser und Sturmfluten. All das ist mit grossen Risiken für das Leben vieler Menschen verbunden.
- 138 Diese Diagnose der nicht-nachhaltigen Lebensweise unserer Gesellschaft und der Fehlwirtschaft ist nicht neu, doch reicht das Wissen allein offensichtlich nicht aus, um das Umweltverhalten zu ändern. Solange die Kosten, Unbequemlichkeiten und Verzichtleistungen als zu hoch empfunden werden, oder von Leuten mit kleinem Einkommen nicht getragen werden können, sind die Aussichten auf Veränderungen schlecht. Damit ökologische Erwägungen bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen den Ausschlag geben, muss einerseits der Wert der Natur für die Menschen besser ins öffentliche Bewusstsein rücken, andererseits können ökonomische Anreize helfen, den Wertewandel und die Verhaltensänderung voranzutreiben. Aus den Stellungnahmen zur Ökumenischen Konsultation ergibt sich die Auffassung vieler, dass der Staat verpflichtet ist, der Bewahrung der ökologischen Lebensgrundlagen höchste Priorität einzuräumen und die Wirtschaft diesem Ziel zu unterzuordnen. Gesetzliche Rahmenbedingungen sollen die Entwicklung der marktwirtschaftlichen Kräfte steuern.

Unser Anhaltspunkt

Die menschliche Verantwortung

- 139 Alle Dinge und Lebewesen der Natur sind nur im natürlichen Mit-Sein, was sie sind. Jedes einzelne davon ist nicht bloss „Sache“, die nur als Mittel für bestimmte andere Zwecke einen Wert hat. Vielmehr haben natürliche Dinge und Lebewesen zunächst einen Wert in sich selbst. Soll das Ziel einer nachhaltigen solidarischen Lebensqualität von Mensch und Natur näher rücken, müssen dem Menschen diese Zusammenhänge bewusst werden: Er hat einzusehen, dass sich nicht alles um ihn dreht und die natürlichen Dinge nicht nur zu seinem unmittelbaren Nutzen da sind. Das Prinzip der Ehrfurcht vor dem Leben verlangt erhöhte Beachtung. Die Nächstenliebe und die Goldene Regel (in der sprichwörtlichen Fassung: „Was du nicht willst, dass man dir tu‘t, das füg auch keinem andern zu“) gelten für die gesamte Mitwelt. Radikale Rücksichtnahme auf die Dinge und Lebewesen der Natur bedeutet aber nicht, dass diese den Menschen gleichgestellt werden sollen; gerecht werden ihnen die Menschen, wenn sie so mit ihnen umgehen, wie es der jeweiligen natürlichen Ausprägung entspricht. So braucht das Schwein beispielsweise keine Menschenrechte, aber es hat ein Anrecht, so zu sein, wie es selber ist.
- 140 Im christlichen Glauben sind der Mensch und seine Mitwelt Schöpfung. Gott, für manche Leute einfach auch „die höhere Macht“, ist der Schöpfer. Das heisst aber nicht, dass durch diese Unterscheidung die Welt als mechanistisch und beziehungslos zu ihrem Schöpfer gedacht und gleichsam ausgebeutet und zerstört werden kann. Gott ist nicht nur ausserhalb seiner Schöpfung (Transzendenz), sondern durch seine Dreieinigkeit auch *in* der Schöpfung anwesend. Nach der biblischen Schöpfungsgeschichte war Gott am Anfang als Schöpfer des Himmels und der Erde *über* der Welt. Nach dem neuen Testament kam Christus als Geschöpf selbst *in* die Welt und schafft und wirkt als Geist weiter in den Strukturen der Materie und in den Prozessen der Evolution. „Gott sah alles an, was er gemacht hatte: Es war sehr gut“ (Gen 1,31). In der Erfahrung, dass Gott alles gemacht hat, gründet die Hoffnung auf Gottes Heilsverheissung für die *ganze* Schöpfung (vgl. Röm 8,18ff.). Der Mensch hat den Auftrag, der Schöpfung ihre ursprüngliche Bestimmung zu vermitteln und würdiges Gleichnis des Reiches Gottes zu sein.
- 141 Dem Menschen, biblisch verstanden als Ebenbild Gottes, kommt eine doppelte Aufgabe zu.: Kraft seines Geistes ist er einerseits der „Dialogpartner“ Gottes, andererseits fällt ihm die Aufgabe der Mittlerschaft von Gottes Willen für seine Schöpfung zu, indem er zum Herrscher/Verwalter über sie gemacht wurde. Der Mensch trägt die Verantwortung, die Mitwelt erfahren zu lassen, was Gott mit der Welt vor hat, und seinen Willen für das Heil der Schöpfung wahrzunehmen, zu repräsentieren und durchzuführen. Dieses Gebot ist nicht auf Kurzfristigkeit angelegt, vielmehr hat der Mensch in dieser Sicht die Welt so zu bewirtschaften, dass sie auch für zukünftige Generationen Lebensgrundlage ist – nachhaltig!

Wege und Ansätze

Der schwierige Weg vom Kopf zur Hand

- 142 Gute Lebensqualität heisst nicht notwendigerweise materieller Überfluss. In diesem Sinne äussern sich die Einsenderinnen und Einsender einer Stellungnahme auf die Frage nach der Bereitschaft, „auf Wohlstand – hier verstanden im Sinne von materiellem Reichtum – verzichten zu wollen, wenn das jemandem auch wirklich zu Gute kommt. Allerdings muss dieser Verzicht sichtbar jemandem helfen, der Zweck von Solidarität muss also erkennbar sein“. Obwohl diese Aussage im Zusammenhang mit der Auswirkung der Wirtschaft auf das gesellschaftliche Leben steht, ist unübersehbar, dass über umweltgerechtes Verhalten ein grosser Beitrag zur Solidarität geleistet wer-

den kann. Jedes Individuum, das einen sozialverträglichen und umweltschonenden Lebensstil anstrebt, hilft den nächsten Generationen und der Natur, ein Leben in Würde führen zu können.

Persönliche und unternehmerische Verantwortung für Nachhaltigkeit

- 143 Die Verantwortlichen der Kirchenleitungen der Schweiz erachten es als Pflicht, den persönlichen Lebensstil auf gesellschaftliche Gerechtigkeit und hohe Lebensqualität bei materieller Bescheidenheit auszurichten. Zum Beispiel durch bewusstes Einsetzen der Mobilität und das Vermeiden von unnötigen Fahrten, indem beim Einkaufen auf die Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Produkte geachtet wird und entsprechende Gütesiegel als Orientierungshilfe genutzt werden, aber auch im Wahrnehmen der politischen Rechte zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung. Der Traum eines einzelnen ist ein Traum; träumen viele gemeinsam denselben Traum, ist es der Beginn einer neuen Wirklichkeit (Dom Helder Camara).
- 144 Alle tragen an der *Verantwortung* der nachhaltigen Entwicklung mit, jedes Individuum ist Teilnehmer oder Teilnehmerin am wirtschaftlichen und politischen Leben, sei es im Beruf, im Abstimmungsverhalten oder in der Freizeit. Die Verantwortung beinhaltet nicht nur Pflicht, sondern auch Freiheit, sie äussert sich in Form der Entscheidungs- und Handlungsfreiheit. Doch je nach beruflicher und gesellschaftlicher Stellung sind die Freiheiten mehr oder weniger eingeschränkt. Eine Führungsperson mit grösserem Entscheidungs- und Handlungspotential übernimmt entsprechend mehr Verantwortung.
- 145 *Unternehmungen* haben eine doppelte Verantwortung, einerseits die Verantwortung einer optimalen Nutzung der Handlungsfreiheit innerhalb der Grenzen der marktwirtschaftlichen Konkurrenz und der gesetzlichen Bestimmungen, andererseits aber eine sozialetische Verantwortung zu einer konstruktiven Mitgestaltung eben dieser marktwirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Dieser Verantwortung entspricht einerseits der Einsatz für die verbindliche Einführung umweltrelevanter Massnahmen. Dazu zählen u.a. eine Vollkostenrechnung, d.h. die Internalisierung der externen Kosten in die betriebliche Kostenrechnung und, die Verringerung von nicht-erneuerbaren Ressourcen sowie der daraus folgenden Verschmutzung. Neben dem Erlass von Geboten und dem Festlegen von Grenzwerten ist es dringlich, wirtschaftspolitische Anreize zu setzen zur Optimierung von Produkten, zur Verminderung von Material- und Energieverbrauch. Andererseits stehen die Unternehmen in einer öffentlichen Verantwortung, die sich beispielsweise darauf bezieht, sich für eine Raumplanung einzusetzen, die mit den Kriterien der Nachhaltigkeit ergänzt wird, so dass Standorte für Siedlungen, Arbeitsplätze und Freizeiteinrichtungen ausgeschlossen werden, die mit dem öffentlichen Verkehr schlecht erreichbar sind.
- 146 Im Zeitalter der Informationsgesellschaft bringen die kurzen Innovationszyklen mit sich, dass Unmengen von Elektro- und Elektronikschrot anfallen. Deshalb sollte dafür gesorgt werden, dass keine überflüssige Tonne Metall oder Kunststoff in die Produktion geht und auf dem Abfall landet. Neue Geräte sind so zu konstruieren, dass eine Zerlegung in die einzelnen Stoffe (*demanufacturing*) zur Wiederaufbereitung und Neuverwendung (*remanufacturing*) leicht gewährt ist. Qualitativ hochwertige Arbeit im Handwerksbereich wird in einer ökologisch orientierten Gesellschaft immer zentraler. In einem nachhaltigen Service sind *demanufacturing* und *remanufacturing* Schlüsselbegriffe, das Schwergewicht wird auf die Aufbereitung und Aufrüstung zur neusten Technologie gelegt. Wir unterstützen die Förderung solch innovativer Wartungsdienste, die von der Produkteorientierung zur ressourcenschonenderen Nutzenorientierung wechseln.

Eine Kultur des Masses im Umgang mit der Natur

- 147 Der Mitwelt gerecht zu werden, erfordert eine bewusste Wertschätzung für ihre natürlichen, bisher unbeachteten „Dienstleistungen“. Dazu können Methoden entwickelt werden, um den Werten der

Naturleistung einen Geldwert beizumessen und sie so mit anderen Leistungen vergleichbar zu machen. „Sanitäre Dienste“ der Natur, wie Luftreinigung, Bodenbildung, Bestäubung u.a. machen das Leben auf diesem Planeten erst möglich. Kein, wenn auch nur teilweiser Verlust dieser Dienste ist kostenlos, da er direkte Auswirkungen auf unser Wohlbefinden hat.

- 148 In den Stellungnahmen kommt zum Ausdruck, dass der *Staat* durch eine ökologische Regulierung der Wirtschaft die Bewahrung unserer ökologischen Lebensgrundlagen sichern soll. Unter ökologischer Regulierung wird eine Regelung verstanden, welche die Wechselbeziehung zwischen den Lebewesen und ihrer Umwelt berücksichtigt und damit von einer *begrenzt* wachstumsfähigen Wirtschaft ausgeht, einer Wirtschaft mit einem Umweltverzehr im Masse des „Zinses“, den uns die Natur zur Verfügung stellt. Die staatliche Verantwortung wird im demokratischen Entscheidungsprozess relativ langsam zu einem Auftrag an die Behörden und in konkretes Handeln übersetzt. Um so wichtiger ist die Verpflichtung, dass die einzelnen wie die Unternehmen ökoeigenverantwortlich aktiv werden, insbesondere solange noch keine institutionelle Regelungen getroffen sind. Der Einstieg in eine ökologische Steuerreform mit dem Ziel, den Faktor Arbeit zu entlasten und auf Energieeffizienz zu drängen, steht im Interesse der Nachhaltigkeit. Eine verantwortungsbewusste Bevölkerung wird den Staat in umweltpolitischen Massnahmen unterstützen und ihn beauftragen, die nötigen Instanzen und Instrumentarien bereitzustellen.

Was wir tun können

- 149 Ressourcenverringern, Umweltverschmutzung und -zerstörung sind Umweltprobleme, die nicht nur auf nationaler Ebene angegangen werden können, sondern für die auf globaler Ebene Lösungen verwirklicht werden müssen. Um die ganze Tragweite der Problematik wirklich erfassen zu können, unterstreichen wir die Wichtigkeit der globalen Zusammenarbeit aller Verantwortungsbereiche und Kompetenzen. Unter der Wirkung einer starken Interdisziplinarität muss die Frage nach dem wahren Wohl der Menschen neu gestellt werden. „Global denken – aber lokal handeln“, denn Nachhaltigkeit erfordert als soziale und mentale Basis eine Bevölkerung, die nicht nur äusserlich, sondern auch innerlich *zu Hause* ist und an die Zukunft ihres Lebensraumes glaubt. Ein verwurzelter Mensch kennt seine Umgebung, liebt und pflegt sie und setzt sich für ihren Fortbestand ein. Es ist besonders wichtig, dass das lokale Erfahrungswissen nicht verloren geht und die konkreten Symbiosen von Mensch und Natur in den kleinsten Einheiten gepflegt werden. In diesem Sinne verpflichten sich die Kirchen als Anstifter zur „*Suffizienzrevolution*“, d.h. zu einem Lebensstil, dessen hohe Lebensqualität sich durch materielle Bescheidenheit auszeichnet. Dazu gehören neben technologischen Verbesserungen vor allem neue Konzepte von Wohlstand und Luxus, die mehr Zeit, mehr nachbarschaftliche Kontakte und bessere Gesundheit umfassen. Kleine regionale Bewegungen, die einen neuen Lebensstil und neue nachhaltige Werte zu ihrer Sache machen, werden von uns aktiv unterstützt – seien dies Zusammenschlüsse von Ehrenamtlichen, von Nichtregierungs- und Nonprofitorganisationen, Leute in Agenda 21-Prozessen oder von anderen Netzwerken. Die Ökumenische Arbeitsgemeinschaft für Kirche und Umwelt (OeKU) arbeitet kontinuierlich an diesem Auftrag, vertritt umweltethische Anliegen in der politischen Öffentlichkeit und fördert das Engagement in den Kirchen zu einer nachhaltigen Lebensform. Die Kirche ist der Ort, der den Menschen eine „innerliche Heimat“ zu bieten hat, sie aber auch in ihren Bemühungen im Alltag unterstützt.

Kapitel 6-2

Ein neuer Umgang mit Geld, Gewinn und Kapital

150 Wir stellen heute fest, dass sich wirtschaftliche Sachlogik und Anforderungen der Lebenspraxis immer mehr auseinander entwickeln, bis sie sich schliesslich widersprechen.: Auf der einen Seite eine Wirtschaft, die sich fortlaufend stärker an immer kurzfristiger werdenden Rendite-Erwartungen orientiert, auf der anderen die Gesellschaft, die an Produkten, Dienstleistungen und auch Arbeitsplätzen, die von der Wirtschaft bereitgestellt werden, interessiert ist. Die Entwicklung der Wirtschaft verselbständigt sich gegenüber der Gesellschaft. Das zeigt sich insbesondere an der veränderten Rolle, die Gewinn und Kapital im Wirtschaftsleben und das Geld im sozialen Leben einnehmen.

Aus den Stellungnahmen

Zeichen wachsender Besorgnis

151 Viele Eingaben zur Ökumenischen Konsultation spiegeln deutlich die wachsende Distanz zwischen Wirtschaft und sozialer Lebenswelt wider. In breiten Kreisen der Bevölkerung herrscht ein offensichtliches Unbehagen über diese Auseinanderentwicklung. Dabei hat sich der Brennpunkt verschoben: Standen in den neunziger Jahren die Probleme der Arbeitslosigkeit im Vordergrund, gilt heute die Aufmerksamkeit der Rolle des Geldes. Kritisiert wird beispielsweise, dass sich unternehmerische Entscheide zu häufig nur an kurzfristigen Gewinnen orientierten. Der Grund dafür wird in der hohen Mobilität des investierten Kapitals gesehen: Es fliesse dorthin, wo die höchsten Renditen zu erwarten sind und die Aktienkurse dementsprechend steigen – und zwar in unmittelbarer Zukunft. Dies führe dann, so der Befund, zu einer Überlegenheit des Kapitals gegenüber Arbeit, Umwelt und sozialen Ansprüchen. Kritisiert wird in den Eingaben aber auch das Handeln vieler Menschen, die sich als spekulative Kleinanleger an der Börse versuchten.

152 Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und der Wirtschaftswissenschaft setzen die Akzente anders. Sie beurteilen die wirtschaftliche Entwicklung positiver und betonen, dass ihre Richtung nicht ohne weiteres veränderbar sei: Die Globalisierung der Kapitalströme könne nicht einfach abgeblockt werden, wenn die Wirtschaft unseres Landes Bestand haben soll, die prinzipielle Alternative zur Marktwirtschaft sei die Planwirtschaft, welche ins Desaster führte, und die Alternative zum Wettbewerb heisse letztlich Korruption.

153 Diese unterschiedlichen Sichtweisen sind bisher nicht miteinander versöhnt, ihre Vertreterinnen und Vertreter sind noch nicht konstruktiv miteinander ins Gespräch gekommen. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist die: Gibt es jenseits der Vorwürfe von wirtschaftlicher Betriebsblindheit einerseits und mangelnder ökonomischer Sachkenntnis andererseits – ein Gemeinsames, auf dem aufgebaut werden kann?

Der Befund

Die verschiedenen Rollen des Geldes

154 Geld hat in unserem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ganz unterschiedliche Funktionen. Für den Einzelnen bedeutet es materielle Sicherheit, die Gewissheit, den Lebensunterhalt für sich und seine Angehörigen bestreiten zu können. Für ein Unternehmen gilt der erzielte Gewinn als Zeichen des Erfolgs, und ohne diesen Erfolg kann es nicht existieren. Für die Volkswirtschaft schliesslich ist das für Investitionen verfügbare Kapital von entscheidender Bedeutung, und ebenso

wichtig ist somit die Rendite, die diese Investitionen erbringen. Problematisch sind nun nicht diese Funktionen an sich, sondern ist ihre Verabsolutierung, denn die Wirklichkeit ist komplexer: Individuelle Sicherheit beruht auf mehr als nur materiellem Besitz und kann nicht durch immer mehr Geld unendlich gesteigert werden; Gewinn ist nicht der einzige und eigentliche Unternehmenszweck, sondern die den Menschen dienliche Produktion; und Kapital ist nur einer der Produktionsfaktoren der Wirtschaft, neben anderen wie Arbeit und Wissen.

- 155 Individueller, betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Umgang mit Geld hängen miteinander zusammen. Geld ist unbegrenzt anhäufbar, Gewinne können erhöht werden und Kapital ist verschiebbar – aber nur zu entsprechenden Kosten, die anderswo anfallen: In der Natur, die immer mehr ausgebeutet wird, weil die ökologischen Kosten unserer Wirtschafts- und Lebensweise nur sehr unzureichend in die Rechnung einfließen, im sozialen Leben, das sich zunehmend am Geld orientiert und sozial immer kälter wird, und im individuellen Leben, in dem Stress und Vereinsamung mehr und mehr überhand nehmen. Das Resultat: Besitz ist nicht mehr Mittel zur materiellen Sicherheit, sondern wird zum Zweck an sich, Gewinn ist nicht mehr bloss Zeichen erfolgreicher Geschäftstätigkeit, sondern wird zum alleinigen Unternehmensziel, Kapital dient nicht mehr der Produktion, sondern dominiert die Wirtschaft. Es ist diese Vertauschung von Mittel und Zweck, die das Grundproblem darstellt in unserem Umgang mit dem Geld, und zwar auf allen Ebenen und in all seinen Formen.
- 156 Sicher stellt eine leistungsfähige Wirtschaft eine Voraussetzung dar für eine stabile Gesellschaft. Damit diese Gesellschaft aber auch lebenswert ist, braucht es darüber hinaus auf der individuellen, unternehmerischen und gesellschaftlichen Ebene die gelebte Werthaltung der Solidarität. Eben diese tatkräftige Solidarität droht aber von extremen Werthaltungen unterspült zu werden, die sich in der Diskussion über das Wirtschaftsleben in den 90er Jahren in den Vordergrund drängten. Wettbewerb, Konkurrenz, Effizienz sind wirtschaftliche Prinzipien, die nicht die Gesamtheit der zwischenmenschlichen und sozialen Beziehungen bestimmen dürfen.
- 157 Auf den Umgang mit dem Geld bezogen bedeutet dies, dass seine Rolle wieder auf die jene Funktionen begrenzt werden muss, die ihm als Tauschmittel, Wertmesser und Vorsorgeinstrument tatsächlich zukommt. Es braucht ebenso regulierende Rahmenbedingungen des Marktes wie entsprechende Werthaltungen.

Unser Anhaltspunkt

Ein unbefangener Umgang mit dem Geld

- 158 In den Berichten des Evangeliums sehen wir, dass Jesus gegenüber Geld und Reichtum zwei unterschiedliche Verhaltensweisen annahm. Auf der einen Seite gibt es Stellen, die auf die Unvereinbarkeit von Reichtum und Nachfolge Jesu hinweisen: Jesus hat den reichen Jüngling liebgewonnen und ihn ermuntert, alles, was er hat, zu verkaufen und den Armen zu geben, damit er „einen Schatz im Himmel“ habe – und ihm nachzufolgen (Mk 10,17–22). Diesem Schatz im Himmel stehen die Schätze auf der Erde entgegen (Mt 6,19–21). Gottes Liebe gehört zuerst den Armen, Hungernden und Weinenden (Lk 6,20f). Belege für diese Besitz und Reichtum gegenüber kritische Haltung liessen sich noch viele finden. Auf der anderen Seite finden sich aber auch zahlreiche Stellen, die zeigen, dass Jesus der Geschäftswelt keineswegs feindlich gegenüberstand, sondern sie ganz selbstverständlich für Gleichnisse heranzog, etwa bei der Geschichte vom ungetreuen Verwalter (Lk 16,1–7) oder im Gleichnis von den Talenten (Mt 25,14–30). Besitz erscheint als von Gott anvertrautes Gut (Mt 24,45), das vor allem zur Hilfe an Notleidende verwendet werden soll: „Macht euch Freunde mit dem ungerechten Mammon“ (Lk 16,9). Und die Aufforderung, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und Gott zu geben, was Gottes ist (Mk 12,17), kann in unserem

Zusammenhang nur so verstanden werden, dass das Geld keine Schöpfung Gottes, sondern des Menschen ist: Geld ist eine Sache dieser Welt und es kann gute Dienste leisten, wenn wir es richtig gebrauchen, es kann aber ebenso zu ungerechtem und unsozialem Handeln missbraucht werden.

- 159 Besitzen wir Geld, oder besitzt das Geld uns? Der richtige Gebrauch des Geldes ist es, den die Menschen heute wieder lernen müssen, ein unbefangener, unverkrampfter Umgang mit ihm. Gewiss darf man zunächst einfach Freude empfinden an dem, was uns aus guten Wirtschaftsbeziehungen zukommt; Freude, die sich gerade auch im Schenken und Teilen äussert. Gleichzeitig ist aus sozialethischer Perspektive dabei an den Grundsatz zu erinnern, dass eine „Sozialhypothek“ auf dem über das Lebensnotwendige hinausgehenden Besitz lastet. Dadurch wird das Eigentumsprinzip moralisch relativiert: Besitz verpflichtet zur Solidarität mit denen, die zu wenig haben. Das gilt für den einzelnen und kommt etwa in seiner Grosszügigkeit bei Spenden für Hilfswerke und in seiner Bereitschaft, steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen, zum Ausdruck, es gilt aber auch für ein wohlhabendes Land wie die Schweiz, die sich zu wenig für die globale Solidarität und Zusammenarbeit engagiert (s. Kapitel 8). Unverkrampfter Umgang mit Geld heisst, im Grossen wie im Kleinen vom eigenen Besitz weggeben zu können und sein Herz nicht an den Reichtum zu hängen.
- 160 Die kritische Einstellung, die Jesus dem Besitz gegenüber einnahm, erinnert uns daran, dass Geld und Reichtum nicht alles ist. Höhere und wertvollere Güter stehen dem gegenüber, oder gar in Konkurrenz. Das Messen von immer mehr Lebensbereichen allein an ihrem Geldwert ist wohl schon zu weit fortgeschritten. Es kann nicht alles dem Markt ausgesetzt werden, auch wenn sich das in der Theorie anbietet. Die neutestamentliche Reichtumskritik ist eine Ermutigung an jeden einzelnen Menschen, nicht dem Geld nachzurrennen, sondern sich den wichtigeren Dingen im Leben zu widmen. Es gibt in unserem Leben Alternativen zur weit verbreiteten Konsumhaltung, welche nicht nur Güter, sondern letztlich auch das eigene Leben verschwendet.
- 161 Wenn die Bedeutung des Geldes relativiert wird, bedeutet das gleichzeitig, dass viele soziale Probleme unseres Landes sich mit finanziellen Mitteln allein nicht lösen lassen. Deshalb muss Sozialpolitik mehr sein als die Umleitung von Geldflüssen, um denen zu helfen, die im freien Spiel der Kräfte zu kurz kommen. „Arme werdet ihr immer bei euch haben“ (Mk 14,7) – aber die Frage ist, ob in unserer Gesellschaft Ausgrenzungen verhindert werden können. Eine Gesellschaft, in deren Wertsystem Konsum und Besitz immer wichtiger werden und Wettbewerb und Konkurrenzdenken über den Bereich der Wirtschaft hinaus die bestimmenden Geisteshaltungen sind, ist immer vom Auseinanderfallen bedroht. Die Solidarität, zu der uns die Botschaft des Evangeliums ermuntert, muss dem entgegnetreten, im individuellen Alltag ebenso wie in der Politik.

Wege und Ansätze

Möglichkeiten des Umdenkens

- 162 Eine Gesellschaft, in der sich nicht alles ums Geld dreht, setzt Menschen voraus, die andere Werte kennen und hochhalten. Es braucht also eine neue Kultur der Verantwortung und des Masshaltens im Umgang mit dem Geld. Dies betrifft sowohl das persönliche des Masshalten wie auch in jenes Unternehmen, Wirtschaft und Staat. Hier soll als Beispiel nur die Frage der Erwerbseinkommen aufgenommen werden: Es ist ein deutliches Zeichen, dass auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt etwas nicht stimmt, wenn 7,5 % der Erwerbstätigen im Alter zwischen 20 und 59 Jahren unter dem Existenzminimum leben müssen. Insgesamt sind trotz Erwerbstätigkeit 535 000 Menschen, Familienangehörige eingeschlossen, trotz Erwerbstätigkeit von Armut betroffen; gleichzeitig werden bei den Spitzenverdienern Saläre bezahlt, die keinen Bezug mehr haben zur gesellschaftlichen Realität. Aus gesellschaftlicher Sicht stellt diese Entwicklung eine grosse Gefahr dar. Der Markt kann nicht das Mass aller Dinge sein, die Berufung auf den Markt und seine Gesetze kann auch missbräuch-

lich erfolgen. Wir müssen hier nachdrücklich an zwei sozialetische Grundsätze erinnern: Jeder erwerbstätigen Person muss es grundsätzlich möglich sein, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Angehörigen zu sichern. Und die Einkommensunterschiede dürfen nicht beliebig gross werden. Es ist eine Frage des politischen Willens, diese Prinzipien zu realisieren.

Unternehmen mit Bürgersinn

- 163 Den Verantwortlichen in den Unternehmen rufen wir in Erinnerung, dass die Gewinnsteigerung nicht ihr einziges Ziel sein kann. Der Erfolg des Unternehmens zeigt sich nicht nur in den Finanzzahlen der Jahresbilanz, sondern auch und gerade in der Qualität der Güter und Dienstleistungen, in der Beachtung der Nachhaltigkeit bei der Produktion, in der Umweltfreundlichkeit ihrer Erzeugnisse und in der Zufriedenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es ist an der Zeit, diese Indikatoren des unternehmerischen Erfolgs in die betriebswirtschaftliche Rechnung einzubeziehen.
- 164 Natürlich stehen die Unternehmensverantwortlichen oft unter dem Druck, durch kurzfristige Gewinnsteigerungen ein allein an Börsengewinnen interessiertes Aktionariat zufrieden zu stellen. Deshalb muss hier an Anlageberater und Verantwortliche von institutionellen Anlegern appelliert werden, bei Investitionen mehr auf die langfristige Substanz und die Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Anlagemöglichkeiten zu achten als nur auf kurzfristige Rendite.

Finanzplatz Schweiz in globaler Solidarität

- 165 Als wichtiger Finanzplatz trägt die Schweiz eine grosse internationale Verantwortung. Zu häufig sind Gelder von Mächtigen gerade aus besonders armen Ländern und aus dem organisierten Verbrechen in unser Land gebracht und hier gewaschen worden. Dies muss durch konsequente Anwendung griffiger Gesetze oder allenfalls durch Verschärfung der Gesetze abgestellt werden. Durch die Ausgestaltung des schweizerischen Bankgeheimnisses besteht die Gefahr des Missbrauchs dieser Einrichtung, die dem legitimen Schutz der Persönlichkeit zu dienen hat. Wo es aber zum Schaden der gesetzmässigen Steueransprüche ausländischer Staaten missbraucht werden kann, bedarf es der gesetzlichen Korrektur.
- 166 Besondere Aufmerksamkeit erfordern die internationalen Finanzflüsse. Hier werden grösste Gewinne gemacht, und gleichzeitig können ganze Volkswirtschaften aus dem Gleichgewicht geworfen werden. Aus sozialetischer Sicht spricht viel für eine Besteuerung solcher spekulativer Kapitalverschiebungen (s. auch Kapitel 8). Allerdings setzt die Verwirklichung dieses Anliegens voraus, dass der Globalisierung der Kapitalflüsse eine Globalisierung politischer Regelungen zur Seite tritt. Gerade die Schweiz, die auf eine enge internationale Wirtschaftsverflechtung angewiesen ist, könnte und müsste hier zukunftsweisende Initiativen zur Weiterentwicklung dieser Idee ergreifen.

Was wir tun können

- 167 In all diesen Problembereichen können die Verantwortlichen in den Kirchen keine spezifische ökonomische Sachkompetenz geltend machen, aber sie müssen auf die ethische Dringlichkeit neuer Lösungen hinweisen. Wir wünschen deshalb, dass der Dialog zwischen Wirtschaftsfachleuten sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kirchen und der christlichen Sozialethik weitergeführt und intensiviert wird, und zwar auch auf lokaler und regionaler Ebene, damit sach- und gesellschaftsgerechte Lösungen gefunden werden können.
- 168 Schliesslich ist uns bewusst, dass auch die Kirchen auf dem Weg sind, um einen wirklich zu einem guten Umgang mit dem Geld zu finden. Zahlreiche Kirchgemeinden und Pfarreien sowie andere kirchliche Gremien leisten seit Jahren bedeutsame Beiträge für Diakonie und Caritas, für die Mis-

sion und die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Wir zollen diesen freiwilligen Leistungen hohe Anerkennung. In manchen Kirchgemeinden könnte und müsste die nationale und besonders internationale Solidarität indessen grösser sein. Zu oft werden bei uns grosszügige Investitionen getätigt, während die nächstliegende Hilfe für unsere Schwesterkirchen in anderen Ländern nur sehr zögerlich erfolgt. Schliesslich müsste es für alle kirchlichen Finanzhaushalte selbstverständlich werden, die Vermögen umwelt- und sozialverträglich anzulegen, zumal entsprechende Informationen und Anlagemöglichkeiten zur Verfügung stehen und Modelle von kirchlichen Institutionen selbst gefördert werden.¹¹

¹¹ Institut für Sozialethik des SEK / Justitia et Pax (im Auftrag von „Brot für alle“ und „Fastenopfer“): Verantwortlich Geld anlegen. Ein Leitfaden für Kirchgemeinden und Privatpersonen. Bern 2000.

Kapitel 7

Politik: Im Dienste des Gemeinwohls

169 *Es allen Frauen und Männern ermöglichen, ein Leben zu führen, das zu leben sich lohnt, und das gedeihliche Zusammenleben der sozialen und kulturellen Gruppen in unserem Land fördern – diese Aufgabe, die auch als Sorge um das Gemeinwohl bezeichnet werden kann, fällt dem Individuum wie dem Staat zu. Nur in einem demokratischen Prozess kann der Gehalt dieses Gemeinwohls ausgehandelt werden. Es ist dies ein politischer Akt, der in den öffentlichen Raum, also zum Gemeinwesen gehört. Dieser Raum ist weder der Raum des Marktes noch des Privatlebens, sondern der Ort, wo gemeinsam über die Zielsetzungen der Gesellschaft entschieden wird. Zur Aufwertung dieses öffentlichen Raums wünschen wir uns eine Stärkung der Demokratie. Jede Person soll sich bewusst werden, dass Eigenverantwortung nicht bloss das Wohl des Einzelnen, sondern das Wohl aller im Auge hat.*

Aus den Stellungnahmen

Ein eher diffuses Bild von der Rolle des Staates

170 Bei der Sichtung der Antworten auf die Ökumenische Konsultation ist uns aufgefallen, wie oft darin vom Primat des Politischen über wirtschaftliche und ideologische Einzelinteressen die Rede ist. Grosses Vertrauen wird in die Demokratie gesetzt. Einige wünschen sich eine Ausweitung demokratischer Mechanismen: Stimmrecht für die in der Schweiz niedergelassenen Ausländer und Ausländerinnen, erhöhte Mitsprache der Arbeiter und Arbeiterinnen im Unternehmen oder verstärkte demokratische Kontrolle internationaler Organisationen. Ein Fragezeichen wird allein dort gesetzt, wo es um die Fähigkeit der Demokratie geht, die wirtschaftliche Entwicklung so zu steuern, dass jeder und jede davon profitiert. Befürchtungen werden laut, die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich könnte die Demokratie schwächen.

171 Konsens scheint darüber zu herrschen, dass vom Staat nicht alles erwartet werden kann. Doch das heisst nicht, dass Einigkeit über die Rolle des Staates bestünde. Einige unterstreichen die Eigenverantwortung, erachten sie als für die demokratische Auseinandersetzung und den Fortbestand einer im Alltag erprobten Solidarität unabdingbar. Andere legen den Akzent eher auf den Sozialstaat. Ihrer Auffassung nach können die sozialen Ungleichheiten allein durch institutionelle Solidarität überwunden werden. Konsequenterweise wird in einigen Antworten die Einrichtung eines garantierten Mindesteinkommens gefordert. Gegensätzliche Kommentare sind auch zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft eingegangen. Während die einen sich dafür stark machen, dass der Staat der Wirtschaft Rahmenbedingungen setzt, vertreten die anderen die Auffassung, der Staat habe sich zurückzuhalten und sich darauf zu beschränken, allzu negative Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung zu korrigieren.

172 Solche Überlegungen zur Rolle des Staates gehen oft mit einem Appell an die Kirchen einher. Diese werden aufgefordert, sich für die Ärmsten einzusetzen. Eine signifikante Zahl der an der Ökumenischen Konsultation Beteiligten betrachten die Kirchen als die letzten Garanten des Gemeinwohls. Als unerlässlich wird ein neues kollektives Wertesystem erachtet, für dessen Aufbau sich die Kirchen entschieden einsetzen sollen. Zuweilen wird die Zögerlichkeit der Kirchen bedauert, häufig wird der Wunsch formuliert, sie sollten sich einseitiger Parteinahme enthalten. Ihre politische Schwäche wird aber auch als Chance wahrgenommen und sie werden aufgefordert, sich jenseits von Parteien und Interessen zu positionieren.

Der Befund

Die Schwächung des Gemeinwesens

- 173 In der Schweiz wie im übrigen Europa ist eine Verschiebung der Bezugspunkte für die soziale Zugehörigkeit und die gesellschaftliche Orientierung zu beobachten. Verschwunden sind die sozialen Klassen, die nationalen Grenzen sind durchlässig geworden, während die wirtschaftlichen und, in deren Sog, die sozialen Beziehungen globalisiert worden sind. Mehr und mehr funktioniert die Gesellschaft als Netzwerk, errichtet auf der Basis von Sonderinteressen oder spezifischen Zugehörigkeiten. Man hat Partner am anderen Ende der Welt, aber der Nachbar auf dem gleichen Stockwerk bleibt ein Unbekannter. So verschwindet ein kollektiver Raum, in dem die Bewohner aus und ein gehen, sich begegnen und miteinander kommunizieren. Wir beobachten, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet.
- 174 Dass die Weitergabe von praktischen und lebensdienlichen Wissensbeständen und Werten keine Selbstverständlichkeit mehr ist, stellen die an der Konsultation Teilnehmenden fest. Was noch vor zehn Jahren galt, gilt heute nicht mehr. Die Tradition verliert ihre Orientierungskraft, das Neue wird unablässig aufgewertet, und das was ist, ist bereits überholt. Der Europäer heute hastet den Dringlichkeiten der stets schwindenden Gegenwart nach und leidet unter dem Zukunftsverlust. Die Moderne war vom Gedanken geprägt, dass die Geschichte einen Sinn hat, der Zeitgeist hingegen kann, zumindest im Westen, der Menschheitsgeschichte keine sinnvolle Perspektive mehr abgewinnen.
- 175 Im Zuge dieser Entwicklungen verbleiben bald als einzige Koordinaten des sozialen Lebens die Marktwirtschaft und die individuelle Identität. Doch der Markt hat für die Individuen zur Festigung ihrer Identität lediglich eine Vielzahl unterschiedlicher und disparater Angebote bereit. Als Angebot kollektiver Identifikation kann das nicht wahrgenommen werden. Die Gesellschaft entwickelt sich so zu einer blossen Summe von „Ichs“; ein kollektives Bewusstsein, das sich auf ein „Wir“ hin entwirft, stösst an Grenzen. Der nahtlose Übergang von individueller Identität zum Marktbereich blendet den öffentlichen Raum aus – Ort des Politischen, Vermittler kollektiver Bezugsgrößen für das Individuum und sozialdienlicher Marktregulierungen.
- 176 Doch dieser „Kurzschluss“ zwischen Individuum und Marktbereich ist untragbar. Der Mensch bleibt ein soziales Wesen. Er verspürt das Bedürfnis, sich mit einer Gemeinschaft zu identifizieren, die er sich zu eigen macht. Dieses Bedürfnis aber kann der Markt nur ungenügend abdecken, bietet er doch keine echte menschliche Kommunikation an, sondern lediglich die funktionelle Beziehung zum Anderen. Es entsteht eine Leere, geschaffen durch die Schwächung des öffentlichen Raums.
- 177 Die heutige Gesellschaft versucht, diese Leere auszufüllen. Indizien für dieses Bemühen sind an den Antworten auf die Konsultation ablesbar, etwa am Wunsch, zu gemeinsamen Werten zurückzufinden oder die Familie aufzuwerten. Ein weiteres Symptom dafür ist der Rückzug auf die eigene Identität mit nationalistischer, ethnischer oder religiöser Stossrichtung, wie er in der Schweiz und überall in der Welt zu beobachten ist. Dem gesellschaftlichen Auseinanderbrechen steht nicht zuletzt die Suche der Jugend nach neuen Gruppierungen mit eigenen Codes und eigenen Riten gegenüber.
- 178 Auf diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb es so schwierig geworden ist, überhaupt einen neuen politischen Entwurf zu formulieren. Voraussetzung für jeden politischen Entwurf ist nämlich eine kollektive Identifikation, die über die Zugehörigkeit zu einer Kultur, einer Gruppe oder einer spezifischen Religion hinausgeht. Der politische Entwurf impliziert einen gemeinsamen Wertehorizont und ein Kommunikationsverfahren zur Ausformulierung eines die vielfältigen Sonderinteressen übersteigenden Konsenses. In diesem Sinn war die Schweiz stets mehr als eine durch einheitli-

che Sprache, Kultur oder Ethnie definierte Nation, sondern bewusst eine „Willensnation“. Der Willen zur Gemeinschaft ist eine Leistung, die kollektiv immer wieder zu erbringen ist; ein zerbröckelnder Wertekonsens stellt deshalb für ein Land wie die Schweiz eine besondere Gefahr dar.

- 179 In dieser Konstellation liegt aber gerade auch die Chance der Schweiz. Pluralität ist für sie kein leeres Wort; die Schweiz ist vielfältig aufgrund ihrer ländlichen wie urbanen Wurzeln, ihrer religiösen Konfessionen, ihrer Kulturen. Die Geschichte der Schweiz kann denn auch als unablässige Suche nach einer kollektiven Identität gelesen werden, über alle Besonderheiten der sie konstituierenden Gruppen und Gemeinschaften hinweg. Zu danken ist jenen Männern und Frauen, die seit dem Mittelalter bis in die heutige Zeit sich immer wieder für die Überwindung der eng begrenzten Interessen bestimmter Regionen, Konfessionen oder anderer Gruppen eingesetzt haben – um des politischen Zusammenhalts willen. Die aktuellen Vorschläge bezüglich der Erneuerung des demokratischen Instrumentariums zeugen von der Vitalität dieser Suche.
- 180 Die Herausforderung ist heute gerade deshalb so gross, weil mit der Durchlässigkeit nationaler Grenzen im Namen einer globalisierten Wirtschaft die Versuchung steigt, sich auf die Identität der nationalen, ethnischen oder religiösen Gemeinschaft zurückzuziehen. Doch gestern wie heute sind für das Gemeinwesen engagierte Menschen bereit, diese Herausforderung anzunehmen und sich auf den Weg zu einer neuen zivilgesellschaftlichen Identität, zu einem neuen politischen Entwurf zu begeben. Der Aufbau der europäischen Einheit wie das allmähliche Herausbilden einer europäischen und weltweiten Zivilgesellschaft zeigen, dass es möglich ist, neue öffentliche Räume zu schaffen, die geeignet sind, den Markt zu regulieren und den Menschen neue kollektive Bezugsgrößen zu vermitteln. Dieses Streben nach einem gemeinsamen Entwurf über die Vielfalt der Individuen und der Gemeinschaften hinweg deckt sich mit unserem Bemühen um eine auf gemeinsamen Werten basierende Gesellschaft.

Unser Anhaltspunkt:

Das Gemeinwohl als Orientierungsgrösse

- 181 Wer an Christus glaubt, versteht sich nicht bloss einer bestimmten menschlichen Gemeinschaft zugehörig, sondern auch der Gemeinschaft Gottes. Entsprechend ist für das persönliche Leben die Zugehörigkeit zu einer besonderen Kultur wichtig, doch über die Unterschiede von Sprache, Gewohnheiten und Religion hinweg fühlen wir uns mit allen Bewohnern dieses Landes und dieser Erde verbunden. In diesem Zusammenhang erinnern wir - bei aller Anerkennung der heutigen Wirklichkeiten – daran, wie wichtig ein öffentlicher Raum ist, der die Integration aller begünstigt.
- 182 Heute mehr denn je ist es Aufgabe des Staates, für das *Gemeinwohl* zu wirken. Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil definiert die römisch-katholische Kirche das Gemeinwohl als „die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen“ (Pastoralkonstitution „*Gaudium et Spes*“, Nr. 26.1). Diese Bedingungen beinhalten gemäss den amerikanischen Bischöfen „das Recht, materielle Bedürfnisse zu befriedigen, die Garantie grundlegender Freiheiten und den Schutz der Beziehungen, die für die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben notwendig sind“ (Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz der USA, „*Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle*“, 1988, Ziff. 79). Die protestantische Tradition ist sich der Fallstricke stärker bewusst, die sich hinter dem Begriff des Gemeinwohls verbergen können. Es ist nicht absolut zu setzen, damit es nicht totalitär wirkt. Das staatliche Gesetz, gerade wenn es auch zum moralischen Gesetz wird, kann das Gemeinwohl nicht definieren, denn dann „wird das Ergebnis nicht ein Mehr

an Humanität, sondern das Gegenteil davon sein“.¹² Den Vorrang muss die Sorge für den Anderen in seiner eigenen Lebenswelt haben. Deshalb ist das Gemeinwohl ein Anhaltspunkt für die gesellschaftliche Orientierung, der nur im Zusammenwirken definiert und verwirklicht werden kann. Gemeinwohl ist es nur, wenn es von grundsätzlich allen Menschen als solches anerkannt wird.

- 183 Das Gemeinwohl kann nur gemeinsam verwirklicht werden. Deshalb ist jeder Bewohner, jede Bewohnerin des Landes aufgerufen, jenseits des individuellen Horizonts die eigene Perspektive auszuweiten und den Blick auf den Anderen zu richten, auf das soziale Leben hier und auf die Lebensbedingungen überall auf der Welt. In dieser Perspektive ist das Gemeinwohl moralisch verpflichtend. Das will heissen, dass wir bei der Gestaltung unseres Lebens der Tatsache Rechnung tragen sollen, dass wir mit anderen leben und dass es an jedem und jeder Einzelnen liegt, das Zusammenleben, die Koexistenz zu fördern. Das Gemeinwohl ist auch eine Verpflichtung für alle jene, die politische Entscheidungen treffen müssen; solche Entscheidungen müssen dem Wohl des/der Einzelnen dienen, das gedeihliche Zusammenleben der sozialen und kulturellen Gruppen innerhalb der Gesellschaft fördern und zur Entwicklung der ganzen Menschheitsfamilie beitragen. Der Begriff des Gemeinwohls ist eine Einladung, das richtige Gleichgewicht zu finden zwischen der Wahrung legitimer Sonderinteressen und dem allgemeinen Interesse der Gesamtgesellschaft.
- 184 Die Schweiz blickt auf eine solide föderalistische Tradition zurück. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sind die Beziehungen zwischen Individuen, zwischen privaten und staatlichen Institutionen stark von liberalem, republikanischem Gedankengut geprägt. Dieses zweifache geschichtliche Erbe lädt dazu ein, die Aktualität den Grundsatz der *Subsidiarität* in Erinnerung zu rufen, auf den sich die Soziallehre der katholischen Kirche wie die protestantische theologische Tradition berufen. Subsidiarität besagt, dass das, was zu tun ist, von der dazu am besten geeigneten Kompetenzebene getan werden soll. Dort, wo eine Person, eine private Instanz eher als eine öffentliche Institution in der Lage ist, ein bestimmtes Problem zu lösen, soll die Privatinitiative den Vorrang haben. Dort, wo der Staat zum Handeln am besten geeignet ist, soll er über die entsprechenden Kompetenzen und Mittel verfügen. Innerhalb der staatlichen Aufgaben- und Kompetenzverteilung soll der lokalen Ebene zustehen, was hier am besten gelöst werden kann, und auf die nationalen, internationalen oder supranationalen Instanzen sind jene Probleme zu übertragen, die auf dieser Ebene zu lösen sind. Das Subsidiaritätsprinzip vermag nicht im konkreten Fall zu entscheiden, was auf welcher Ebene anstehen soll. Der Begriff Subsidiarität ist ein allgemeiner Gesichtspunkt, der in Erinnerung ruft, dass der Entscheid, wieviel Autonomie und wieviel Lasten den Privaten, den lokalen und übergeordneten Instanzen zugemutet werden soll, nicht von irgend einer Ideologie her getroffen werden soll; vielmehr steht damit ein ethischer Entscheid über humane Qualitäten (u.a. der Bürgernähe, im Zusammenhang mit dem Menschenbild, mit der Partizipation an Entscheidungen etc.) an, der eine offene Kommunikation und Meinungsbildung erfordert.
- 185 Heute sollte das Subsidiaritätsprinzip helfen, zu unterscheiden zwischen dem, was unter das Gemeinwohl fällt, also unter der Kontrolle des Staates bleiben soll, und dem, was vollständig an private Instanzen delegiert werden kann. So ist etwa in der Debatte über die Privatisierung von Diensten, die bisher weitgehend dem Gemeinwesen oblagen, diesem Prinzip Rechnung zu tragen. In ähnlicher Weise ist anhand des Grundsatzes der Subsidiarität zu eruieren, wie gross die mit einem Sondergut befasste Gemeinschaft ist. Ist diese Kollektivität kommunal, kantonal, regional, national, europäisch oder global? Über ein Gut wie Luft oder Klima etwa sollte mindestens auch auf kontinentaler Ebene befunden werden, ohne dass damit die Verantwortlichkeit der Einzelnen und der Unternehmen, der lokalen, regionalen und nationalen Instanzen beschränkt wird.

¹² Arthur Rich: Wirtschaftsethik II. Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialetischer Sicht. Gintersloh 1990, S. 228.

Wege und Ansätze:

Den politischen Zusammenhalt stärken

186 Wenn, wie bereits oben ausgeführt, der Gehalt des Gemeinwohls nur kollektiv definiert werden kann, dann muss die öffentliche Debatte belebt und die Rolle des Staates und seiner verschiedenen föderalen Stufen geklärt werden. Der Staat ist als einzige Instanz in der Lage, demokratisch beschlossene Optionen umzusetzen. Die nachstehenden Vorschläge, die wir heute zur Diskussion stellen, haben also mit dem Schutz der Minderheiten, der Rolle des Staates und dem Funktionieren der Demokratie zu tun. Wir unsererseits werden weiterhin die öffentliche Debatte fördern, wie wir es im Rahmen der Ökumenischen Konsultation getan haben. Das Institut für Sozialethik des SEK und die Nationalkommission *Justitia et Pax* der SBK werden diese Aufgabe wie bisher auch in den kommenden Jahren wahrnehmen.

Schutz der Minderheiten

187 Der *Minderheitenschutz* ist in unserem Land ein zentrales Element des Gemeinwohls. Praktisch bei jeder eidgenössischen Abstimmung taucht die Frage auf, welche Sprachregion wohl in die Minderheit versetzt werde. In allen politischen Parteien treten bestehende kulturelle Differenzen mehr und mehr offen zutage. Dass die kulturelle Vielfalt in unserem Land zu unterschiedlichen politischen Optionen führen kann, ist durchaus normal. Doch Vielfalt und Divergenzen sollten die Suche nach solchen Lösungen stimulieren, mit denen die meisten, wenn nicht alle leben können. Denn, und das ist Auftrag der Politiker und Politikerinnen, politische Entscheide müssen zu einem gedeihlichen Zusammenleben der sozialen und kulturellen Gruppen in unserem Land beitragen. Deshalb sind in den Parteien selbst wie auch im Parlament und in der Verwaltung Vorschläge zur optimalen Gestaltung des Zusammenlebens der verschiedenen Sprachgemeinschaften auszuarbeiten.

188 Zu bedenken ist allerdings, dass eine Minderheit nicht ausschliesslich durch Sprache oder Kultur bestimmt ist. Wird allzusehr auf die Sprachgrenzen fokussiert, riskiert man die Vielfalt innerhalb jeder Gemeinschaft zu übersehen. Divergenzen sind nämlich zuallererst politisch und nicht kulturell geprägt. Wenn ein Sachverhalt in einer Sprachregion eine Mehrheit findet, dann findet er in den übrigen Regionen zumindest die Zustimmung einer Minderheit. Verheerend wäre, wenn solche Divergenzen einem ethnisch gefärbten Rückzug auf die eigene Identität – z.B. als Deutschschweizer, als Romands – Vorschub leisteten. Jeder Versuch, sich kultureller Unterschiede zu bedienen, um bestimmten politischen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, ist zu verurteilen. Wir fordern eine offene Diskussion über politische Optionen, um so zu Beschlüssen zu gelangen, die in gegenseitigem Respekt akzeptiert werden. Wir danken den Politikerinnen und Politikern, die im Bewusstsein ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit in diesem Sinne politisieren.

Anerkennung der öffentlichen Interessen

189 Zur Zeit wird heftig über die *Privatisierung* von Bundesbetrieben und über die Rolle des Staates debattiert. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, wie die künftige Rechtsform von Post, Eisenbahn, Energie- oder Wasserversorgung aussehen soll. Entscheidendes Kriterium für uns ist: Die gewählte Rechtsform muss das Gemeinwohl gewährleisten, das heisst allen Bewohnerinnen und Bewohnern des Landes erlauben, in gleichem Masse davon zu profitieren, und das Zusammenleben der verschiedenen sozialen, kulturellen und sprachlichen Gruppen in unserem Land begünstigen. Zu verhindern gilt es, dass eine Randregion aus Rentabilitätsgründen von wichtigen Dienstleistungen abgeschnitten wird, denn das würde bedeuten, Sonderinteressen auf Kosten des Gemeinwohls zu privilegieren. Auch Beschlüsse, die eine Sprachregion gegen eine andere Bevölkerungsgruppe, etwa die Bauern, ausspielen würden, liefen dem Grundsatz des Gemeinwohls in seiner zweifachen Bedeutung zuwider: das Wohl des Einzelnen und das Gut des Zusammenlebens.

- 190 Die Privatisierungsdebatte macht eine allgemeinere Problematik offenbar: Wie weit ist die Autonomie der öffentlichen Gewalt gegenüber Privatinteressen gesichert? Was sind private Güter, die am besten über den Markt produziert und konsumiert werden, und was sind öffentliche Güter, bei denen der Marktmechanismus kein ethisch akzeptables Resultat zustande bringt? Das soll anhand von zwei Beispielen erläutert werden.
- 191 Das erste Beispiel betrifft die *Steuerpolitik*. Nicht selten liefern sich Kantone und Gemeinden einen harten Wettbewerb, wenn es darum geht, grosse Vermögen oder neue Unternehmen anzulocken. Mittel zum Zweck sind dabei Steuersenkungen oder Steuererleichterungen. Ist das nicht insofern illoyale Konkurrenz, als jeder Kanton und jede Gemeinde auf eine gesunde finanzielle Basis angewiesen ist, aber von seiner Geographie und Struktur her ganz andere Voraussetzungen hat, die man aber nicht „im Griff“ hat? Die zahlreichen Anläufe zur Steuerharmonisierung innerhalb der Kantone oder auf Bundesebene stossen auf harten Widerstand und sind häufig auf halbem Weg stecken geblieben. Heisst es nicht, die Autonomie der öffentlichen Gewalt zu gefährden, wenn die so geködderten Personen und Unternehmen jederzeit mit dem Wegzug in ein anderes „Steuerparadies“ drohen können? Angesichts solcher Fragen fordern wir die Bundesbehörden auf, das Projekt einer Steuerharmonisierung erneut anzugehen. Gewiss, Steuerharmonisierung ist kein Allerweltsheilmittel, doch gilt es zu vermeiden, dass die Kantone zu „Geiseln“ potenter Steuerzahler werden. In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, dass die Fiskalpolitik zum Instrumentarium der Umverteilung des Reichtums oder zumindest des Ausgleichs von allzu stossenden Einkommensunterschieden gehört (vgl. Kapitel 6).
- 192 Das zweite Beispiel betrifft die *Forschungspolitik* an den Universitäten und Hochschulen unseres Landes. Die Forschungsinstitute werden gedrängt, ihre Forschungsergebnisse zu verkaufen und sich stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft zu orientieren. Aus diesem Grund wird die Forschung im technisch-wissenschaftlichen Bereich, wo langfristig die Aussicht auf die Öffnung neuer Märkte besteht, auf Kosten der Geistes- und Sozialwissenschaften begünstigt. Doch Forschung im letztgenannten Bereich ist für die Entwicklung des Landes genauso notwendig. Mit ihrer Hilfe können beispielsweise die öffentlichen Instanzen und die Bürger und Bürgerinnen eruieren, welche sozialen Bedürfnisse die Marktwirtschaft nur teilweise befriedigt. Wir bestreiten die Legitimität privater Interessen nicht; sie haben ihren Platz in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Aber der Staat muss sicherstellen, dass die Bürger und Bürgerinnen über die zur Entscheidungsfreiheit nötigen Mittel verfügen. Fundierte Kenntnisse gesellschaftlicher Entwicklungen sind die unabdingbare Voraussetzung dafür, den Gehalt des Gemeinwohls zu bestimmen. Deshalb fordern wir, die Förderungspolitik für die Geistes- und Sozialwissenschaften sei zu überprüfen, damit diese Bereiche weiterhin ihren Auftrag im Dienste der Gesamtgesellschaft wahrnehmen können.

Eigenverantwortung in der Demokratie

- 193 Häufig werden *Eigenverantwortung* und Rolle des Staates als Gegensatz präsentiert – eine simplifizierende Sicht. Kein demokratischer Staat kann richtig funktionieren, wenn er nicht auf Eigenverantwortung zählen kann. Doch der Horizont dieser Eigenverantwortung beschränkt sich nicht auf die Verteidigung privater Interessen. Eigenverantwortung ist auch dann gefordert, wenn es um das Wohl des Anderen und um das Wohl aller geht. Ausgeübt wird sie in erster Linie im öffentlichen Leben, etwa bei Abstimmungen. Deshalb rufen wir alle Bürger und Bürgerinnen dieses Landes auf, das politische Geschehen engagiert zu verfolgen und aufgrund informierter Meinungsbildung sich aktiv an Abstimmungen und Wahlen zu beteiligen.
- 194 Die *Medien* spielen im öffentlichen Meinungsbildungsprozess eine grosse Rolle. Diese „vierte Gewalt“ erleichtert in mancher Hinsicht eine echte Kommunikation. Die Medien sind ein Forum für den kontroversen und zugleich respektvollen Umgang mit unterschiedlichen Meinungen und Identitäten. Doch der harte Konkurrenzkampf unter den grossen Medienkonzernen und der auf den

service public ausgeübte Druck bewirken tendenziell eine Segmentierung des Publikums nach kommerziellen Gesichtspunkten und auf Kosten der öffentlichen Debatte, in die eigentlich alle Gruppen einbezogen sein sollten. Deshalb unterstreichen wir die Bedeutung der Medienvielfalt. Die Medien sollten nicht nur einem eng begrenzten Kundensegment dienen, sondern ihrer Rolle als öffentliche Plattform gerecht werden. In dieser Perspektive wünschen wir innerhalb des Bereichs der elektronischen Medien die Beibehaltung eines starken *service public* und fordern echte Unterstützung für die Bewahrung der Pressevielfalt. Wir ermutigen zudem die Journalisten, ihrem Berufsethos treu zu bleiben und allen Druckversuchen zu widerstehen, die darauf abzielen, den Sensationsjournalismus auf Kosten der Hintergrundinformation zu privilegieren.

195 Die Medien allein genügen zur Heranbildung einer öffentlichen Meinung nicht. *Neue Bildungs- und Informationsinstrumente* sind nötig, um die Beteiligung an der demokratischen Debatte qualitativ zu verbessern. Was in den Vorlagen, über die der Souverän abzustimmen hat, auf dem Spiel steht, bleibt oft dunkel, fehlt doch der klare Blick für Langzeitwirkungen. Selbst den Parlamenten fehlen häufig Zeit und Mittel, sich eingehend mit den ihnen unterbreiteten Vorlagen zu befassen. Dann bleibt den Parlamentariern nichts anderes übrig, als auf die Arbeit ihrer Kollegen, der Experten oder schlicht der Verwaltung zu vertrauen. Deshalb wünschen wir, dass die Schweiz auf lokaler (Gemeinde oder Quartier), kantonaler, regionaler oder nationaler Ebene Organe bestellt, die sich mit langfristigen Zukunftsperspektiven befassen. Dabei denken wir an Institutionen wie die vom *Forum interparlementaire romand* für die Westschweiz vorgeschlagene *Assemblée prospective* oder die da und dort geschaffenen oder geplanten lokalen oder kantonalen *Zukunftsräte*. Mit Blick auf die technologische Entwicklung unterstützen wir auch die in den letzten Jahren entstandenen Bürgerforen (*PubliForum*). Solche Organe könnten den Zwängen des kurzfristigen Denkens entgegen und die Beschlüsse von Parlamenten und Souverän besser vorbereiten.

Übersetzung: Elisabeth Mainberger-Ruh (Zürich)

Kapitel 8:

Schweiz - Welt

196 *Eine eher kleine Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Konsultation hat in ihren Antworten das Verhältnis Schweiz – Welt erwähnt. Aber als verantwortliche Kirchenleitungen der Schweiz möchten wir die Situation der Schweiz in der Welt aufgreifen. Wir sind der Ansicht, dass es sich um ein wichtiges Zukunftsthema unseres Landes handelt. Dazu liegt uns als Repräsentanten weltweiter Institutionen das Verhältnis zur Welt besonders am Herzen. Die Antworten, welche die Internationalisierung der Wirtschaft unter dem Schlagwort „Globalisierung“ zur Sprache gebracht haben, bestätigen unsere Ansicht, dass sich die Schweiz in einer Welt, in der die Globalisierung noch an Bedeutung gewinnt, sich selber neu verstehen muss, und zwar sowohl in ökonomischer, politischer als auch kultureller Hinsicht.*

Aus den Stellungnahmen

Die Schweiz in der global wahrgenommenen Welt

197 Die Mehrheit der Antworten zum Verhältnis Schweiz – Welt stimmt darin überein, dass für unser Land eine grössere internationale Öffnung wichtig ist, damit sie die Verantwortlichkeiten in der Welt besser wahrnehmen kann. Die Meinungen über die Beweggründe zu dieser Öffnung und über die konkreten Schritte dorthin liegen aber noch weit auseinander. Für die einen sind es vor allem die Entwicklungszusammenarbeit, die Einrichtung von akzeptablen sozialen und ökologischen Mindeststandards sowie die Harmonisierung einer Steuer- und Finanzpolitik auf internationaler Ebene, die eine grössere Öffnung notwendig erscheinen lassen. Andere stellen die Notwendigkeit, sich international zusammenzuschliessen, um Probleme im eigenen Land wirksam angehen zu können, in den Vordergrund. Diese Stimmen sprechen sich für einen engeren Anschluss an die internationalen Organisationen aus. Eine dritte Gruppe schliesslich ist der Meinung, eine stärkere Integration auf internationaler und europäischer Ebene sei mit der Neutralität der Schweiz nicht vereinbar.

198 Breite Übereinstimmung hingegen herrscht darüber, dass die Globalisierung als Realität angenommen werden muss, und dass sie auf konstruktive Weise bewältigt werden kann. In wirtschaftlicher Hinsicht kann dabei der einseitige Schutz der eigenen Interessen, Protektionismus genannt, für die Schweiz mit ihrem umfangreichen Aussenhandel kein Weg in die Zukunft sein. Es liegt uns sehr daran, jenen zahlreichen Stimmen Gehör zu verschaffen, die flankierend zur wirtschaftlichen und kommunikationstechnischen Globalisierung mit allem Nachdruck eine globale Struktur auch bezüglich politischer, rechtlicher, sozialer und kultureller Aspekte fordern. Scharfe Kritik wird geäussert an einer bloss wirtschaftlich verstandenen Auffassung von Globalisierung, wenn diese vor allem dem weltweit eingesetzten Kapital nützt und mit sozialem Zerfall bezahlt werden muss. Die so auf ökonomische Bezüge eingeeengte Sicht schürt Ängste und Bedrohungsgefühle. Diese schaden einer politischen Öffnung der Schweiz auf eine globalisierte Welt hin und letztlich auch den berechtigten wirtschaftlichen Eigeninteressen aller Länder. Auch die Schweiz hat an der politischen Zukunftsaufgabe mitzuwirken. Sie muss mithilfe Instrumente der sozialverträglichen Wirtschaftsentwicklung und der umfassend verstandenen Globalisierung zu entwickeln und einzusetzen.

Unser Befund

Zunehmende gegenseitige Abhängigkeit: Die Schweiz ist keine Insel

- 199 Die Beziehungen unter den Staaten sind heute so gestaltet, dass Fortschritt und Wohlstand des einen Landes gleichermaßen Ursache und Wirkung von Fortschritt und Wohlstand anderer Länder sein können. Allerdings ist diese Wechselwirkung nicht ausgeglichen (symmetrisch). Sie führt nicht zwangsläufig zu Verhältnissen, in denen alle mit der Weltwirtschaft verknüpften Länder profitieren. Hier sei namentlich an die afrikanischen Regionen südlich der Sahara erinnert, die von den positiven Wirkungen des Globalisierungsprozesses weitgehend ausgeschlossen sind. Der globalen wirtschaftlichen Organisierung der Welt freilich hinterher hinkend, lassen sich allmählich Entwicklungen zu einer sich auch politisch organisierten Weltgesellschaft erkennen. Gleichzeitig setzen sich aber auch immer wieder Einzelinteressen mächtiger Staaten durch. Dieser so genannte *Mono-lateralismus* steht unverzichtbaren Formen der Zusammenarbeit zwischen vielen Partnern (multilaterale Kooperation) entgegen. In dieser widersprüchlichen Lage erfordert das Bestreben zu gemeinsamen globalen Problemlösungen einen moralischen und politischen Wandel von den einzelnen Ländern. Dies betrifft in erster Linie die weltpolitisch starken Nationen, die ihre Interessen auch allein durchsetzen könnten. Ein solcher innerer Wandel wird es ermöglichen, zu einem gemeinsamen Willen des Zusammenlebens zu finden und die politischen, rechtlichen und ökonomischen Institutionen zu schaffen, die diesem gemeinsamen Willen dienen, und zwar sowohl auf der internationalen als auch auf der nationalen Ebene. Dieselben Forderungen gelten aber auch gegenüber den kleineren Staaten. Sie besonders sind auf eine neu gefasste und faire Ordnung für die weltweite Zusammenarbeit angewiesen. Die entsprechende moralische und politische Umformung (Transformation) ist deshalb ein bedeutender Teil des Wandels, in dem sich auch unser Land befindet.
- 200 Die gegenseitigen Abhängigkeiten sind so eng und komplex geworden, dass es nur noch eine allen Ländern gemeinsame soziale und wirtschaftliche Entwicklung geben kann. Ausschluss aus der internationalen Zusammenarbeit, Isolation und Rückschritt wären der Preis für ein Abseitsstehen. Das Gemeinwohl stellt heute eine universelle Aufgabe dar. Die Vorsorge für die Sicherheit der Bevölkerung kann nicht mehr von einem Land allein bewältigt werden. Seien es das Klima des Planeten, die Verschmutzung von Luft und Wasser, die Nutzung von gemeinsamen Rohstoffen und Reichtümern, Aids und andere Epidemien, Hunger, Gewalt und Krieg: diese Probleme machen vor Staatsgrenzen nicht halt. Sie können nur gemeinsam gelöst werden. Das Postulat eines weltweiten Gemeinwohls bestärkt den Anspruch, weltweit Lösungen zu finden. Es macht deutlich, dass diese gemeinsame Aufgabe jedes einzelne Land in Pflicht nimmt.

Die Schweiz im Konzert der Nationen

- 201 Wie andere Nationen die Hilfe der Schweiz brauchen, so ist auch die Schweiz als kleines Land auf die Unterstützung und Zusammenarbeit anderer Länder angewiesen. Die Funktionstüchtigkeit der Schweizer Wirtschaft und ihrer Handelsbeziehungen, die Möglichkeit, sich auf der internationalen Szene Gehör zu verschaffen, die Verteidigung der Menschenrechte, der Umgang mit den aus der Migration resultierenden Spannungen, der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, wissenschaftliche und technische Forschung, die Sicherheit von Atomanlagen und die Bewältigung der Klimaveränderung, die Bildung der Jugend, der Austausch von arbeitenden und wissenschaftlich tätigen Menschen, die Sicherung friedlicher Beziehungen zwischen den Ländern, dies alles sind Aufgaben, bei deren Lösung die Schweiz auf Hilfe und Zusammenarbeit mit anderen Nationen angewiesen ist.
- 202 Die Schweiz hat ausserdem – wie zahlreiche andere westliche und östliche Nationen – in der Vergangenheit oft mehr von den Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern profitiert, die sich in Entwicklung befinden, als diese Länder selbst. Sie profitiert noch heute von den strukturellen Ungleichheiten, beispielsweise durch den Import billiger Textilien, die in diesen Ländern nur allzu

häufig unter unmenschlichen Arbeits- und Lohnbedingungen hergestellt werden. Gerechtigkeit als sowohl weltweit anerkannter als auch christlicher Grundwert und Gleichheit, verstanden als Forderung nach gleicher Geltung der Menschenwürde und der Menschenrechte für alle Menschen, verlangen von den westlichen Nationen, nicht nur jede Benachteiligung von Ländern im Umbruch, den sogenannten Transformationsländern im Osten, und von Entwicklungsländern im Süden zu vermeiden. Vielmehr begründen diese Werte die Pflicht, sich auch wirksam für eine bessere Verteilung von Ressourcen und Reichtümern einzusetzen. Entwicklungspolitik, die sich über finanzielle und technische Zusammenarbeit hinaus auch für globale Strukturreformen einsetzt, ist ein wichtiges Instrument in diesem Sinn.

Schweizerische Aussenpolitik

- 203 Mit der neuen, 1999 von Volk und Ständen angenommenen Bundesverfassung hat sich die Schweiz eine klare, an ethischen Grundsätzen orientierte Grundlage für die Aussenpolitik gegeben. Schon in der Präambel zeichnet sich ab, dass eine an der reinen „Behauptung der Unabhängigkeit *gegen*“ orientierte Aussenpolitik, wie sie noch in der alten Verfassung begründet war, überwunden ist zugunsten einer Aussenpolitik des globalen Miteinander: Das Schweizervolk und die Kantone geben sich die neue Verfassung „im Bestreben, ... Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken“. Im Zweckartikel Art. 2 BV (neu) wird dies konkret entfaltet: Die Schweiz „setzt sich ein für die dauerhafte Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung“. Unabhängigkeit nicht *gegen*, sondern mit dem „*Aussen*“ ist also die Devise. Des rückt die *universalen Werte der ökologischen Nachhaltigkeit sowie des Friedens und der Gerechtigkeit* ins Zentrum, die nur im Rahmen einer *internationalen Ordnung* verwirklicht werden können. Diese Formulierungen kommen einer ethischen Betrachtung der weltweiten zwischenstaatlichen Beziehungen entgegen, wie sie die beiden Kirchen und ihre Hilfswerke auf der Grundlage des universalen Anspruchs und Zuspruchs der Botschaft Jesu vertreten.
- 204 Dieses weltpolitische Verfassungsziel ist in Art. 54 der neuen Bundesverfassung entfaltet: Der Bund setzt sich demnach ein „für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.“. Im *Aussenpolitischen Bericht 2000* konkretisiert der Bundesrat dieses aussenpolitische Leitbild und führt aus, wie die Schweiz die inhaltlichen Eckpfeiler der Menschenrechte, der Friedenspolitik, der sozialen Gerechtigkeit und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen unter den modernen Herausforderungen angesichts der umfassenden Globalisierung praktisch verwirklichen kann. Durch das Engagement im Dienste der Entwicklung sowie durch die praktische Mitarbeit und die massgebliche Mitfinanzierung in einer Vielzahl internationaler Organisationen, die das teilweise verbreitete Bild einer isolationistischen Politik korrigieren, will die Schweiz zu einer solidarischen Weltgemeinschaft beitragen.
- 205 Eine Mitwirkung auf internationaler Ebene setzt entsprechende Instrumente voraus. Je nach Aufgabe und Intensität handelt es sich dabei um zweiseitige (*bilaterale*) sowie mehrseitige (*multilaterale*) Vereinbarungen genauso wie um internationale Organisationen. Sie dienen dem Austausch und Dialog, der internationalen Koordination und Kooperation sowie der Vereinbarung verbindlicher Regeln der internationalen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Beziehungen. Die beteiligten Staaten engagieren sich in der Kontrolle der Einhaltung der von ihnen getroffenen Vereinbarungen. Im Falle verbindlicher Regeln für alle akzeptieren sie auch Kontrollen internationaler Instanzen wie z.B. den *Überwachungskomitees der beiden Menschenrechtspakte und Konventionen*, der *Internationalen Arbeitsorganisation ILO*, der *Welthandelsorganisation WTO* und des *Internationalen Währungsfonds*. Dies ist der notwendige Preis für die Teilhabe an der Ordnung, die durch das Geflecht all dieser Institutionen, Verträge und Organisationen zur

durch das Geflecht all dieser Institutionen, Verträge und Organisationen zur Wahrung der internationalen Handels- und Finanzbeziehungen, der Sicherheit und der Zusammenarbeit gebildet wird.

206 Die Schweiz ist Partnerin einer Fülle von Verträgen und Mitglied zahlreicher internationaler Organisationen, die meistens zum umfassenden Netzwerk des UNO-Systems zählen. Sie nimmt als aktive Partnerin an deren Programmen teil. Etliche dieser Institutionen haben ihren Sitz in der Schweiz und werden von unserem Land besonders unterstützt. Allein der zentralen Institution, in der fast alle Fäden zusammen laufen und die wichtigsten Entscheidungen getroffen werden, ist die Schweiz bisher ferngeblieben: der UNO selbst. Dennoch zehrt die Schweiz indirekt auch von ihr. Denn ohne die von der UNO gewährleistete *politisch-rechtliche Infrastruktur* – soweit es die Interessen der einzelnen Staaten zulassen – kann heute kein Land mehr seine Sicherheit und seine Interessen wahren. Deshalb setzen und setzen sich die Verantwortlichen der beiden Kirchen für ein volles Mitmachen der Schweiz im System der UNO ein.

Neutralität als Diskussionspunkt.

207 Als eines der hauptsächlichsten Hindernisse einer besseren Integration der Schweiz auf internationaler Ebene gilt im Inland das *Neutralitätsprinzip*. Diese traditionelle Maxime, welche in der alten Bundesverfassung eines der wesentlichen Instrumente der Aussenpolitik war, ist im Bewusstsein eines grossen Teils der Bevölkerung tief verankert. Neben den in der neueren Geschichte zu ihrer weltpolitischen Legitimation hinzugefügten Maximen der Humanität und der guten Dienste bildet die Neutralität ein wichtiges Element der nationalen Identität. Und weil die Aussenpolitik bis in die jüngste Zeit hinein weitgehend von der Innenpolitik abgekoppelt war und eine Domäne allein des Bundesrates und der Diplomatie bildete, war die Neutralität und das Idealbild, das sich von ihr verbreitete, über viele Jahre die einzige innenpolitische Legitimationsbasis der Aussenpolitik. Deshalb ist die Aussenpolitik innenpolitisch ungenügend verankert. Dieses Defizit gilt es durch Information und Bewusstseinsbildung zu überwinden.

208 Obwohl die Neutralität im öffentlichen Bewusstsein als wichtiger Teil der schweizerischen Identität gilt, ist sie zuerst als Mittel zu einem friedlichen und solidarischen Zusammenleben mit der ganzen Völkerfamilie zu verstehen und nicht als letztes Ziel schweizerischer Existenz. Als Mittel zur Wahrung der Unabhängigkeit steht sie in einem gewissen Kontrast zu dem, was viele Schweizerinnen und Schweizer tagtäglich erleben: dass die Schweiz in wirtschaftlicher, kultureller, sozialer, ökologischer, touristischer und finanzieller Hinsicht nicht einseitig unabhängig, sondern in enger gegenseitiger Abhängigkeit mit dem Rest der Welt lebt. Die Behörden tragen diesem Wissen durch eine offene, internationale Politik Rechnung, die jedoch von einem grossen Teil der Bevölkerung noch nicht in allen Teilen mitgetragen wird.

209 In Auseinandersetzungen zwischen anderen keine Partei zu ergreifen, kann eine Tugend sein, wenn man selber schwach und die anderen Parteien ebenbürtig sind. Bei den gemeinsamen Anstrengungen für die Schaffung einer gerechteren Welt abseits zu stehen, ist etwas anderes. Die Ungleichheiten in der Welt namentlich hinsichtlich der Lebenschancen der Menschen in den verschiedenen Ländern, der Bedrohung aufgrund von Ungerechtigkeiten und der Umweltprobleme (Ressourcenknappheit, Wassermangel etc.) führen zu Auseinandersetzungen in vielen Gegenden der Welt. Angesichts dieser Bedrohungen gilt es auch für die Schweiz, tatkräftig mit anzupacken. Dies kann bis zu einem gewissen Grade auf dem Weg der Gegenseitigkeit (bilateral) geschehen. Gerade dem Kleinstaat aber sind dabei um so engere Grenzen gesetzt, je mehr grosse Staaten ihre Interessenvertretung einseitig (*monolateral*) durchsetzen. Dies ist insbesondere bei der weltweit unabdingbaren Verminderung des Ausstosses von Kohlendioxyd (Kyoto-Abkommen) deutlich geworden. Selbst zweiseitige Zusammenarbeit setzt die Geltung einer minimalen internationalen Rechtsordnung voraus. Diese kann nur durch institutionalisierte Zusammenarbeit geschaffen werden – also im Rahmen von internationalen Organisationen und Vertragswerken. Diese internationale Zusam-

menarbeit ist auch unter der Maxime der Neutralität im Verbund mit den aussenpolitischen Grundwerten möglich. Aber wie in früheren Jahrhunderten wird sich das Verständnis der Neutralität auch in Zukunft mit den Veränderungen des internationalen Umfelds entwickeln müssen. Ohne auf die Neutralität zu verzichten, ist eine grössere internationale Solidarität für die Schweiz zweifellos möglich. Gerade auch als neutrales Land kann und muss sie im internationalen Zusammenwirken aktiver sein.

Unser Anhaltspunkt

Jesus verheisst sein Heil der ganzen Welt

- 210 Das Heil für die ganze Welt, das Jesus versprochen hat, lädt die Menschen ein, sich die Zukunft in einem Horizont vorzustellen, der den Rahmen von nationalen Grenzen übersteigt. Dass dieses universelle Heilsangebot keineswegs selbstverständlich ist, zeigt die biblische Erzählung der Begegnung Jesu mit der fremden Frau aus Syrophönizien (Mk 7,24–30) besonders deutlich. Diese Geschichte ist so berichtet, als ob Jesus vom Ansinnen der Frau, die als Fremde und Heidin Heilung für ihre Tochter erbat, überrascht sei. Das bedeutet, dass die Sendung Jesu keineswegs ausschliesslich auf das Volk Israel bezogen werden kann. Sein Heilsversprechen gilt auch den „Heiden“ – also den Menschen anderer Völker. In unseren beiden Kirchen gilt deshalb die Überzeugung des universalen Heilsangebots – auch wenn in der Praxis die Kirchen dem nicht immer nachlebten.
- 211 Heute stellt sich die Frage, welche konkrete Bedeutung diese Universalität haben könnte. Das Liebesgebot Jesu – dieser zweifache Appell der Gottes- und Nächstenliebe – ist die Kernaussage dessen, was Gott von den Menschen als Antwort auf sein umfassendes Heilsangebot erwartet. Darin sehen wir eine Einladung zu weltweiter Solidarität. Wenn Jesus Christus seine Zuhörer dazu einlädt, wie der Samariter im Gleichnis *selber* zum Nächsten jedes anderen Menschen zu werden, so will er damit ethnische oder religiöse Schranken überwunden wissen (Lk 10,30–37).
- 212 Die Kirchen versuchten immer wieder, in ihrer Lehre und Praxis und namentlich durch ihre Hilfswerke weltweit solidarisch zu sein. Man denke etwa an das missionarische Engagement (im Zusammenhang mit dem Kolonialismus, wie man heute weiss zwar nicht unproblematisch), an diakonische und caritative Unterstützung jeder Art, an Entwicklungszusammenarbeit, die zahlreichen Beziehungen zu den ärmsten Ländern. All diese Erfahrungen nähren das Interesse und die Leidenschaft für die Welt. Das drängt uns dazu, für die Solidarität der internationalen Gemeinschaft einzustehen.

Wege und Ansätze

Internationale Mitverantwortung

- 213 Wir haben im Abschnitt „Unser Befund“ auf die wachsende gegenseitigen Abhängigkeiten aller Länder hingewiesen. Das bedeutet, dass Verhaltensweisen und Entscheidungen der Schweiz weit über die engen Landesgrenzen hinaus wirken. Es gilt aber auch für die Schweiz, dass Wohlergehen und Sicherheit eines Landes nicht mehr unabhängig vom Wohlergehen und von der Sicherheit anderer Länder zu haben sind. Es reicht heute nicht aus, bei der Verfolgung der Eigeninteressen nur darauf zu achten, anderen keinen Schaden zuzufügen. Darüber hinaus braucht es Anstrengungen gemeinsame Ziele zu formulieren, die weder für die einen noch für die andern ohne gegenseitige Absprache und Hilfe erreichbar sind. Die in der Bibel überlieferte „Goldene Regel“: „Alles, was ihr von andern erwartet, das tut auch ihnen.“ (Bergpredigt, Mt 7,12), ist ein realistischer Massstab auch zur Beurteilung unserer internationalen Beziehungen: **Gegenüber anderen Ländern alles tun, was wir möchten, dass diese Länder uns gegenüber tun.**

- 214 Bezüglich der Beziehungen der Schweiz zur Welt halten wir einen Bewusstseinswandel für notwendig. Es wird immer dringender, dass die Schweizerinnen und Schweizer sich ein globaleres Denken aneignen und ihre Mitverantwortung gegenüber der Welt besser wahrnehmen. Die täglichen Gewohnheiten, das Konsum- und Investitionsverhalten, das politische Denken und Handeln müssen vermehrt in den grossen Zusammenhang gestellt werden, in dem sie tatsächlich stehen.
- 215 Wir ermuntern deshalb die Bevölkerung mit Nachdruck, sich ihrer internationalen Verantwortung bewusst zu werden. Der Schulunterricht, die verschiedenen Formen von Aus- und Weiterbildung, die Art und Weise des Geschichtsunterrichtes müssen es unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ermöglichen, in diesem breiteren Horizont zu denken und zu handeln. In dieser Hinsicht spielen die Medien eine entscheidende Rolle. Sie sind nämlich nicht nur Träger von Einzelinteressen, sondern sie ermöglichen vor allem weltweite Information und können so weltweite Verantwortung fördern (vgl. Kapitel 7). Wir unterstützen einschlägige Bildungsinitiativen, wie sie regelmässig von Hilfswerken durchgeführt werden, und ermutigen ihre Verantwortlichen, diese Tätigkeit intensiv weiterzuentwickeln.

Aktive Beteiligung in internationalen Institutionen

- 216 Die fortschreitende Globalisierung erfordert eine Stärkung des Völkerrechts. Die Vereinten Nationen spielen die entscheidende Rolle in der Verankerung und der Verteidigung dieses Rechtes, das dem friedlichen Zusammenleben und Zusammenwirken der Länder dient. Die Schweiz arbeitet an verschiedenen Konferenzen und Verhandlungen mit und erfüllt einen grossen Teil ihrer internationalen Verpflichtungen, ohne Mitglied der UNO oder der EU zu sein. Sie beschränkt sich gegenwärtig darauf, nur am Rande Einfluss nehmen zu können. Sie verzichtet so auf die von anderen Staaten wahrgenommenen „Club-Rechte“ – weil sie nicht zum „Club“ gehört. Diese paradoxe Situation scheint uns das Ergebnis einer unentschiedenen Haltung zu sein, die der Klärung bedarf. Wir haben dazu Stellungnahmen, in denen wir die Einbindung der Schweiz in die internationalen und europäischen Organisationen befürworten, im Jahre 2000 veröffentlicht.¹³
- 217 Als Verantwortliche von Kirchen fühlen wir uns verpflichtet, der universellen Geltung der Grundwerte, der Solidarität der Staatengemeinschaft und dem Frieden in Gerechtigkeit besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wir nehmen aufmerksam wahr, wie das Wohlergehen der Schweizerinnen und Schweizer immer stärker der friedenspolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gesamtlage des Globus verbunden ist. Kein einzelner Staat allein, sondern nur viele zusammen können das globale Gemeinwohl verwirklichen. Auf dieser Grundlage vertreten wir mit Nachdruck die Ansicht, dass die Politik der Öffnung, der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung der Staaten, wie sie auch dem Verfassungsauftrag entspricht und von den Bundesbehörden gepflegt wird, die Unterstützung aller verdient und dass weitere Schritte der Schweiz hin zur internationalen Öffnung und Zusammenarbeit notwendig sind. Wir sprechen uns deshalb für den Beitritt der Schweiz zur Weltorganisation der UNO aus.

Anpassung des Neutralitätskonzeptes und Friedensförderung

- 218 In den Debatten zum Beitritt der Schweiz zur UNO und zu anderen internationalen Vereinigungen – längerfristig zur EU – scheinen uns emotionale Reaktionen und unbestimmte Ängste zu überwiegen und die sachliche Argumentation zu verdrängen. Die anstehenden Entscheidungen sind Sache des Volkes, der politischen Gremien und Instanzen. Wir sind der Auffassung, dass die er-

¹³ Conférence des Evêques Suisses: Prodédure de Consultation sur l'adhésion de la Suisse à l'Organisation des Nations Unies, Fribourg 2000. – Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes: Vernehmlassung über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO), ISE-Texte 17/00, Bern 2000. Vgl. Rat des SEK (Hg.): Europäische Herausforderungen an den SEK und seine Mitgliedkirchen. Bern 2000.

wähnte Angst von einem Verständnis von Neutralität ausgeht, das unserer Zeit nicht mehr gerecht wird.

- 219 Will die Schweiz eine realistische Position im Konzert der Nationen finden, so muss sie die vorherrschende politische und moralische Neutralitätskonzeption überprüfen und so anpassen, wie es das Parlament 1993 aufgrund eines Bundesratsberichts begonnen hat.
- 220 Heute und auch in Europa sind die Probleme nicht mehr jene der Kriegführung zwischen Staaten, sondern allenfalls Bürgerkriege und Konflikte zwischen verschiedenen Volksgruppen, genannt Ethnien. Das organisierte internationale Verbrechen, Menschenhandel, Waffen- und Drogenhandel, Umweltverschmutzung und -zerstörung, Migration und Bekämpfung der Ursachen von Hunger sind heute die Herausforderungen, für welche die Staaten gemeinsam Antworten finden müssen. Dagegen kann die Neutralität nicht sinnvoll ins Spiel gebracht werden. Wo dies dennoch getan wird, führt es zu einer Isolation der Schweiz und zu einem Bild eines Landes, das seine internationale Verantwortung nicht wahrnimmt. Wenn sich allenfalls eine Grossmacht wie die USA in den Dreissiger Jahren den Alleingang (*splendid isolation*) leisten konnte, ist das für den Kleinstaat Schweiz zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr möglich. In diesem Sinne halten wir es für richtig, dass sich die Schweiz nicht an „friedensschaffenden Operationen“ (*peace enforcement*) beteiligt. Hingegen wünschen wir, dass unser Land in Solidarität mit anderen Staaten an international klar vereinbarten Massnahmen zur Friedenssicherung (*peace keeping*) mitwirkt.
- 221 Mit Genugtuung haben wir vom neuen sicherheitspolitischen Bericht der Schweizer Regierung, „*Sicherheit durch Kooperation*“, Kenntnis genommen. Wir unterstützen die darin zum Ausdruck kommende Haltung insofern, als Aspekte der Prävention und zivilen Friedensförderung vorrangig in das strategische Denken aufgenommen werden. Wir erkennen in der Forderung eines verstärkten internationalen Engagements der Schweiz, im Rahmen friedenssichernder und -fördernder Ziele, einen Beitrag zur Solidarität der Staatengemeinschaft. Diese Haltung darf mit Recht als moderne Form der historisch bedingten „Guten Dienste“ der Schweiz verstanden werden.

Nachhaltigkeit als Leitlinie: Internationaler Handel und Entwicklungspolitik

- 222 Zahlreiche Eingaben betonen die Notwendigkeit einer neuen *Entwicklungspolitik*. Durch ein umfangreicheres Engagement, das den dringenden Bedürfnissen der benachteiligten Bevölkerung von Entwicklungsländern Rechnung trägt, sollte das Volumen der Entwicklungszusammenarbeit vom gegenwärtig tiefen Niveau von 0,34 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) rasch angehoben werden. Wir erhoffen eine beschleunigte Erhöhung, damit auch die Schweizer Leistungen allmählich die 0,7-Prozent-Grenze erreichen, die von der UNO-Generalversammlung als universal gültiges Ziel vereinbart wurde. Die neue Zielsetzung des Bundesrates, die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz innert 10 Jahren auf 0,4 Prozent BSP zu steigern, verstehen wir als Schritt in diese Richtung.
- 223 Die Schweiz erzielt im *Handel mit Entwicklungsländern* regelmässig enorme Überschüsse. Sie kann die Importe aus diesen Ländern erhöhen und die Handelshindernisse für landwirtschaftliche Produkte aus ärmeren Ländern lockern. Ein ausgewogen gestalteter Handel kann zweifellos zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen bei den Ärmsten unter den Handelspartnern beitragen. Unser Land verfügt über einen Handlungsspielraum, den es zu diesem Zwecke nutzen kann. Auf privater Basis können einzelne, Unternehmen oder Verbände Massnahmen treffen, die einen *fairen Handel* ermöglichen, wie beispielsweise Verhaltenskodizes für Unternehmen und Massnahmen zum Schutz der Umwelt. Auf der internationalen politischen Ebene sind Verhandlungen von Massnahmen und Konventionen im Gange, bei denen die Schweiz ihre Stimme einbringen kann: so über Konventionen im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), über den Einbau von Umwelt- und Sozialstandards in die Grundregeln des Welthandels (WTO) und über den Schutz der

“Globalen öffentlichen Güter” (*Global Public Goods* wie Wasser, Umweltschutz, Menschenrechte, Frieden) .

224 Wir begrüßen die *positive Rolle unserer Hilfswerke* (Brot für Alle, Fastenopfer, Caritas und HEKS), welche sie nicht nur auf der nationalen, sondern auch auf der internationalen Ebene spielen. Wir schätzen die Kompetenz, mit der sie ihre Arbeit tun, und ermutigen dazu, ihre Kontakte mit den politischen Instanzen der Schweiz im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke noch zu intensivieren. In dem Masse, in dem sie sich nicht auf rein technisches Funktionieren zurückziehen, können sie den Bemühungen um die gerechte Verteilung von Ressourcen und Reichtümern ein menschliches Gesicht verleihen – im Bestreben, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen.

Verantwortung des Finanzplatzes im globalen Rahmen

225 Die grosse Bedeutung der Banktätigkeit in der Schweiz kann für eine wirksame Koordination im Hinblick auf eine gerechtere internationale Finanz- und Steuerpolitik genutzt werden. Politische und juristische Massnahmen, die eine grössere Transparenz garantieren, erlauben es, der organisierten Kriminalität im Finanzbereich besser Herr zu werden. Die Investitionen in Ländern des Südens oder des Ostens können begünstigt werden durch Garantieleistungen auch für private Kapitalien, wenn gewährleistet wird, dass die Mittel einer Entwicklung zugute kommen, welche den breiten Bevölkerungsschichten dient und die Umwelt schont (wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit). Der Erlass von Schulden aus öffentlichen Krediten und von Bankdarlehen jener Länder, die ihre Volkswirtschaft reformieren und Massnahmen gegen Kapitalflucht ergreifen, sowie die Rückgabe von illegal in der Schweiz deponierten Geldern scheinen uns geeignete Massnahmen im Hinblick auf gerechtere Beziehungen zu sein.

226 Als Modell für global vereinbarte Entschuldungsmassnahmen dient das Programm der „Kreativen Entschuldung“, das von unseren sozialetischen Fachstellen, dem Institut für Sozialethik und Justitia et Pax, entwickelt¹⁴ und von den kirchlichen Entwicklungsorganisationen durch eine Petition zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft 1991 lanciert wurde. Kernidee dieses Programms ist, die ausländische Schuld zu erlassen und die damit freigewordenen Mittel in Gegenwartsfonds der betreffenden Entwicklungsländer zu investieren; aus diesen Fonds können Entwicklungsprojekte finanziert werden, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet und mit ihnen gemeinsam entwickelt werden. Die zehnjährige Praxis dieses Programms, das gerade im laufenden Jahr evaluiert wurde, hat sich grundsätzlich bewährt, auch wenn seine Durchführung hohe Anforderungen stellt. Was den Erlass internationaler Schulden und das Insolvenzrecht betrifft, haben wir uns bereits zustimmend geäussert. Die Schweiz hat mit der Entschuldungsinitiative Pionierarbeit geleistet und kann sich weiterhin für ein nachhaltiges Schuldenmanagement einsetzen, indem sie zur Institutionalisierung eines fairen schiedsgerichtlichen Verfahrens für hochverschuldete arme Länder beiträgt.

227 Wir haben mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass die weiterführende Idee einer weltweit zu verwirklichenden globalen Steuer auf Devisentransaktionen (zuerst in der Form einer „*Tobin-Tax*“ lanciert) inzwischen auf breitere Unterstützung zählen kann und gleichzeitig konkret weiterentwickelt wird. Die Veränderungen in der globalen Finanzwirtschaft erfordern Anpassungen dieser Art, die wir nach unseren Möglichkeiten unterstützen (vgl. Kapitel 6-2).

¹⁴ Vgl. die Studie „Kreative Entschuldung – Désendettement créatif“, Institut für Sozialethik des SEK und Justitia et Pax (Hg.), 1990, welche den Grund gelegt hat für das Entschuldungsprogramm anlässlich der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft. Im Frühjahr 2001 legten die beteiligten Bundesbehörden (DEZA, seco) und die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke die Auswertung über die recht erfolgreiche Programmabwicklung während der letzten 10 Jahre vor.

Was wir tun können

- 228 Wir begrüßen die Gründung der *Solidaritätsstiftung* des Bundes als positive Initiative. Wir hoffen, dass sich alle Kreise der schweizerischen Bevölkerung hinter die Idee der Solidarität stellen und dass die Stiftung bald verwirklicht wird.
- 229 Schliesslich wollen wir alle Gemeinschaften, Pfarreien und Kirchgemeinden dazu ermutigen, sich aktiver in der Entwicklungspolitik und in der Partnerschaft zwischen Kirchen des Nordens und des Südens oder mit Ländern des Ostens zu engagieren. Der Kampf gegen Hunger, Armut und gesellschaftlichen Zerfall (Desintegration) ist, wie das Jesuswort: „Was ihr den Geringsten meiner Brüder und Schwestern getan habt ...“ (Mt 25,40) belegt, ein wichtiger Teil der christlichen Botschaft und des Zeugnisses, welches Christen und Kirchen in der Welt sichtbar machen. Dieses Engagement ist auch ein ausgezeichnetes Merkmal der Ökumene. Wir dürfen uns im Einstehen für die christliche Botschaft von konfessionellen Grenzen nicht aufhalten lassen. Wir wissen, wie skandalös – gerade angesichts der grossen Probleme der Menschheit – die Trennung unserer Kirchen erscheinen muss. Um so mehr bleibt uns das Bild der einen und geeinten menschlichen Familie eine ständige Verpflichtung.

Zum Schluss

«Dann sah ich ... ein neues Land» (Off 21,1)

- 230 Am Anfang dieses 21. Jahrhunderts sehen wir uns mit einem tiefgreifenden Wandel unserer Gesellschaft konfrontiert. Die gegenwärtigen Umwälzungen scheinen nicht weniger umfassend als die Veränderungen der europäischen Zivilisation zur Zeit der Renaissance oder im Jahrhundert der Aufklärung. Wir stehen am Ende einer Epoche, ein neuer Zeitraum öffnet sich – wir stehen vor ihm in Hoffnung und Freiheit zur Gestaltung, die gepaart ist mit Verantwortung. Am Ende dieses Jahrhunderts werden Wirtschaft, Staat und Gesellschaft wohl ganz anders aussehen und funktionieren als heute. Wie? Wir wissen es nicht, und niemand kann voraussagen, wie sich die Lebenswelt der Bewohner und Bewohnerinnen der Schweiz verändern wird.
- 231 Die Ökumenische Konsultation ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Anlass und Ort des Dialogs geworden. Sie hat Gelegenheit geboten, über die Beratung von gesellschaftlichen Problemen und Lösungsmöglichkeiten einander näherzukommen, Sorgen und Hoffnungen miteinander zu teilen. Die Ungewissheiten der heutigen Zeit – darauf haben wir im ersten Kapitel hingewiesen – zwingen dazu, die Sicherheit nicht bloss in äusseren Institutionen und verbrieften Rechten zu suchen. Vielmehr gilt es, eine stabile und gleichzeitig dynamische Sicherheit vorab in der inneren Stärke und in verlässlichen ethischen Überzeugungen in unserer Gesellschaft neu zu erlangen: in der Fähigkeit, die eigene Freiheit im Respekt vor den Anderen zu verantworten, in der Gewissheit, auf der Grundlage der von vielen Menschen geteilten und gelebten Werteorientierung auf die Zukunft hinzuwirken. In der hier vorgelegten Botschaft ist es unser Anliegen, immer wieder in den aktuellen Trends jene Ideen und Kräfte auszumachen, die Träger einer solchen zukunftsgerichteten Dynamik sind.
- 232 Vertrauen in die Zukunft gibt uns in christlicher Perspektive vor allem anderen die Gewissheit, dass der „neue Himmel und die neue Erde“, die der Tod und die Auferstehung Christi uns verheissen, vor uns liegen – als Vollendung des göttlichen Schöpfungsplans für die Menschheit und für die ganze Welt. Der Verfasser der Apokalypse, auf die wir hier anspielen (Off 21,1), richtete sich an christliche Gemeinden, deren bisherige Gewissheiten in sich zusammenfielen, als sie innewurden, dass sie das Kommen des Reiches Gottes auf Erden nicht mehr erleben würden. Die im letzten Buch der christlichen Bibel beschriebenen Visionen machen offenbar, dass die durch die Gute Nachricht Jesu Christi geweckte Hoffnung nicht vergeblich ist, sondern Trägerin einer Zukunft, welche die Geschichtlichkeit des Menschen übersteigt. Die im Glauben mit der Liebe verbundene Hoffnung *trägt* und ermutigt uns.
- 233 Wir wollten und konnten im Rahmen der Konsultation nicht sämtliche sozialen und wirtschaftlichen Fragen anschneiden, die heute aktuell sind. Die Zukunft der Landwirtschaft, des Gesundheits- und Bildungswesens, die Auswirkungen der Technologie auf die Gesellschaft - auf diese und weitere Fragen sind wir nicht direkt eingegangen. Unsere Absicht war nicht, Vollständigkeit in der Problemdiskussion zu erzielen; vielmehr liegt uns daran, jene Grundsätze und Kriterien der ethischen Orientierung herauszuarbeiten, die als lösungsorientierte Leitplanken dienen sollen; und sie mit Bezug auf jene gesellschaftlichen Problembereiche exemplarisch zu entfalten, die sich in den Stellungnahmen zur Konsultation als die brennendsten erwiesen haben. Die ethischen Grundsätze lassen sich in zwei Kernpunkte zusammenfassen: Alles hängt letztlich davon ab, wie die Achtung der Menschenwürde und der Schöpfung konkret in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft unseres Landes gewichtet wird; wir weisen ihr einen unverhandelbaren Vorrang zu. Die Suche nach Lösungen fordert jedem Menschen in den jeweiligen persönlichen und beruflichen Funktionen, aber auch den Organisationen in Wirtschaft, Politik und Kirchen ab, entschieden den Vorrang der Achtung für die Anderen zu leben und in der Öffentlichkeit für diesen Grundsatz ein-

zutreten. Das beinahe grenzenlose Freiheitsangebot der Wohlstandsgesellschaft muss gepaart sein mit grosser Verantwortung. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und die Aufweichung überkommener Normen konkreter Lebensgestaltung eröffnen die Möglichkeit, neue Formen des Zusammenlebens zu entwickeln. Diese Freiheit aber, die in Verantwortung gelebt wird, ist abhängig von gelebter Solidarität in den zwischenmenschlichen Beziehungen wie auch in tragfähigen Institutionen dieses Landes und darüber hinaus.

- 234 Die Schweiz verfügt über gute Voraussetzungen für die erfolgreiche und gute Zukunftsbewältigung. Ihre liberale Tradition, die der Privatinitiative grossen Raum lässt, ihre bewährte Praxis des Föderalismus und der Achtung der kulturellen Vielfalt, ihre Kompromissfähigkeit als herausragendes Merkmal ihrer politischen Kultur, ihr Arbeitsethos, ihre Weltoffenheit – dies sind Trümpfe, die im Rahmen einer breiten demokratischen Debatte auf Lösungen hoffen lassen.
- 235 Blicken wir auf die verschiedenen im „Wort der Kirchen“ behandelten Themen, so stellen wir vielversprechende Initiativen fest. Auf Bundesebene und bei den Sozialpartnern gibt es Ansätze zu einer echten Familienpolitik; angesagt ist die bessere Integration der ausländischen Wohnbevölkerung; in der Arbeitswelt gibt es Flexibilisierungsmodelle, die dem Privatleben und der persönlichen Entfaltung Rechnung tragen; Nachhaltigkeit als Prinzip der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung findet mehr und mehr Anerkennung; neue Ideen zur Belebung der Demokratie werden diskutiert; die politische Öffnung der Schweiz ist ein Dauertraktandum in der Agenda der Bundesbehörden.
- 236 Doch ob all dieser positiven Zeichen seien auch die Schattenseiten nicht vergessen. Die Kluft zwischen Reich und Arm ist grösser denn je, nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit; die Akzeptanz der Anderen ist schwierig zu leben; die Vorherrschaft einer Kultur des Geldes und des Habens gibt Anlass zur Sorge. Um keine Illusionen aufkommen zu lassen: Das heutige Wirtschafts- und Sozialsystem ist nicht zuletzt auch eine ausgeklügelte Maschine, die Menschen ausschliesst und Umwelt zerstört. Im Verlauf der Ökumenischen Konsultation stellten wir immer wieder fest, dass diese Sorgen viele Menschen bedrücken. Ihnen ist Gehör zu schenken. Gleichzeitig stellen wir mit Freude fest, dass zahlreiche Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen die Probleme engagiert aufgreifen und Gegensteuer geben.
- 237 Diese Zeichen der Hoffnung wollen wir als Verantwortliche der Kirchen deutlich aufzeigen und bekräftigen. Damit solche Zeichen vermehrt den Alltag wie das politische Leben prägen, braucht es standhaften Einsatz. Grosse Gestalten des Christentums in der Schweiz, ein Nikolaus von der Flüe, ein Huldrych Zwingli oder ein Johannes Calvin, haben sich für das Gemeinwohl dieses Landes eingesetzt. Mit den Mitteln ihrer Zeit versuchten sie, die christlichen Werte im persönlichen Leben ihrer Zeitgenossen, aber auch im öffentlichen Leben und in den politischen Institutionen zu verkörpern und zu verbreiten. In diesem Geiste laden wir unsere Schwestern und Brüder im Glauben ein, sich weiterhin für das politische und soziale Leben des Landes einzusetzen. Unser Aufruf und unsere Ermutigung richtet sich ebenso an alle Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes, welches immer ihre religiöse oder kulturelle Grundlage sei.
- 238 Im Jahr 2001 geht die „Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz“ als Projekt zu Ende. Wir hoffen jedoch, dass das Nachdenken über die persönliche wie soziale und wirtschaftliche Entwicklung in vielen Köpfen weitergeht und dass in vielfältigen Formen die so dringliche Kommunikation über die Zukunftsorientierung unseres Landes, als Teil der globalen Umwelt, fortgeführt wird. Den Kirchen als Orte eines solchen Dialogs stehen dabei wichtige Aufgaben bevor. Die Zukunft will aufgebaut werden, sie ist keine Fatalität, die uns einfach „zufällt“, sondern die Frucht von Tag für Tag getroffenen Entscheiden. Geschenkt sind allein das Leben und das göttliche Versprechen, dass alles, was auf dieser Erde für eine menschliche Gesellschaft miteinander unternommen wird, am Ende seine Vollendung findet – wenn der „neue Himmel

Zum Schluss

und die neue Erde“ werden. Im Vertrauen auf denjenigen, der uns verheissen hat, mit uns zu sein «alle Tage bis zum Ende der Welt» (Mt 28,20), wagen wir gemeinsam zu sagen: «Dein Reich komme, dein Wille geschehe wie im Himmel so auf Erden.»

Übersetzung: Elisabeth Mainberger-Ruh (Zürich)

Dank

Das vorliegende „Wort der Kirchen“ konnte nur dank dem Engagement zahlreicher Personen erarbeitet und publiziert werden. Wir können an dieser Stelle nicht alle, die mitgewirkt haben, nennen – um so mehr sprechen wir ihnen unseren herzlichen Dank aus!

Personen , die in verschiedenen Phasen der Erarbeitung und Redaktion beteiligt waren:

Josef Bieger, Béatrice Bowald, Pierre Emonet, Hans Ulrich Germann, Jean-Claude Huot, Christian Kissling, Dorothea Loosli, Hans-Balz Peter, Jean-Pierre Thévenaz, Stefan Streiff, Anita Zocchi Fischer.

Übersetzerin:

Elisabeth Mainberger-Ruh, Zürich (Übersetzung des Vorwortes und der Kapitel 1, 2, 4 und 7 vor der Endredaktion).

Die Zahl der *konsultierten Experten* ist zu gross, um sie hier aufzulisten; wir danken ihnen allen sehr für die aufmerksame und kritische Lektüre bestimmter Kapitel oder Passagen, die wir ihnen im Laufe des Entstehungsprozesses vorgelegt haben.

Organe der Ökumenischen Konsultation

Mitglieder des Präsidiums:

Delegierte des Rates des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes:

Pfr. Thomas Wipf, Präsident des Rates des SEK, Pfr. Jean-Pierre Jornod † (bis Februar 1998), Pfr. Marco Pedroli (seit Juni 1998), Monika Waller-Koch (bis April 1999), Claudia Schoch Zeller (seit Juni 1999).

Delegierte der Schweizer Bischofskonferenz:

Mgr Amédée Grab, Präsident der SBK, Mgr Peter Henrici, Rosmarie Dormann (bis September 2000), Béatrice Bowald (seit November 2000).

Projektleitung:

Jean-Claude Huot, Hans-Balz Peter (bis Ende 1999 und seit Beginn 2001), Hans Ulrich Germann (1999 und 2000).

Koordinationsgruppe:

André Monnier (bis Juli 1998), Béatrice Bowald (bis September 2000), Sonja Kaufmann (seit Oktober 1998).